Dienstag, 2. Juli 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 150 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36.00 bfr. Dänemark 8.00 dkr. Frankreich 6.50 F. Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6.50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Israel: Mit einer Reihe von drastischen Maßnahmen, darunter eine Abwertung des Shekel, Kürzung des Staatshaushaltes und Preiserhöhungen, will die Regierung die Wirtschaft des Landes vor dem Zusammenbruch bewahren. (S. 10)

Kalkar: Ungeachtet der Vorbehalte des nordrhein-westfälischen SPD-Fraktionschef Farthmann gegen die Inbetriebnahme des „Schnellen Brüters" in Kalkar hält die Bundesregierung den Reaktor für notwendig. Bislang habe es keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit und Verantwortbarkeit der Brütertechnik gegeben, sagte Regierungssprecher Ost.

„Privatmeinung": Die CSU hat sich von der Forderung ihres Bundestagsabgeordneten Günther Müller nach einem Rücktritt von Postminister Schwarz-Schilling distanziert. Das sei Müllers private Meinung.

Meeresforschung: Einig sind sich die vier nördlichen Bundesländer über die Notwendigkeit eines Instituts für maritime Geowissenschaften „Geomar" in Norddeutschland. Die vier Kultusminister und -senatoren der Küstenländer konnten sich in Kiel aber nicht auf einen Standort einigen.

Schweiz: Wegen verbotener nachrichtendienstlicher Tätigkeit ist der Zweite Sekretär der sowjetischen Botschaft bei den Vereinten Nationen in Genf zur unerwünschten Person erklärt worden. Das schweizerische Außenministerium hat seine Abberufung gefordert.

Korsika: Insgesamt 39 Sprengstoffanschläge sind in der Nacht zum Montag auf Korsika verübt worden. Für die Ferienzeit kündigte die verbotene Seperatistenbewegung FNCL allerdings eine „Aussetzung der militärischen Aktionen" an.

Papst: Johannes Paul II. hat gestern eine jordanisch-palästinensische Delegation empfangen. Die Privataudienz wird als Hinweis dafür gewertet, daß der Vatikan die zwischen König Hussein und PLO-Chef Arafat getroffenen Vereinbarungen zur Lösung des Nahost-Konflikts unterstützt.

Terror: Bei einem Bombenanschlag auf Büros der Fluggesellschaften British Airways und Trans World Airlines (USA) in Madrid ist gestern eine Frau ums Leben gekommen. 24 Personen wurden verletzt. Die spanischen Behörden vermuten einen Zusammenhang mit der gerade beendeten Geiselnahme von Beirut.

ZITAT DES TAGES



„Ich will alle die warnen, die jetzt großzügige Forderungen nach zusätzlichen Ausgaben oder Einnahmeverzichten erheben. So toll war der Konsolidierungserfolg auch wieder nicht"

Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank, zu der anhaltenden Diskussion über „Wahlgeschenke"
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Ifo: Das Konjunkturbarometer zeigt für die deutsche Wirtschaft wieder nach oben. Dies belegt eine Analyse des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Nach einem etwas schwachen ersten Quartal haben sich die Aufschwungkräfte wieder durchgesetzt. (S. 11)

Energie: Mit einer merklichen Drosselung des Verbrauchs und einer Umschichtung der Energiequellen vor allem zugunsten der Kernkraft hat die deutsche Wirtschaft die Herausforderung der zweiten Ölkrise von 1979 beantwortet, ergab eine Untersuchung des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft. (S. 11)

US-Wirtschaft: In den Vereinigten Staaten greift das Fusionsfieber um sich. Sorgten 1984 die Elefantenhochzeiten in der Mineralölbranche für Schlagzeilen, so scheint in diesem Jahr kein Sektor mehr von der Konzentrationswelle verschont zu bleiben. (S. 11)

Börse: Die Woche begann am Aktienmarkt mit einer Konsolidierungsphase. Am Rentenmarkt hielt die optimistische Stimmung an. WELT-Aktienindex 200,31 (201,2). BHF-Rentenindex 103,219 (103,131). Performance-Index 104,069 (103,951). Dollar-Mittelkurs 3,0280 (3,0607) Mark. Goldpreis je Feinunze 313,90 (317,75) Dollar.

KULTUR

Goethepreis: Die mit 50 000 Mark dotierte Auszeichnung der Stadt Frankfurt erhält in diesem Jahr der Historiker Golo Mann. In der Begründung für die Verleihung heißt es, Mann habe „mit seinem Wirken den Deutschen ihre vielfach verstellte Geschichte wieder erschlossen".

Späte Entdeckung: Er ist seit 68 Jahren tot, doch erst jetzt erhielt der flämische Maler Jules Schmalzigaug seine erste eigene Ausstellung. Das Museum für Moderne Kunst in Brüssel hat 150 Werke zusammengetragen, die sich fast ausschließlich in belgischem Besitz befinden. (S. 17)

SPORT

Tennis: Boris Becker hat in Wimbledon das Achtelfinale erreicht. Er bezwang den an Nummer sieben gesetzten Schweden Nyström 3:6, 7:6, 6:1, 4:6, 9:7 und trifft nun auf Tim Mayotte. (S. 8)

Leichtathletik: Mit neuen Verträgen will der Verband den Olympiakader sozial besser absichern. Gegenwert ist die Leistung. Wird sie nicht erbracht, wird der Vertrag gelöst. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Jumbo-Absturz: Ein Schiff der irischen Kriegsmarine, das mit einem hochempfindlichen Horchgerät ausgerüstet ist, hat neue Hoffnung geweckt, doch noch die Flugschreiber des ins Meer gestürzten Air-India-Jumbos zu finden. (S. 18)

„Knöllchen": Ausländer, die in Belgien gegen die Verkehrsregeln verstoßen, werden seit gestern sofort zur Kasse gebeten. Die belgische Polizei sah sich zu dieser Maßnahme gezwungen, da die Mehrzahl der Verkehrssünder vergaß, ihre Strafmandate zu bezahlen, nachdem sie das Land verlassen hatte.

Wetter: Heiter bis wolkig. 18 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gorbatschow festigt Position. Rivale Romanow ausgebootet

Schewardnadse stieg ins Politbüro auf / Zwei neue ZK-Sekretäre

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Wenn heute in der oberen Etage des von Nikolaus I. errichteten Kreml-Palastes, wo einst der Zarenthron stand, der Oberste Sowjet tagt, dann sind die Machtkämpfe hinter den Kulissen bereits ausgefochten. Dann stehen die Gewinner bereits fest. Zu den Verlierern zählt Grigorij Romanow, der ehemalige Rivale des Parteichefs Michail Gorbatschow. Romanow mußte aus „gesundheitlichen Gründen" aus dem Politbüro ausscheiden und in Pension gehen. Damit endete seine einst so glanzvoll begonnene Parteikarriere abrupt.

Der 62jährige ehemalige Leningrader Parteichef war seit dem 9. Mai nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden, und hatte damit Gerüchten Vorschub geleistet. Der „feine Herr mit großen Ambitionen" aus der gediegenen Newa-Metropole hatte längst keine Chancen mehr, nachdem der 54jährige Gorbatschow aus dem kleinen Dorf Priwolnoje die Spitze der Partei erklommen hatte. Romanow, ein Protegé Breschnews, galt als „Scharfmacher", galt als ein sowjetischer Funktionär, der aus seiner Abneigung gegen den „Kapitalismus" nie einen Hehl gemacht hat. Die USA beschuldigte er wiederholt des „staatlichen Terrorismus" und der ständigen „Aggression gegen freiheitsliebende Völker in der ganzen Welt".

Romanow nützte es auch nichts, daß unter seiner Führung das Leningrader Gebiet ökonomisch relativ erfolgreich war – und zwar mit jenen zentralistischen Planungsmethoden, die heute von Moskauer Sozialökonomen so häufig zur Diskussion gestellt werden. Romanow wurde nicht nur bereits seiner Ämter beraubt, nun mußte er auch noch ganz weichen. Damit baut Gorbatschow seine Hausmacht weiter aus.

Zu den Gewinnern dieser Machtkämpfe im Kreml zählt der 57jährige Eduard Schewardnadse, der Parteichef von Georgien, der zum Vollmitglied des Politbüros ernannt wurde. Schewardnadse machte sich einen Namen, als er mit scharfer Hand gegen Korruption, Schwarzhandel und Vetternwirtschaft vorging. Der Georgier leitete gleich nach Gorbatschows Amtsantritt in seiner Region eine umfangreiche Säuberungs- und Disziplinierungskampagne ein.

SEITE 3
Kein Romanow wird mehr in Rußland regieren

Den Leningrader Parteichef Lew Saikow und den Parteifunktionär Boris Jelzin wählte das Plenum gestern zu Sekretären des Zentralkomitees. Die Aufwertung Saikows kommt für Kenner nicht überraschend: Hatte ihn doch Gorbatschow erst bei seinem kürzlichen Leningrader Besuch öffentlich für seine Verdienste auf dem Gebiet der Rüstungswirtschaft gelobt. Bereits auf dem letzten Plenum hatte Gorbatschow zwei Männer seiner Wahl direkt zu Vollmitgliedern des Politbüros aufsteigen lassen: Es sind die beiden ZK-Sekretäre Jegor Ligatschow und Nikolai Ryschkow.

In Moskau wird erwartet, daß sich Gorbatschow von dem heute zusammentretenden Obersten Sowjet zum Staatsoberhaupt der UdSSR wählen lassen wird. Bereits bei seinem Amtsantritt im März hatte er betont, daß es sinnvoll sei, beide Ämter auf eine Person zu vereinigen. Allerdings hält sich in der sowjetischen Hauptstadt hartnäckig das Gerücht, daß auch Außenminister Andrej Gromyko Ambitionen für dieses Amt hege. Ob Gorbatschow inzwischen auch Vorsitzender des Verteidigungsrates geworden ist, wurde bisher nirgends bestätigt. Seine Vorgänger Andropow und Tschernenko hatten auch dieses einflußreiche Amt inne.

Vor dem Obersten Sowjet wird Gorbatschow über die Wirtschaftslage und über die Vorbereitungen auf dem 27. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 Bericht erstatten. Von dieser Rede erwartet man, daß Gorbatschow wiederum energisch auf Reorganisation der sowjetischen Wirtschaft drängen wird. Es bleibt abzuwarten, ob er sich dabei nur auf eine rhetorische Bewältigung der sich auftürmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten beschränken wird.

Was Gorbatschwos jüngste außenpolitische Attacken gegen die USA betrifft, so wertet man sie in diplomatischen Kreisen Moskaus als einen weiteren Versuch, mit Hilfe der Öffentlichkeit Druck auf die Vereinigten Staaten auszuüben.

DER KOMMENTAR

Ein Machtkampf

CARL GUSTAF STRÖHM

Als während des jüngsten ungarischen Parteitags ein hoher Budapester Funktionär gefragt wurde, was er vom sowjetischen Delegierten Grigori Romanow halte – dieser war vor den ungarischen Genossen gerade mit einer ziemlich scharfen anti-reformerischen und nicht sehr „ungarnfreundlichen" Rede hervorgetreten – lächelte der Ungar und sagte: „Ja, das mag alles so sein. Aber Romanow hat in Moskau nicht die Mehrheit."

So war es, und darum „bat" Romanow gestern um seine Pensionierung. Der 63jährige schied aus dem Politbüro und dem ZK-Sekretariat aus. Damit hat Parteichef Michail Gorbatschow einen seiner gefährlichsten Rivalen aus dem Feld geschlagen. Ein weiteres Mal hat sich erwiesen, daß der Posten eines Leningrader Parteichefs – von ihm aus war Romanow zum Kampf um die Macht in Moskau gestartet – kein gutes Sprungbrett zur Kreml-Spitze ist.

Betrachtet man, wer seine Nachfolge antritt, so läßt sein Sturz interessante Schlußfolgerungen zu. Mit dem Parteichef der Sowjetrepublik Georgiens, Eduard Schewardnadse, der vom Kandidaten zum Vollmitglied des Politbüros aufrückte, erlangt anstelle des Leningrader „Nordlichts" ein weiterer Südstaatler großen Einfluß: nach Gejdar Alijew (Heimat: Aserbeidschan) und Gorbatschow selbst (hervorgegangen aus der Parteiorganisation von Stawropol im Nord-Kaukasus) ist nun ein Georgier an die Reihe gekommen. Ebenso wie Alijew ist auch Schewardnadse ein Exponent des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes KGB.

Daß der jetzige Leningrader Parteichef Lew Saikow zusammen mit Boris Jelzin ZK-Sekretär wurde, wirkt wie ein Trostpflaster für die Leningrader, deren mächtigster Mann in der politischen Wüste verschwindet.

Ist Gorbatschow auf dem Wege zur faktischen Alleinherrschaft? Das Lavieren und Taktieren des Generalsekretärs, seine oftmals diffus wirkenden Erklärungen aus letzter Zeit, könnten darauf hindeuten, daß noch nicht alle Entscheidungen zu seinen Gunsten gefallen sind. Es ist eine bereits von Stalin und Chruschtschow gern benutzte Taktik im Kampf um die Macht in Moskau, die Rivalen durch das Ausstreuen von negativen Gerüchten persönlich unmöglich zu machen, gleichzeitig aber gewisse sachliche Positionen der Gegner zu übernehmen, um auf diese Weise die Anhänger der anderen Seite zu verwirren oder auf die eigene Seite zu ziehen. Gorbatschow hat eine Schlacht gewonnen – aber die Probleme des kranken Imperiums hat er noch lange nicht gelöst.

USA: Kampf gegen Terror geht weiter

Freigelassene 39 Amerikaner in guter Verfassung / Jubelnder Empfang in Frankfurt

nea/DW. Frankfurt

Während sich die 39 freigelassenen amerikanischen Geiseln in Frankfurt ganz der Wiedersehensfreude mit ihren Angehörigen hingaben, hat US-Präsident Ronald Reagan in Washington betont, die USA hätten den Terroristen keinerlei Garantien oder Zusagen gegeben. Der Kampf gegen sie werde nicht nur in Libanon sondern überall fortgesetzt.

Außenminister Shultz sprach sich für einen Boykott des Beiruter Flughafens aus, der ein Zufluchtsort für Terroristen geworden sei. Über den libanesischen Schiitenführer Nabih Berri bemerkte Shultz, er habe „sich selbst in verschiedenen Rollen gezeigt, als Vermittler wie als Beteiligter". Über eventuelle Vergeltungsaktionen wollte sich Shultz nicht äußern. In Washington konzentrierte sich das Interesse auf die noch in der Gewalt von Entführern befindlichen sieben US-Bürger.

Der Empfang für die 39 Amerikaner durch Vizepräsident Bush auf dem Frankfurter Flughafen wurde zu einem Medienspektakel. Mehrere Dutzend Kamerateams internationaler Fernsehgesellschaften übertrugen die Szene direkt in ihre Heimatländer, mehr als 300 Reporter berichteten vom Geschehen. Bush faßte sich kurz. „Sie sind zurück, und Amerika

SEITE 2:
Lohn der Entschlossenheit
SEITE 5
„Keine Garantie"

hat seine Prinzipien nicht aufgegeben", rief er den Journalisten zu und erinnerte an die „Tragödie des Mordes an dem jungen Marinesoldaten Robert Stethem".

Flugkapitän John Testrake hatte als erster den C-141 „Starlifter" der US-Luftwaffe verlassen. 18 Tage nach ihrem Start in Athen kletterten die 39 Geiseln kurz vor sechs Uhr am frühen Montag aus der amerikanischen Transportmaschine. Mehrere Hundert ihrer Landsleute begrüßten jubelnd jeden der Aussteigenden und hielten Transparente hoch: „Willkommen in der Freiheit" und „Ertragen heißt nicht tolerieren, unsere Amerikaner sind wieder frei".

Die müde und blaß wirkenden Amerikaner, von denen viele in Dekkcken eingewickelt die Maschine verließen, hatten nicht nur den US-Fernsehgesellschaften in Beirut ständig Rede und Antwort gestanden, sondern auch einen sechsstündigen Flug hinter sich und davor noch in der syrischen Hauptstadt eine Pressekonferenz absolviert.

In Militärbussen wurden sie in das große Krankenhaus der amerikanischen Luftwaffe in Wiesbaden gebracht, in dem sich im Januar 1984 die nach 444tägiger Geiselhaft in Teheran entlassenen Amerikaner zunächst ausgeruht hatten. Keiner sei

● Fortsetzung Seite 5

Neues US-Exportgesetz sieht verschärfte Kontrollen vor

Größere Eigenanstrengungen der Verbündeten gefordert

H.-A. SIEBERT, Washington

Nach jahrelangem Hin und Her hat der Kongreß das neue amerikanische Ausfuhrkontrollgesetz, das „Export Administration Amendments Act of 1985", verabschiedet. Die große Frage ist, ob die Verbündeten und andere Handelspartner außerhalb des Ostblocks mit der modifizierten Version leichter leben können. Unvergessen ist die Flut der Proteste, die von deutscher und EG-Seite gegen die ursprünglichen Änderungspläne erhoben worden sind. Aber sie haben den Entscheidungsprozeß kaum beeinflussen können.

Klopft man die gesetzliche Grundlage ab, auf der in Zukunft der Außenhandel der größten Wirtschaftsmacht der Welt kontrolliert wird, dann ist die Praxis, wie sie sich unter Präsident Reagan entwickelt hat, im Grunde bestätigt worden. Unterstrichen wird das Prinzip, daß die Weitergabe hochtechnologischer Produkte von strategischem Wert – direkt oder über Dritte – an kommunistische Länder mit allen Mitteln verhindert werden muß. Gleichzeitig in die Pflicht genommen werden ausländische Regierungen und Unternehmen.

Die neuen Vorschriften haben schärfere Zähne, weil sie auf eine Ausweitung der Warenliste zielen, deren Ausfuhr unterbunden werden soll. Außerdem werden größere Eigenanstrengungen der Verbündeten im Kontrollbereich gefordert. Das heißt, Bonn gerät unter Druck, die verhältnismäßig kleinen Stäbe im Bundeswirtschaftsministerium und im Auswärtigen Amt aufzustocken. In den USA selbst wird die Exportkontroll-Bürokratie gewaltig ausgedehnt. Installiert wird im US-Handelsministerium ein neuer Staatssekretär mit zwei Abteilungsleitern.

Deutsche Firmen sind vor allem daran interessiert gewesen, daß rechtswirksam abgeschlossene Verträge von neuen Ausfuhrkontrollen nicht berührt werden. Erstmals honoriert das Gesetz die Vertragstreue. Der Jurist Lothar Griessbach, der in Washington die Deutsch-Amerikanische Handelskammer vertritt, sieht darin „ein Signal, daß der Kongreß für uns positive Konsequenzen aus dem Pipeline-Fall gezogen hat".

Indes, der Gesetzestext ist deutbar. So kann der US-Präsident widerrufen, wenn es sich um einen Friedensbruch handelt oder die Vertragsauflösung für die USA von strategischem Interesse ist. Insofern sind dem Weißen Haus Eingriffe in Verträge kaum erschwert worden. Notwendig ist nur ein zusätzlicher Anlauf. Dies trägt deutlich den Stempel des amerikanischen Weltmachtanspruchs.

Ähnlich ist es mit der Vollmacht des Präsidenten bestellt, neue Exportkontrollen zu verfügen. Die gesetzlichen Barrieren bleiben für ihn relativ niedrig: Er muß den Kongreß nur besser konsultieren. Es genügt, wenn er den jeweiligen Vorsitzenden und Minderheitsführer der beiden zuständigen Ausschüsse unterrichtet und ihre Zustimmung erhält. Das kann fünf Minuten vor der präsidentiellen Anordnung geschehen.

Die Vorschriften über die Lizenzverfahren werfen mehr Fragen auf als sie klären. Wichtig ist, daß Mehrfach-

■ Fortsetzung Seite 10

Der Katalysator wird verdrängt

Euro-Norm ist preiswerter zu erfüllen / „Überförderung" durch Steuervorteil?

HEINZ HECK, Bonn

Die gestern in Kraft getretene steuerliche Förderung schadstoffarmer Autos droht in der Mittelklasse (1,4 bis zwei Liter Hubraum) die Einführung des Katalysators zu erschweren. Dieser Effekt ergibt sich, wenn der Bundesrat am Freitag der 12. Änderungsverordnung zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung zustimmt. Damit ist nach den Empfehlungen des Verkehrs- und Innenausschusses zu rechnen (WELT vom 29.06. und 01.07.).

Die 12. Verordnung definiert Fahrzeuge, die die in Luxemburg vereinbarte Euro-Norm erfüllen, als „schadstoffarm" und setzt sie mit jenen Fahrzeugen gleich, die die wesentlich strengeren US-Abgasgrenzwerte einhalten (10. Änderungsverordnung). In der steuerlichen Förderung ergibt sich kein Unterschied, denn das Gesetz über die Kfz-Steuerbefreiung unterscheidet nur nach „schadstoffarm" und „bedingt schadstoffarm".

Billige Abgasreinigungsanlagen, mit denen die EG-Grenzwerte zu erreichen sind, dürften also den teureren Katalysator verdrängen. Denn in beiden Fällen winkt derselbe Steuervorteil von maximal 2200 Mark für Fahrzeuge von 1400 Kubikzentimetern an.

Außerdem ist weiterer Ärger mit der EG-Kommission und den Partnerstaaten nicht ausgeschlossen, auch wenn diese in Luxemburg das deutsche Fördersystem ausdrücklich anerkannt haben. Im Umweltminister-Rat vom März war aber vereinbart worden, daß die steuerliche Förderung nur einen Teil der Zusatzkosten ausgleichen dürfe. Daraufhin hatte die Bundesregierung den Steuervorteil von geplanten 3000 auf maximal 2200 Mark korrigiert.

Eine „Überförderung" droht auch bei Diesel-Pkw. Nach Aussagen von Fachleuten sind nämlich bereits seit einiger Zeit Modelle auf dem Markt, die ohne verteuernde Zusatzanlagen die Abgasnorm erfüllen. Die EG-Kommission wird frühestens im zweiten Halbjahr 1985 Partikelwerte für die Rußemission vorschlagen, die dann zusätzlich zum Kriterium für schadstoffarme Diesel-Pkw werden sollen.

Seite 2: Falsche Steuerung

Erziehungsurlaub: FDP-Wähler für Kündigungsschutz

gba. Bonn

Bei der Ablehnung einer Beschäftigungsgarantie für Eltern, die nach einjähriger Erziehungspause für ein neugeborenes Kind ins Arbeitsleben zurückkehren wollen, tritt die FDP nach Darstellung der CDU offenbar den Wünschen der eigenen Anhängerschaft entgegen. Generalsekretär Geißler legte im Pressedienst der Union eine Emnid-Umfrage vor, nach der 74 Prozent eine solche Beschäftigungsgarantie für wünschenswert hielten. Nach Parteipräferenzen aufgeschlüsselt sprachen sich bei der CDU/CSU 70 und bei der SPD 75 Prozent dafür aus. Bei der FDP, aus deren Bundestagsfraktion gegen den Kündigungsschutz beim Erziehungsurlaub Front gemacht wird, waren sogar 80 Prozent der Anhänger für eine Beschäftigungsgarantie und nur 14 Prozent dagegen.

Bei Umfragen liegt Koalition weiter vorn

gba. Bonn

Die Koalition bekommt in repräsentativen Meinungsumfragen nach wie vor die Mehrheit. Nach der jüngsten Erhebung des Emnid-Instituts, die im Zeitraum vom 13. bis 25. Juni erarbeitet worden ist, entschieden sich bei der „Sonntagsfrage" 52 Prozent der befragten Wahlberechtigten für die Regierungsparteien. Auf die CDU/CSU entfielen 43 Prozent, auf die FDP neun Prozent. Die SPD würden, so Emnid, 41 Prozent, die Grünen sechs Prozent wählen. Diese Zahlen sind seit Mai stabil. Zweifel wurden an den Ergebnissen einer bekanntgewordenen Umfrage von Infratest laut. Danach wäre die Union erstmals unter die 40-Prozent-Marke gerutscht, während die SPD mit 48 Prozent in die Nähe der absoluten Mehrheit rückte.

Seite 4: Weiter absolute Mehrheit

Springer-Aktien nach einem Tag überzeichnet

DW. Frankfurt

Bereits nach einem Tag ist die Plazierung von 49 Prozent der Axel Springer Verlag AG an der Börse wegen des großen Interesses abgeschlossen worden. Wie die Deutsche Bank AG gestern mitteilte, könne sie keine weiteren Kaufangebote mehr annehmen, da die zum Kurs von 335 Mark angebotenen 1,67 Millionen Aktien im Nennwert von 50 Mark von privaten Anlegern sowie von in- und ausländischen Institutionen stark überzeichnet worden seien. Dies mache eine „deutliche Repartierung" (Zuteilung) erforderlich, womit jeder Zeichner nur einen Teil seiner bestellten Aktien erhalte. Ursprünglich war eine Zeichnungsfrist vom Freitag vergangener Woche bis zum 28. Juli vorgesehen. Damit ist die umfangreichste deutsche Aktienplazierung der Nachkriegsgeschichte beendet.

An Popieluszkos Grab Bitten um „Solidarität"

Fleisch in Polen teurer / Gespannte Atmosphäre

DW. Warschau

In gespannter Atmosphäre vollzog gestern die polnische Regierung die seit Wochen angekündigte Erhöhung der Fleischpreise um zehn bis fünfzehn Prozent. Nachdem die Untergrundorganisation der verbotenen unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" am Wochenende zu einem einstündigen allgemeinen Proteststreik aufgerufen hatte und daraufhin in zahlreichen Betrieben des Landes die Sicherheitsmaßnahmen verschärft worden waren, standen am Montag auch Miliz und Geheimdienst in Alarmbereitschaft.

In der Danziger Jakobskirche nahe der Lenin-Werft begannen gestern fünf Rentner einen Hungerstreik zum Zeichen des Protests gegen die Fleischpreiserhöhung. Wie aus Bürgerrechtskreisen bekannt wurde, wollen die fünf je drei Tage lang keine Nahrung aufnehmen; weitere Rentner und Invaliden wurden aufgefordert, sich der Aktion anzuschließen. Kürzlich hatten bereits in Kattowitz sechs Rentner ein „Hilfskomitee für Rentner und Behinderte" gegründet, um das Warschauer Militärregime auf die „sehr schwierige" soziale Lage eines Fünftels der zehn polnischer Rentner aufmerksam zu machen.

Bereits am Sonntag hatte Arbeiterführer Lech Walesa in der überfüllten Danziger Brigittenkirche „das Recht der Arbeiter auf Protest" bekräftigt und es den Belegschaften der einzelnen Betriebe anheimgestellt, auf welche Weise sie am Montag von diesem Recht Gebrauch machen wollten. Walesas Beichtvater Pfarrer Henryk Jankowski forderte die Arbeiter auf, „in Solidarität" zu handeln und sich nicht als „blinde Maschinen" benutzen zu lassen.

In Warschau, am Grab des von Geheimdienstbeamten ermordeten regimekritischen Priesters Jerzy Popieluszko, beteten am Sonntag in Erwartung des spannungsgeladenen Wochenbeginns 15 000 Menschen aus allen Landesteilen um „Mut und Solidarität" der Arbeiter. Aus den Gebeten war ferner zu entnehmen, daß es in der nordostpolnischen Stadt Suwalki erneut Zwischenfälle um die Entfernung von Kreuzen aus Schulgebäuden gab.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Falsche Steuerung

Von Heinz Heck

Seit rund zwei Jahren kämpft unser Innenminister für den Durchbruch des Katalysators. Doch kaum daß die steuerliche Förderung des schadstoffarmen Autos in Kraft getreten ist, zeigt sich, daß das Bonner Gesetzespaket Zimmermanns Markenzeichen aus dem Markt zu fördern droht. Der Gesetzgeber, der alles ganz genau und gerecht machen wollte, es aber vor allem ungeheuer kompliziert hat, ist auf dem besten – oder besser: schlechtesten – Wege, sich selbst ein Bein zu stellen.

Die Bundesländer können diese gravierende Panne vermeiden, indem sie am Freitag im Bundesrat der Empfehlung ihres Verkehrs- und Innenausschusses nicht folgen, die 12. Änderungsverordnung zur Straßenverkehrs-Zulassungsordnung also nicht in der vorgesehenen Form verabschieden.

Wer nämlich die Erfüllung der auch nach Meinung Zimmermanns deutlich schlechteren Euro-Norm steuerlich genauso fördert wie die anspruchsvolle US-Norm, darf sich nicht wundern, wenn er die Käuferströme in Richtung der weniger wirksamen und billigeren Abgasreinigungsanlage abdrängt. Der Katalysator, in dessen Weiterentwicklung die deutsche Automobilindustrie im Vertrauen auf Zimmermanns Ankündigungen (die sich im nachhinein überwiegend als falsch erwiesen) bis vierstellige Millionenbeträge investiert hat, bliebe auf der Strecke – und dies ausgerechnet dank der von Bund und Ländern beschlossenen befristeten Kfz-Steuerbefreiung.

Die Panne könnte vermieden werden, indem man in der Verordnung nach Hubraumklassen unterscheidet. Die Euro-Norm für Fahrzeuge über zwei Liter erreicht nach Expertenurteil die US-Werte, übertrifft sie vielleicht sogar. Hier ist die Klassifizierung „schadstoffarm" durchaus angebracht. Für die Mittelklasse (1,4 bis zwei Liter) sollte man sich mit „bedingt schadstoffarm" und dem deutlich niedrigeren Steuervorteil begnügen. Damit würde man nicht nur den gewünschten Kaufanreiz für den Katalysator erhalten, sondern auch möglichen Ärger mit Brüssel vermeiden: Aufgrund EG-Vereinbarung darf die Vergünstigung die Zusatzkosten nicht voll ersetzen. Im Klartext: Bonn muß eine „Überförderung" vermeiden.

Der Verbindliche

Von Enno v. Loewenstern

Volker Rühe beharrt auf seinem Einfall, daß die Ostverträge zwar keine rechtliche, aber eine „politische Bindungswirkung" für einen künftigen gesamtdeutschen Souverän hätten. Das soll heißen: wir sind zwar durch die Verträge nicht zum Verzicht auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen verpflichtet, wir sollten es aber dennoch jetzt schon tun.

Rühe ist stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender und gilt als außenpolitischer Sprecher seiner Partei; seine Forderung kann also nicht als Randkuriosum abgetan werden. Wenn er sagt: „Es ist ja nicht damit getan, nur auf den Friedensvertragsvorbehalt hinzuweisen, sondern gerade diejenigen, die es tun, müssen sich fragen lassen, wie man denn dahin kommt", so steht dahinter ein dumpfes Ahnen, daß wir eine Wiedervereinigung plus Friedensvertrag bekommen könnten, wenn wir nur vorher unseren Verzicht auf alles Übrige bekräftigen.

Man sieht also, wo der Irrtum liegt. Schlesien ist ein unbequemes Thema; da hat sich jemand einfach eingeredet, die UdSSR könnte das besetzte Mitteldeutschland freigeben, wenn wir ihr die übrige Beute vorher garantieren. Der außenpolitische Experte Rühe hat keine Ahnung von der sowjetischen Politik, sonst könnte ihm der Einfall nicht kommen.

Die Sowjetunion wird niemals ein Gebiet freigeben, wo sie den Sozialismus offiziell eingerichtet hat. Schon deshalb nicht, weil alle übrigen Opfer fragen würden: wenn die „historische Entwicklung" bei den Mitteldeutschen „umkehrbar" ist, warum nicht auch bei uns? Mitteldeutschland wird erst frei, wenn auch alle anderen östlichen Gebiete frei werden, einschließlich Rußlands selbst, weil es die verknöcherte Herrschaft der kommunistischen Staatspartei überwindet.

Wenn dies aber geschieht, dann wird es im Osten große Grenzdiskussionen geben – auf dem Balkan, um die baltischen Staaten, um das moslemische Mittelasien, um das ehemals chinesische Fernostgebiet; vor allem wird Polen verlorene Gebiete von Lemberg bis Wilna zur Sprache bringen. Da wird dann vieles geklärt werden, und zwar in zivilisierter Weise; keiner aber wird die von Marionettenregimen unter Druck abgegebenen Verzichte gelten lassen. Das sind Zusammenhänge, die heute in Bonn schlicht nicht verstanden werden, und man merkt hier auch nicht, daß deutsche Beflissenheit auf die betroffenen Völker peinlich und unglaubwürdig wirkt.

Mexiko wie gehabt

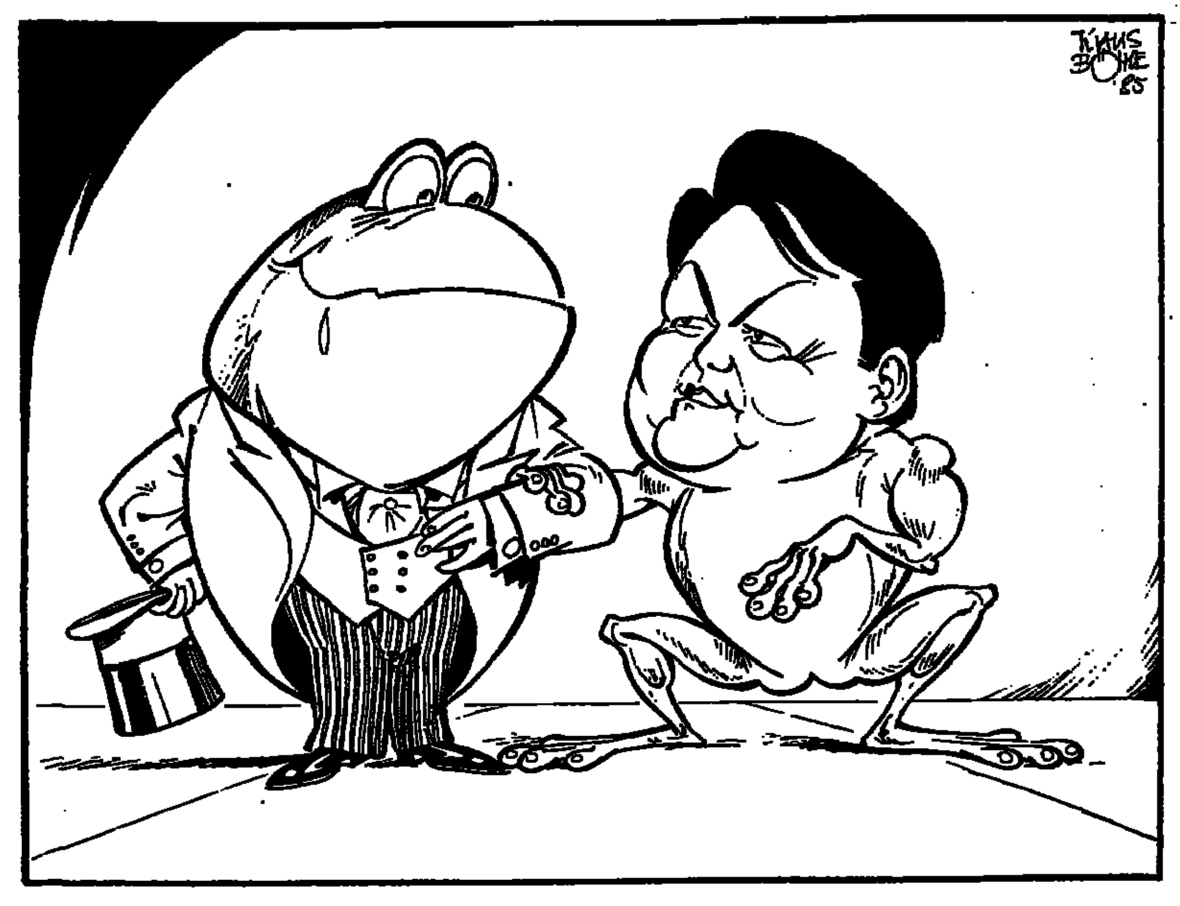
Von Friedrich Bast

Wenn die Mexikaner von der mehr als ein halbes Jahrhundert erprobten Einparteienregierung der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) als „ihrer" Demokratie sprechen, deuten sie an, daß sie nicht jedermanns Vorstellung von Demokratie ist. Der Ausgang mexikanischer Wahlen weckt kaum Interesse: Daß die Regierung eine wichtige Wahl verliert, gibt es nicht. Verteidiger des Systems sagen, daß es Mexiko die Erschütterung des sozialen Friedens ersparte, die andere Länder Lateinamerikas plagt. Das ist für viele Mexikaner ein gutes Argument.

Am 7. Juli werden unter anderem die Gouverneure der Bundesstaaten Nuevo Leon und Sonora gewählt. Einige Beobachter halten die Wahlen für bedeutungsovll. Sie sagen, die Oppositionspartei der Nationalen Aktion (PAN) habe zum ersten Mal Aussicht, diese Wahlen zu gewinnen.

Wie wenig die Regierung das befürchtet, zeigt, daß sie nur wenige Tage vorher den unpopulären Wertverlust des mexikanischen Peso herbeiführte, der an einem einzigen Tag um 34 Prozent von 245 auf 330 gegenüber dem Dollar stürzte. In Mexiko gilt das Wort: „Wer zählt, gewinnt", und „Alchimie" nennt man hier die Kunst, eine Wahl zu gewinnen, die man verloren hat. Aber man hat diesmal kaum die Alchimie nötig: Die Mexikaner haben größtes Interesse daran, daß der soziale Frieden erhalten bleibt.

Ironischerweise treffen sich die Interessen der Regierungen der USA und Mexikos. Washington sieht lieber ein ruhiges Mexiko mit einer etwas fragwürdigen Spielart der Demokratie als einen neuen Krisenherd in Lateinamerika. Man verzeiht deshalb auch Mexikos Präsidenten die oft USA-feindliche Rhetorik, die ungefährlicher ist als der Strom illegaler Einwanderer, den soziale Unruhen aus Mexiko in die USA treiben würden. Alle Kommentare, die der PAN Siegesaussichten bei den kommenden Wahlen geben, wecken allenfalls falsche Hoffnungen bei der Opposition. Die Wahlen des 7. Juli können nur ein Ergebnis haben: wie gehabt.



Das Aufgebot ist bestellt KLAUS BÖHLE

Lohn der Entschlossenheit

Von Peter M. Ranke

Banditen, Mörder und Barbaren nannte Präsident Reagan Geiselnehmer und Flugzeugentführer. Er hat während der Geiselkrise eine harte Sprache geführt und trotz pflaumenweicher Einwände aus Westeuropa und in der amerikanischen Ostküsten-Presse die Entschlossenheit betont, Terrorakte nicht hinzunehmen, sondern zu vergelten. Doch er redete nicht nur, er handelte auch. Die 6. Flotte kreuzte vor Libanons Küste, und der syrische Präsident Assad – beileibe kein Freund der amerikanischen Politik – ließ sich als Vermittler einschalten.

Reagan ist eben doch nicht Carter. Seine „Politik der Stärke", verbunden mit Geheimverhandlungen, hat Assad und nach ihm den Amal-Chef Nabih Berri überzeugt, daß sie nur verlieren können, wenn sie auf der sofortigen Freilassung der 735 Schiiten in israelischem Gewahrsam als Preis bestünden. Die schiitischen Gefangenen kommen frei, auch wenn es noch ein paar Tage dauert. Sie sollten ohnehin abgeschoben werden. Wichtiger ist, daß die amerikanische Politik, nicht mit Terroristen direkt zu verhandeln und sich ihrer Erpressung zu beugen, durchgehalten werden konnte.

Das war auch möglich, weil sich Franzosen und Schweizer weigerten, als Kerkermeister für die entführten Amerikaner zu dienen, und weil dann Präsident Assad eingriff. Seine Geiselverhandlungen mit dem libanesischen Justizminister Berri, der als Sprecher der Geiselnehmer auftrat, waren kein politischer Liebesdienst für Amerika. Assad handelte aus realistischen Eigeninteressen. Er fürchtet wie der Amal-Milizenchef Berri, daß sich die terroristischen Schiitengruppierungen in Libanon ihrer Aufsicht und Kontrolle entziehen und völlig zu Werkzeugen der unberechenbaren Ayatollahs in Teheran werden.

Anzeichen dafür gab es genug während der Geiselkrise. Vier Gefangene blieben bis zuletzt in den Händen radikalster Schiitentrupps, und nur mit Androhung von Gewalt gelang es Berri, sie freizubekommen. Daß Reagans scharfe Worte ihre Freilassung schon am Samstag verhindert hätten, ist ein frommes Schiiten-Märchen, für Leichtgläubige bestimmt. Das Ringen um die vier letzten Geiseln bewies vielmehr, wie begrenzt auch Berris Einfluß ist, selbst wenn er den Amerikanern ein Abschiedsessen im Luxushotel „Summerland" zugestand. Beliebt machte sich der Amal-Chef bei den Hizbollah-Schiiten um Scheich Fadlallah bestimmt nicht.

Aber wie Nabih Berri will auch der Syrer Assad kalkulierbar bleiben, auch wenn er ein Kriegsbündnis mit dem Khomeini-Regime geschlossen hat. Moskau sieht es nicht gern, daß sein arabischer Hauptverbündeter Rücksicht auf die Ayatollahs nehmen muß. Assad weiß jedoch andererseits, daß sich das schiitische Terrorpotential in Libanon gegen sein Regime richten könnte. Sollte allerdings diese Gefahr oder ein „Khomeinistan" in Libanon akut werden, würde Assad ebenso hart und grausam gegen die Hizbollah-Terroristen oder die Kommandos von „islamischer Heiliger Krieg" zuschlagen wie zuvor schon gegen die Arafat-Palästinenser oder die Moslembrüder im eigenen Land.

Zieht man Bilanz, so gibt es zu denken, daß es nicht gelang, die in Beirut entführten und seit Jahr und Tag festgehaltenen sieben Amerikaner und vier Franzosen freizubekommen. Das Nein der Radikalen war nicht zu brechen. Angeblich weiß Nabih Berri nicht, wo sie gefangengehalten werden – falls sie noch leben. Die syrischen Truppen in Ostlibanon dürften da besser Bescheid wissen, jedoch scheint sich Damaskus im Verein mit den Terror-Schiiten einen neuen Handel vorzubehalten, die Freigabe schiitischer Terroristen in Kuwait.



Was Assad zum Eingreifen brachte: Befreite Geiseln in Frankfurt FOTO: AP

Man freut sich über die Heimkehr der 39 Amerikaner nach siebzehntägiger Gefangenschaft, aber man darf nicht vergessen, daß die Entführer einen jungen Marinetaucher zusammenschlugen und erschossen und dafür vorerst nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Im Labyrinth der von Schiiten und Palästinensern bewohnten Slums von Süd-Beirut sind sie verschwunden und stehen für neue Einsätze bereit. Ebenso wie ihr Terrorgenosse Ali Atwa, der in Athen nicht mehr an Bord der TWA-Boeing gelangte und von den griechischen Behörden überraschend eilig den Laufpaß erhielt, ohne daß er von Terror-Spezialisten aus den USA vernommen werden konnte.

Die Flugzeugentführung und Geiselaffäre in Beirut war sicherlich nicht die letzte Terroraktion im Krieg der schiitischen Fanatiker gegen alles Westliche, gegen Amerika und Israel. Wenn sie auch die Regierungen und Polizei auf den Flughäfen zu strengeren Kontrollen gezwungen hat, so bleibt sie doch auch ein erfolgreicher Einschüchterungsfaktor für die ganze Welt durch Fanatismus und Rücksichtslosigkeit bis zum Mord. Das kann Wirkung auf die Haltung gemäßigter Politiker in Nahost haben, und das sollte sie wohl auch. Es läge im Sinne Assads und Berris.

Während der kritischen Tage in Beirut bot die legale Regierung Libanons ein jämmerliches Bild der Unentschlossenheit und Ängstlichkeit, besonders ihr Präsident Amin Gemayel, der seinen Justizminister Berri als Sprecher für die Terroristen gewähren ließ. Dagegen hat Präsident Reagan im Kampf gegen den internationalen Terror einen Teilerfolg errungen: Entschlossenheit und Unbeugsamkeit vor den Erpressern bringt größere Sicherheit für alle.

IM GESPRÄCH Paula Hawkins

Was – nur gleichberechtigt?

Von Günter Friedländer

Nur zwei Frauen sitzen im Senat der USA. Eine ist die Senatorin für Florida, Paula Hawkins (58, seit 38 Jahren verheiratet, drei Kinder), die 1980 überraschend und gegen alle Wahrscheinlichkeit ihren Weg in dieses Machtzentrum der USA erkämpfte. Sie ist Republikanerin in einem der Südstaaten, die bis vor kurzem als treu demokratisch galten – Mormonin, wo Mormonen eine verschwindende Minderheit sind – sie gehört zu keiner ethnischen Minderheit in einem Staat, in dem allein vierzehn Prozent Neger und neun Prozent lateinamerikanischer Abkunft sind, und sie wurde nicht einmal in Florida, sondern in Salt Lake City (Utah) geboren.

Sie muß sich 1986 zur Wiederwahl stellen, und sie eröffnete dieser Tage ihre Kampagne mit einem neuen Rekord in Floridas politischer Geschichte. Bei einem Abendessen für die Kasse ihres Wahlkampfes kamen um 900 000 Dollar ein. 1400 Personen bezahlten bis zu 1000 Dollar, um in ihrer und Reagans Nähe zu sitzen, der aus Washington kam.

Die schmächtige, stets makellos gekleidete Frau mit den großen, funkelnden schwarzen Augen hat so viel in so kurzer Zeit getan, daß sie die Feindschaft des „Establishments" in Washington nicht vermeiden konnte, wo sie den Ruf hat, sich in den Vordergrund zu drängen – bei nicht immer klar erscheindenen Prioritäten.

Ihre oft zitierten Aussprüche trugen dazu bei. „Ich sitze im Senat nur auf einer hinteren Bank, weil man sie mir anwies", sagte sie nach ihrem Einzug in den Senat, „hielt aber schon am ersten Tag eine Rede. Man wird mich wohl den Meckerer des Senats nennen, aber ich werde mich durchsetzen." Ist ihre Karriere ein Symbol der Gleichberechtigung der Frau? „Ich bin mehr als gleichberechtigt, wenn man mich läßt", antwortet sie. Viele sehen in ihr einen schnaubenden Drachen, der jeden Widerstand überrennt. Was immer man sagen mag, ihre Prioritäten sind in Wahrheit sehr klar: Sie haben mit dem Schutz der Kinder zu tun. Sie sucht die Zentralisierung des Kampfes gegen alle Verbrechen an Kindern, wie Entführungen und sexuelle Vergehen, z. B. durch Bundeshilfe für die Anlage landesweiter Datenbanken, und sie stellt sich als Drachentöter den Ländern in den Weg, die nicht genügend gegen die Produktion von Rauschgiften und den Rauschgiftschmuggel tun: Sie schrieb ein Gesetz, das solche Länder von amerikanischen Hilfsprogrammen ausschließt. Ihr letzter großer Erfolg war die Hilfe für den Rundfunksender „Marti", der nun täglich Nachrichten der freien Welt nach Kuba trägt und Paula Hawkins zur Heldin der Exilkubaner machte.



Kampf gegen Kinderschänder: Senatorin Hawkins FOTO: CAMERA PRESS

Das alles schaffte sie in fünf Jahren in einem gesetzgebenden Gremium, das eher für die Langsamkeit seiner Arbeit bekannt ist. Sie hat in diesen Jahren eine einfach unbegrenzte Arbeitsfähigkeit bewiesen, die selbst ihre Feinde bewundern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Geiselbefreiung wird von vielen Zeitungen kommentiert:

The Washington Post

Schon vor der Abreise der 39 aus Beirut war die Diskussion über die Art und Weise, wie Ronald Reagan sich verhalten hat, in vollem Gang. Die Schiiten haben für ihre Sache zwar etwas Publizität bekommen, aber die direkt an der Entführung Beteiligten mußten schließlich ihre Geiseln anderen Schiiten und dann den Syrern übergeben. Reagan hat sich an das Prinzip gehalten, niemals direkt mit Terroristen zu verhandeln. Im Umgang mit den Israelis verhielt er sich so, daß diese auf ihrer Position beharren und behaupten konnten, sie hätten die Rückgabe ihrer Geiseln ohnehin im Sinn gehabt.

LIBERATION

Die wahren Sieger sind, wieder mal, die amerikanischen Medien, diese viele Millionen schweren und entsetzlich einflußreichen Fernsehanstalten, die das Schauspiel des Geiseldramas von Anfang bis Ende in Szene gesetzt haben – mit der wohlwollenden Mitwirkung ihrer Kerkermeister. Sie gingen derart weit, daß man sich nun fragen muß, ob der Terrorismus ohne sie und ihren erbitterten Konkurrenzkampf überhaupt eine Chance hätte zu überleben. (Paris)

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Präsident Reagan hat ein weiteres Mal gezeigt, daß das Klischee des aus der Hüfte feuernden Cowboys, das in Europa gern behandelt wird, nicht stimmt, sondern daß er heikle Situationen vorsichtig anpackt. So brachte er die Beiruter Affäre in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem glimpflichen Abschluß, was seinem unglücklichen Vorgänger Carter mit den Teheraner Geiseln nicht gelang und deshalb dessen politischen Niedergang besiegelte.

WIESBADENER KURIER

So ist der Tausch „Geiseln gegen Internierte" letztendlich eine – wenn auch vesteckte – Ost-West-Aktion. Mit seiner Vermittlerrolle – darüber gibt es keinen Zweifel – ist Syriens Präsident Assad zu einer politischen Schlüsselfigur nicht allein im Nahen Osten geworden.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Auch den militanten religiösen Eiferern wurde klar, daß ihre verschwommenen Ziele gegen die syrische Militärmacht nicht zu verwirklichen sind ... Der mächtige Mann in Damaskus kann keine religiöse Minderheit mit politischen Ambitionen gebrauchen, die ihm vor aller Weltöffentlichkeit auf der Nase herumtanzt, wenn er den Libanon nach syrischen Vorstellungen ordnet. (Karlsruhe)

HESSISCHE ALLGEMEINE

Wenn es stimmt, daß Israel die 735 libanesischen Gefangenen ohnehin laufenlassen wollte, dann hat die Geiselnahme ihre Freilassung eher erschwert. Nur sieht es jetzt wie eine erfolgreiche Erpressung aus. Deprimierend für Israel und beschämend für die USA, aber ein glorreicher Scheinsieg für Berri und seine Leute. (Kassel)

Moskaus U-Boote könnten SDI populärer machen

Ein ungewöhnliches Manöver vor Amerikas Ostküste / Von Rüdiger Moniac

Wenn die Sowjetunion eine größere Zahl nuklear getriebener U-Boote, bestückt mit Atomraketen strategischer Reichweite (SLBM), sich im Nordatlantik entfalten läßt und diese dabei zum Teil hart an der amerikanischen Ostküste operieren, stellt sich die Frage nach dem Zweck. Militärisch macht eine solche Übung, wie in den letzten Tagen abgelaufen, nur insoweit Sinn, als die Sowjets in den betreffenden Seegebieten mit der Anwesenheit amerikanischer Jagd-U-Boote (sogenannter Hunter-Killer) rechnen müssen und Erfahrungen sammeln können.

Mit ihren passiven Sonarsensoren vermögen sie die „akustische Handschrift" der US-Boote zu lesen; möglicherweise offenbaren deren Kommandanten indirekt durch ihr Verhalten auch etwas von der amerikanischen Verteidigungstaktik. Sie müssen sich testen lassen. Schließlich sind die sowjetischen Mannschaften in der Nähe zum Gegner mehr zu motivieren als im Trott normaler Patrouillenfahrt.

Darüber hinaus fällt es schwer, dem sowjetischen Unternehmen einen militärischen Zweck abzugewinnen. Denn dank der strategischen Reichweite der ballistischen Raketen auf den sowjetischen Booten (SS-N-17 und -18 mit bis zu 8000 km) können sich diese Einheiten in den Weiten von Atlantik, Pazifik und den arktischen Meeren verstecken und auch von dort aus wesentliche Ziele auf dem nordamerikanischen Kontinent bedrohen.

Um so mehr fällt die politisch-psychologische Absicht hinter dem sowjetischen Unternehmen ins Auge. Sie richtet sich einerseits nach innen in das sowjetische System selbst. Zum anderen aber will sie auch und vor allem auf den Gegner wirken. Dies geschieht nach dem alten Grundsatz, nach dem Kriegführung dann am besten ihren Zweck erfüllt, wenn sie ohne den direkten Gebrauch der Waffen, vielmehr nur durch die Drohung mit ihnen den Sieg erzielt und den Gegner zur Unterwerfung zwingt. Was die Innenwirkung angeht, muß Admiral Gorschkow, der in mehr als zwei Jahrzehnten die sowjetische Kriegsflotte zu ihrer heutigen Geltung ausbaute, den im Kreml für die Finanzierung zuständigen zivilen Planern beweisen, daß die Rubel-Investitionen auch in vorzeigbarer Macht Früchte tragen. Vor der amerikanischen Küste eine derart starke Unterwasserflotte mit dem roten Stern aufmarschieren zu lassen, ist ein „Beweis", der auch die in seestrategischen Überlegungen unbewanderten Laien im Kreml beeindrucken mag. Denn nicht nur im Westen gelten die Regeln der Militärs, sich „verkaufen" zu müssen.

Die andere Seite der politisch-psychologischen Wirkung des sowjetischen U-Boot-Aufmarsches richtet sich gegen die westliche Öffentlichkeit. Bis jetzt ist das Pentagon noch sehr zurückhaltend geblieben in der Darstellung der sowjetischen Operation. Doch wird die US-Marine auf Nachfragen Einzelheiten preisgeben müssen. Sogleich wird in den USA die Frage gestellt werden, ob und wie der Kontinent gegen diese Art der Bedrohung geschützt sei.

Sie ist in dieser Form neu für die amerikanische Öffentlichkeit. Bislang beschränkte man sich dort auf die Überlegung, ob die USA sich ungeschützt der Bedrohung durch sowjetische Interkontinentalraketen preisgeben sollen. Aus dieser Debatte gewann Präsident Reagan vor mehr als zwei Jahren Energie für den Startschub seiner Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI).

Nun, und das dürften die Sowjets in der Wirkung kaum richtig kalkuliert haben, wird die zusätzliche Frage in den USA aufgeworfen werden, ob SDI auch gegen eine ballistische Raketendrohung kürzerer Reichweite, nämlich aus den den Küsten vorgelagerten Seegebieten, wirksam sein könnte. Diese Überlegung beschäftigt die Europäer, die über SDI in diesem Kontext sogar fachmännisch nachdenken müssen, längst. Denn Europa liegt längst im Drohbereich sowjetischer Systeme mit halb- oder nichtstrategischer Reichweite. Die SS 20 gehört dazu, aber auch die Typen SS 21, 22 und 23.

SDI wird nach dem sowjetischen U-Boot-Manöver auch in einer breiteren amerikanischen Diskussion Gewicht bekommen, so daß die Experten werden erklären müssen, ob die Erforschung der technischen Abwehrmöglichkeiten bereits erkennen läßt, was auf dem Felde der kürzeren Reichweiten denkbar ist. Den Europäern kann dieser Anstoß nur recht sein. Von nun an erscheint der Administration die Sorge der Europäer nicht mehr nur als europäische, sie wird auch zur amerikanischen und damit in der Innenpolitik der USA sehr viel einflußreicher. Ob dies beim Vorschieben sowjetischer U-Boot-Raketen in großer Zahl unter die amerikanische Küste die Absicht des Kremls war, ist sehr zu bezweifeln. Die Ambivalenz dieser Machtdemonstration eignet sich zum Ausschlag in einen sowjetischen Nachteil.



Nur soziale Hilfe ebnet den Weg zur Gleichberechtigung

Die Forderung nach mehr Gleichberechtigung bedeutet für die Frauen in den Industriestaaten – zumindest jetzt noch – etwas anders als bei ihren Geschlechtsgenossinnen in der Dritten Welt. Dort heißt Gleichberechtigung zunächst Ausbildung und Hilfe zur Selbsthilfe. In diesem Monat beginnt in Nairobi die dritte Weltfrauenkonferenz.

Von E. KNORR-ANDERS

Die Ankündigung reißt niemanden vom Stuhl. Etwas umständlich heißt es in der Einladung: „Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Errungenschaften des Frauenjahrzehnts der Vereinten Nationen". Man liest weiter, daß die Teilnahme an der Konferenz auf Regierungsvertreter und die Organe der Vereinten Nationen beschränkt ist. Zusätzlich werden „zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, die einen offiziellen Status bei den Vereinten Nationen haben, teilnehmen".

Aber schon mit Tagesordnungspunkt 2 erhält die Sache Brisanz. „Künftige Strategien für die Förderung der Frau, um auf nationaler und internationaler Ebene die Ziele des Jahrzehnts: Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden bis zum Jahr 2000 zu erreichen".

Allein dieses Thema könnte, wie das 1975 von den Vereinten Nationen ausgerufene „Internationale Jahr der Frau", erneut den Pressewald mit Karikaturen füllen, zu spöttischen Betrachtungen Anlaß geben. Dazu besteht jedoch kein Anlaß, denn die Geschichte der Frauenbewegung, mit ihrer Tendenz zum Allgemeinwohl, ist die Geschichte mutiger und selbstloser Frauen verschiedener Nationalität. Es ist die Geschichte von Menschenrechtlerinnen.

Amerikanische Frauen waren es, die sich 1830 für die Abschaffung der Sklaverei in England und Nordamerika engagierten. Allen voran die aus South Carolina stammenden Schwestern Sarah und Angelina Grimké. 1848 beteiligten sich in Europa Frauen an den Revolutionen um demokratische Rechte.

An Repressalien männlicher Machtinhaber gegenüber sozialverantwortlich weit vorausdenkenden Frauen hat es (leider) nie gefehlt. „Ohne Beteiligung der Frauen gibt es keine Revolution", hatte Mirabeau zur außerordentlich hoch gelobten Französischen Revolution verlauten lassen. Doch bereits 1793 verkündete ein Erlaß: „Alle Vereine und Volksverbände von Frauen, unter welcher Bezeichnung auch immer sie existieren, sind verboten." Zwei Jahre später durften Frauen an keiner politischen Versammlung mehr teilnehmen.

Nachdem die Schriftstellerin Olympe des Gouges, Verfasserin einer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin", im gleichen Jahr guillotiniert worden war, las man in der Zeitung „Le Moniteur": „Sie wollte Staatsmann sein, und das Gesetz hat diese Verschwörerin wohl dafür bestraft, daß sie die Tugenden vergaß, die ihrem Geschlechte geziemen."

Zum internationalen Verbund von Frauen zu gelangen war ein steiniger Weg. Wo jegliche emanzipatorischen Bestrebungen aus dem Blickfeld gedrängt wurden – wie lange Zeit in Frankreich –, suchten Frauengruppen Rückhalt und Hilfe bei ausländischen Geschlechtsgenossinnen. 1878 fand der erste internationale Frauenkongreß in Paris statt.

Stets war die Forderung nach Wertschätzungsgleichheit beider Geschlechter, nach sozialer Hilfe (heute Entwicklungshilfe für die Dritte Welt) und nach Frieden Bestandteil der Arbeit der Frauenbewegung. Das gilt auch für die im Juli in Nairobi (Kenia) stattfindende dritte Weltkonferenz. Weltkongresse, zudem noch unter dem weiten Mantel der Vereinten Nationen, waren vielfach auch Plattform für heuchlerische Propaganda. Nie ist gänzlich auszuschließen, daß Frauenvertreterinnen von politischen Dunkelmännern vorgeschickt werden, um mit idealistischen Deklarationen nationalen Machtansprüchen zu dienen. „Über Frauen haben wir überhaupt noch nicht geredet", erboste sich die Australierin Elizabeth Reid 1975 in Mexiko.

Immer wird zum Helfen Geld gebraucht. 1976 wurde der Frauenfonds der Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Die Mittel des Fonds kommen aus freiwilligen Spenden von UNO-Mitgliedern. Genau hier trennen sich die Sprücheklopfer von den real Helfenden. Die USA leisteten mit 7,7 Millionen Dollar den größten Beitrag, gefolgt vom kleinen Norwegen mit 4,5 Millionen Dollar. Die Bundesrepublik ist mit knapp hunderttausend Dollar vertreten. Die sozialistischen Länder hingegen knausern nicht – sie zahlen überhaupt nichts.

414 Projekte konnten von 1980 bis Februar '85 in Ländern der Dritten Welt gefördert werden, zum Beispiel in Bangladesch, Bolivien, Honduras, Kenia. Sämtliche Projekte des Frauenfonds können nur mit Zustimmung der Regierungen der in Frage kommenden Länder durchgeführt werden. Dann erst treten die nationalen Frauenverbände als Vermittler in Erscheinung.

Überprüft werden die Planungen von Beauftragten der Entwicklungsprogramme der Vereinten Nationen (UNDP), damit die Mittel nicht in Verwaltungen verschwinden, sondern tatsächlich den bedürftigsten Frauen zufließen. Wie wird diese Hilfe praktiziert? Entwicklungshilfeschwärmern werden die Träume zerstieben.

In Bangladesch lernen Frauen Fischnetze und Bambuskörbe herstellen. In den Ausbildungsstätten werden sie und ihre Kinder beköstigt und ärztlich betreut. Zum Abschluß erhält jede Frau 20 Dollar als Anfangshilfe zur neuen, selbständigen Tätigkeit. In Benin, Togo und Guinea bauen hierfür ausgebildete Frauen Fischräucheranlagen, benutzen und reparieren sie. In der Praxis heißt das: mehr Räucherfische, mehr Geld für die Frauen. In Kenia, Gastland der diesjährigen Weltkonferenz, haben sich 25 große Frauenorganisationen gebildet. Eine davon, die Maendeleo Ya Wanawake, hat 300 000 Mitglieder.

Auf Empfehlung der Weltfrauenkonferenz von 1975 wurde das „Frauenbüro" von Kenia gegründet. Es ist eine Abteilung im „Department of Social Services" innerhalb des „Ministry for Culture and Social Services". Dazu war notwendig, die Mitarbeiterinnen mit Kursen in Management, Budgetplanung und Buchführung auszubilden. Das Ministerium versucht, eine größere Anzahl der Frauengruppen für Großprojekte zu gewinnen.

Kenias Frauen waren stets den härtesten Arbeiten in den Zuckerrohr- und Kaffeeproduktionen ausgeliefert. Kenias Männer hielten sich – wie die Fischer in Togo – ans Vermarkten. Heute schaffen die Frauen in Kenia zuallererst unmittelbare Arbeitserleichterungen: Wasserleitungen, Pumpen. Sie bauen energiesparende Herde, um nicht jeden Tag Holz suchen zu müssen. Sie pflanzen neue, widerstandsfähigere Baumarten an.

Was sagen die Männer von Kenia zu solchen selbständigen, aktiv gewordenen Frauen? 30 Prozent verbieten ihren Partnerinnen, sich einer Frauengruppe anzuschließen. Ein Großteil befürwortet den Anschluß unter Sicherstellung ihres Patriarchats. Die meisten sind mit den Vorteilen aus den Tätigkeiten der Frauen (anteiliger Gewinn für den Mann) einverstanden. Es gibt auch Männer, die den Frauen-Kooperativen beitreten. Dazu treibt sie ebenfalls Vorteilssuche.

Aufgrund schlechter Erfahrungen hat das „Ministry for Culture and Social Services" allerdings festgelegt, daß Männer zwar Mitglieder werden, aber keine Führungspositionen einnehmen dürfen. Als „Schatzmeister" soll mancher sich mit der Kasse davongestohlen haben.

Die Afrikanerinnen tragen die Hauptlast der sozioökonomischen Entwicklung ihrer Länder. Ihren persönlichen sozialen Aufbruch wollen sie nicht gefährden. Daher setzen sie ihre Forderungen zwar konsequent, aber behutsam durch. Zielbewußte Ausbildung und zunehmende Allgemeinbildung gehören dazu. Beides erwies sich, quer durch die Geschichte, als Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Frau.

Für Deutschland verkündete bereits 1865 die Schriftstellerin und prominente Vertreterin der Frauenbewegung Louise Otto-Peters den Beschluß: „Wir halten es für ein unabweisbares Bedürfnis, die weibliche Arbeit von den Fesseln des Vorurteils zu befreien. Wir halten in dieser Hinsicht neben der Agitation durch Frauenbildungsvereine und die Presse die Begründung durch Produktiv-Assoziationen, welche den Frauen vorzugsweise empfohlen werden, die Errichtung von Industrie-Ausstellungen für weibliche Arbeitserzeugnisse, die Gründung von Industrieschulen für Mädchen, aber auch die Pflege höherer wissenschaftlicher Bildung für geeignete Mittel, dem Ziele näherzukommen." Bittere Lebenserfahrung überzeugte Louise Otto-Peters, daß weder durch Barrikadenkämpfe noch Straßenmaskeraden den Frauen geholfen wird, wohl aber durch Rückgrat und Unbeirrbarkeit; ohne Selbstdarstellungsekstase.

Wenn sich die Frauen im Juli in Nairobi treffen, wäre es peinlich, sollten sie – wie 1980 in Kopenhagen – die Konferenz dazu mißbrauchen lassen, über ideologische Grundauffassungen zu eifern, Gezänk zu provozieren. Nicht nur die Hungerkatastrophen in Afrika und anderen Ländern der Dritten Welt erheischen Strategien für praktische, rasche Hilfe. Hilfe benötigen auch die Millionen heimatlos gewordener Frauen und Kinder dieses Fluchtjahrhunderts.

Im übrigen sieht Punkt 1 der Tagesordnung eine kritische Überprüfung und Bewertung des Erreichten des nun ablaufenden Frauenjahrzehnts vor. Es wurde viel erreicht. Denn es ist in jedem Fall viel, Kinder vor dem Hungertod zu retten, Frauen den Weg in ein menschenwürdiges Dasein zu ebnen.

Die zarte Pflanze Gleichberechtigung benötigt noch viel Pflege – besonders in der Dritten Welt
FOTO: HENNING CHRISTOPH

Kein Romanow wird mehr in Rußland regieren

Lange war er der Kronprinz und strebte nach dem höchsten Amt im Sowjet-Staat. Jetzt fiel er ins Bodenlose: Grigorij Romanow verlor seinen Sitz im Politbüro und seinen Posten als ZK-Sekretär.

Von C. G. STRÖHM

Schon seit Wochen verbreiteten die üblichen Moskauer „Quellen" – sie sprudeln meist verborgen aus dem Machtbereich des Staatssicherheitsdienstes KGB – Negatives über Grigorij Wasiljewitsch Romanow, bis gestern Mitglied des Politbüros, ZK-Sekretär und zweitmächtigster Mann der Sowjetunion. Auf dem ungarischen Parteitag in diesem Frühjahr soll, so hörte man da, Romanows Zuspruch nicht so sehr der magyarischen Bruderpartei als vielmehr dem inzwischen von Gorbatschow streng geächteten Wodka gegolten haben.

Alte Kamellen aus der Leningrader Zeit – etwa die Tatsache, daß Romanow als damaliger Leningrader Parteisekretär zur Hochzeit seiner Tochter das kostbare Porzellanservice der (zufällig gleichnamigen) Zaren-Dynastie Romanow „ausgeborgt" hatte, wobei einige unersetzliche Stücke bei der feuchtfröhlichen Feier zu Bruch gingen – wurden plötzlich neu aufgewärmt.

Als Parteichef Gorbatschow neulich mit einfachen Sowjetbürgern das Gespräch suchte, um ihnen die Abhilfe bei Mißständen zu versprechen – ging der neue Mann auf die Straßen von Leningrad: also in die Höhle seines Rivalen Romanow. Was Gorbatschow den Leningradern zu sagen wußte, klang stellenweise wie eine kaum verhüllte Kritik an jenem Mann, der eben in Leningrad bis vor kurzem das Sagen hatte und der noch von Andropow 1983 nach Moskau geholt worden war.

Romanow, Jahrgang 1923, ist seiner Nationalität und seiner Gesinnung nach Großrusse. Er stammte aus dem Gebiet von Nowgorod und soll Sproß einer Bauernfamilie sein.



Grigorij Romanow: Ein Großrusse, der altrussische Trinksitten liebt
FOTO: DPA

Der kleinwüchsige, drahtige Mann mit dem weißen, welligen Haar pflegte bei öffentlichen Anlässen stets in äußerst korrekter Garderobe aufzutreten. Daß er manchmal altrussischen Trinksitten huldigte, dürfte nicht nur eine Erfindung seiner innenpolitischen Gegner sein.

13 Jahre lang, von 1970 bis 1983, war Romanow Erster Sekretär (Parteichef) des Leningrader Gebietsparteikomitees der KPdSU und damit mächtigster Mann in der nach Moskau zweitwichtigsten Stadt der Sowjetunion – einem der bedeutendsten wirtschaftichen, wissenschaftlichen und politischen Zentren des Imperiums. 500 000 Parteimitglieder gehörten seiner Organisation an. Leningrad – das einstige Petersburg – galt seit seiner Gründung unter Peter dem Großen stets als Rußlands Fenster nach Westen.

Als junger Mann nahm Romanow im Zweiten Weltkrieg an der Verteidigung des belagerten Leningrad gegen die Deutschen teil. Über die Leningrader Schdanow-Werft, wo er als Leitender Ingenieur und Chefkonstrukteur in den Nachkriegsjahren tätig war, gelang dem 1944 in KP eingetretenen Schiffbau-Spezialisten der Sprung in die politische Laufbahn: 1954 wurde er Parteisekretär der Werft.

Von da an führte ihn der Weg über verschiedene Leningrader Parteiorganisationen steil nach oben. 1966, also bereits in der Ära Breschnew, kam er ins ZK. Vier Jahre später hatte er das ganze Leningrader Gebiet unter sich. 1976 wurde er Vollmitglied des Politbüros.

In der kurzen Amtszeit Andropows, im Jahr 1983, holte man ihn als ZK-Sekretär nach Moskau. Hier erhielt er innerhalb der Parteiführung die Zuständigkeit für Schwerindustrie, Verteidigungsindustrie und Raumfahrt.

Romanow war also im gewissen Sinne Exponent des militärisch-industriellen Komplexes. Eine Zeitlang wurde das Gerücht verbreitet, er werde nachdem Tode Marschall Ustinows das Verteidigungsressort in der Sowjetregierung übernehmen. Das allerdings hätte den Verzicht auf das Erklimmen der obersten und und mächtigsten Position bedeutet, welche die Sowjetunion zu vergeben hat. Zu einem solchen Verzicht war Romanow nicht bereit.

Es besteht kaum ein Zweifel, daß Romanow sich als Sprecher der „Harten" und „Traditionalisten" gewisse Hoffnungen auf die Nachfolge Breschnews beziehungsweise Andropows gemacht hat. Vielleicht ist es ihm und seinen Anhängern zuzuschreiben, daß auf Andropow zunächst der alte Tschernenko als Zwischenlösung folgte.

Aber Romanow scheiterte nicht allein an seinem Dogmatismus und einer gewissen großrussisch gefärbten Arroganz. Mehr noch wurde ihm die Geographie zum Verhängnis. Sein Leben lang hat sich Romanow nur in Leningrad bewegt. Leningrad aber ist in der Sowjetunion seit Lenins Tod eine schlechte Ausgangsbasis für innerparteiliche Machtkämpfe. In den 20er Jahren scheiterte hier schon Sinowjew: Er wurde schließlich von Stalin hingerichtet.

Romanow war ein besonders scharfer Gegner des Westens. Noch über das für Sowjetfunktionäre übliche Maß hinaus pflegte er sich haßerfüllt und ablehnend über die USA, die westliche Demokratie und den „Imperialismus" im allgemeinen zu äußern. Von Wirtschaftsreformen hielt er nichts. Für ihn war die Sowjetwelt dann in Ordnung, wenn sie den altvertrauten Methoden treu blieb.

WIE WAR DAS?

Als Israel in Entebbe zuschlug

Von ROLF TOPHOVEN

Athen war schon einmal Ausgangspunkt für eine spektakuläre Flugzeugentführung. In dieser Woche jährt sich der Tag, an dem dies Drama zu Ende ging: die Befreiung in Entebbe. Am Morgen des 27. Juni 1976 hebt Flug 139 der Air-France vom Flughafen Tel Aviv ab. Es sollte ein Routineflug nach Paris via Athen werden. Doch es kommt anders. Bei der Zwischenlandung in Athen steigt eine 25 Jahre alte Frau mit einem ecuadorianischen Paß auf den Namen „Ortega" und ein junger Mann zu, dessen Paß ihn als Peruaner mit dem Namen „A. Garcia" identifiziert. In Wirklichkeit handelt es sich um die Deutschen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann. Sie stehen in Diensten der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) unter Georges Habasch. Mit ihnen steigen noch zwei Araber zu, mit Pässen aus Bahrain und Kuwait.

Diese vier übernehmen acht Minuten nach dem Start die Gewalt über die Maschine. Handgranaten, Pistolen und Revolver sind bei den laxen Kontrollen in Athen unentdeckt in die Maschine gekommen. Nach einem Zwischenstopp in Libyen landet die Maschine am Morgen des 28. Juni auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda. Bald stellt sich heraus, das Staatschef Idi Amin mit den Hijakkern im Bunde ist.

In Entebbe, wo die Geiseln im alten Terminalgebäude eingesperrt werden, legen die Entführer die Forderungen auf den Tisch: Terroristen in Israel, Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Kenia sollen aus der Haft entlassen werden.

Während in Israel eine fieberhafte politische und militärische Aktivität beginnt, spitzen sich in Entebbe die Ereignisse zu, als der deutsche Terrorist Böse unter den Geiseln eine „Selektion" vornimmt. Alle nichtjüdischen Passagiere werden ausgesondert und dürfen Entebbe Richtung Paris verlassen. Dieser Vorgang löst bei Israelis und Juden in aller Welt traumatische Erinnerungen an den Holocaust in den KZs aus.

Am Freitag, dem 2. Juli, sind die israelischen Vorbereitungen für einen Schlag gegen die Terroristen nahezu abgeschlossen. Vier Großraumtransporter vom Typ Hercules C 130 sollen Einsatztruppen, Ausrüstung, Waffen und einen schwarzen Mercedes, mit dem den ugandischen Soldaten am Airport in Entebbe die Ankunft des Staatspräsidenten Amin vorgetäuscht werden sollte, stehen bereit. Zwei Maschinen des Typs Boeing 707 sind ebenfalls startklar. Eine Maschine ist als fliegendes Lazarett eingerichtet.

Am 3. Juli, um 13.20 Uhr, hebt die Armada in Richtung Entebbe ab.

Nachts, um 23.01 Uhr – nur 30 Sekunden hinter der geplanten Timetable, setzen die ersten Einheiten in Entebbe auf dem Flugfeld auf. Die Überraschung ist perfekt. Die Spezialeinheiten stürmen das Terminalgebäude, in dem die Geiseln untergebracht sind. Ein Megaphon der israelischen Truppen dröhnt: „Hier spricht die israelische Armee, wir holen Euch nach Hause!". Die Terroristen werden in kurzem Kampf ausgeschaltet – unter den Toten die beiden Deutschen Böse und Kuhlmann.

Während die Zugriffskräfte die Geiseln befreien und in die Flugzeuge evakuieren, sichern Infanteristen den Flughafen. Eine andere Einheit zerstört die am Boden stehenden sieben MiG-Kampfbomber der Amin-Luftwaffe. 103 Geiseln werden befreit. Um 0.40 Uhr am Morgen des 4. Juli verläßt die letzte israelische Einsatzgruppe Entebbe. Über Nairobi, wo die Maschinen aufgetankt werden, geht es heim nach Israel.

Bei Smog Beschränkung des Verkehrs

dpa/AP, Wiesbaden

Bei der Umsetzung der neuen hessischen Smogverordnung sind nach Mitteilung von Umweltminister Armin Clauss (SPD) künftig auch „einschneidende Verkehrsbeschränkungen" zu erwarten. Die jüngste Smogperiode Anfang dieses Jahres in Hessen und Nordrhein-Westfalen habe gezeigt, daß bloße Appelle zum freiwilligen Verzicht auf das Autofahren „wenig erfolgreich erscheinen", sagte der Politiker bei der Vorlage des Erfahrungsberichts „Smog 85" am Montag in Wiesbaden.

Solange die Bundesregierung keine strengeren Grenzwerte für den Anteil von Schadstoffen in den Abgasen verbindlich vorschreibe, müsse der Fahrzeugverkehr in smogbedrohten Städten und Ballungsgebieten „empfindlich" verringert werden. Clauss begründete diese Auffassung damit, Autoemissionen stünden in vielen hessischen Smog-Gebieten mengenmäßig an erster Stelle. Vor allem Kohlenmonoxid und Stickstoffoxide gefährdeten die Gesundheit.

Länder-Defizite unter 20-Milliarden-Grenze

AP, Bonn

Die Finanzminister der Bundesländer haben die Defizite in ihren Haushalten 1984 zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder unter die Grenze von 20 Milliarden Mark gesenkt. Nach einer Dokumentation, die das Bundesfinanzministerium gestern in Bonn veröffentlichte, mußten die Länder 1984 für 19,4 Milliarden Mark neue Kredite aufnehmen. Das sind 2,3 Milliarden Mark weniger als 1983 und 4,1 Milliarden weniger als im Haushaltsansatz 1984 geplant. Insgesamt haben die Länder nur 2,5 Prozent mehr ausgegeben als 1983. Dem stand ein Wachstum der Steuereinnahmen um 5,1 Prozent gegenüber.

Das geringe Wachstum ist nach Angaben des Finanzministeriums darauf zurückzuführen, daß die laufenden Ausgaben der Länder weiter stark gebremst wurden. Dagegen ist der Rückgang der Investitionen nach drei Jahren offenbar gestoppt worden. Die Investitionsausgaben stiegen insgesamt um 1,1 Milliarden Mark oder 2,9 Prozent auf 38,4 Milliarden Mark. Ein wesentlicher Faktor bei diesem Wachstum ist jedoch die Umstellung der Bafög-Zahlungen an Studenten auf Darlehen. Dagegen sind die Bauinvestitionen der Länder erneut um 200 Millionen Mark oder 2,2 Prozent auf 5,5 Prozent geschrumpft.

Handlos gründet wieder neue Partei

lz. München

Nach seinem Austritt aus den von ihm gegründeten „Republikanern" baut der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos unter dem Namen „Freiheitliche Volkspartei" eine neue Partei auf. Nach Angaben von Handlos sind etwa tausend Mitglieder eingeschrieben. Landesverbände in Bayern und Nordrhein-Westfalen existieren bereits, in Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen werden sie in den nächsten Wochen gegründet. Man wolle verhindern, daß extrem Rechte ähnlich wie bei den „Republikanern" Zugang finden. Inzwischen hat auch der ehemalige CSU-Abgeordnete Ekkehard Voigt die „Republikaner" verlassen, nachdem dort, so Voigt, Kräfte Einfluß gewonnen haben, „die extrem rechte Positionen vertreten". Alleiniger Vorsitzender der „Republikaner" ist nun der ehemalige Münchner Fernsehjournalist Franz Schönhuber.

„Müller äußerte private Meinung"

AP, München

Die CSU hat sich von der Forderung ihres Bundestagsabgeordneten Günther Müller nach einem Rücktritt von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling distanziert. CSU-Pressesprecher Godel Rosenberg sagte am Montag in München, Müller habe eine „sehr private Meinung zum Ausdruck gebracht". In der CSU-Spitze sei man „wenig glücklich" über Müllers Äußerung. Rosenberg betonte, es solle niemand glauben, daß es sich hier „um einen von der CSU-Führung vorgeschickten Minenhund handelt". Die CSU-Spitze sehe die Angelegenheit nicht so kritisch wie Müller. In der Montag-Ausgabe der „Bild"-Zeitung hatte Müller über den der CDU angehörenden Minister gesagt: „Schwarz-Schilling muß sofort zurücktreten. Er darf keinen Tag länger Minister bleiben. Kanzler Kohl muß handeln. Irgendwann muß Schluß sein mit dem ständigen Aussitzen der Probleme." Gegen den Minister sind Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Fall der seiner Familie gehörenden Berliner Batteriefabrik Sonnenschein erhoben worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Nordelbien: Ein Dialog, der sich im Kreise dreht?

Von GEORG BAUER

Bleibt alles beim Alten? Kaum einer der 140 Synodalen in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, die zum Ende der Woche die Richtung ihrer Kirche diskutieren werden, rechnet damit, daß mit dieser Synode in Rendsburg ein Schlußpunkt hinter eine seit Jahren geführte Diskussion gesetzt wird. Allenfalls wird es ein vorläufiger Schlußpunkt sein, eine Mahnung, den massiven Meinungsverschiedenheiten über den Auftrag der Kirche im internen Gespräch die Spitze zu nehmen.

Die Schlüsselworte für die drei Bischöfe Peter Krusche (Hamburg), Karlheinz Stoll (Schleswig) und Ulrich Wilckens (Lübeck) heißen Toleranz, Gesprächsbereitschaft und Gemeinsamkeit. In der Vergangenheit hatten sie wiederholt dazu aufgefordert. Auch in der Vorlage zur Sondersynode kommt dieser Wunsch zum Ausdruck. Es sei offenbar geworden, so heißt es dort, „wie vieles wir seit langem einander an offenem, geduldigem Gespräch schuldig geblieben sind". Angesichts der Ver-



pflichtung der Amträger zur Einheit und Gemeinschaft der Kirche habe das Gespräch miteinander „eine hervorragende und konstitutive Bedeutung".

Gesprochen aber wurde in der Vergangenheit genug. Ein Dialog also ohne Ende und vor allem ohne Wirkung? Noch im April mußte die Kirchenleitung Nordelbiens eingestehen, daß ihre Bemühungen um eine Korrektur einseitiger Positionen bei Pastoren des Kirchenkreises Stormarn, die in einem Flugblatt die Wehrdienstverweigerung als einzig christliche Handlungsweise hingestellt hatten, nicht respektiert worden waren.

Zu Ostern war bereits ein Fastenbrief der Bischöfe vorausgegangen, in dem sie vor einer Aushöhlung des Rechtsstaates durch Aktionen des zivilen Ungehorsams gewarnt hatten. Und zu Ende des vergangenen Jahres hatten Krusche, Stoll und Wilckens den Aufruf von 27 Pastoren und und Kirchenmitarbeitern zur Verweigerung aller Kriegsdienste und zum zivilen Ungehorsam scharf kritisiert.

Eine der Ursachen für die wachsende Politisierung in der Kirche Nordelbiens ist nach Meinung von Kritikern die seit dem 1. Januar 1977 gültige Verfassung, ein Produkt der politisch-gesellschaftlichen Aufbruchstimmung zu Beginn der siebziger Jahre. Unter dem Stichwort „Mehr Demokratie wagen" wurde eine Verfassung geschaffen, die keine Hierarchie kennt. Es sollte keine Pastorenkirche mehr sein, sondern eine Kirche der Schwestern und Brüder, ein Priestertum aller Gläubigen. Eine „überdemokratisierte Kirche", wie Kritiker meinen.

In den Artikeln wurde festgeschrieben, daß die Pastoren in der Verkündigung und Seelsorge im Rahmen der Ordinationspflicht frei und an Weisungen nicht gebunden sind. Die Vereinbarkeit ihrer Verkündigung mit dem Wort Gottes soll durch Rückkoppelung mit den Gemeindemitgliedern garantiert werden. So heißt es etwa, daß Pastoren und Mitarbeiter bereit sein müssen, sich von den Gemeindemitgliedern und vor allem auch von ihren Kirchenvorständen darauf befragen lassen zu müssen, ob und wie ihre Äußerungen im Wort Gottes begründet sind.

Hinzu kam, daß die Position der Bischöfe entscheidend geschwächt wurde. In der Rolle des „Primus inter pares" oder als „Pastor pastorum" obliegt ihnen die Sorge um Lehre und Verkündigung. Sie sind gehalten, Rat zu geben, ohne daß dieser Rat allerdings bindende Wirkung für Pastoren oder Gemeindemitglieder hat. Vage wird nur formuliert, daß bei den Pastoren, Gremien und Gemeindemitgliedern die Bereitschaft vorhanden sein müsse, auf den Rat der Pröpste und Bischöfe zu hören.

Auch können sich die Bischöfe nach der Verfassung nur gemeinsam äußern, ein entscheidender Nachteil, wie Freiherr Otto von Campenhausen. Das EKD-Mitglied, Befürworter einer vorsichtigen Änderung der Verfassung, meint dazu, in entscheidenden Situationen komme es darauf an, schnell gegenüber abweichenden Tendenzen der Kirche aufzutreten. Die Verständigung zwischen den Bischöfen daure oft zu lange.

Von Campenhausen, der in einem Aufruf prominenter Christen in Nordelbien die Bischöfe zu einer entschiedeneren Stellungnahme gegenüber einseitigen Positionen in Zusammenhang mit der Wehrdienstdiskussion, der Frage um Ehe und Familie und der feministischen Theologie aufgefordert hatte, befürwortet eine Stärkung der geistigen Position der Bischöfe. Angesichts der Orientierungslosigkeit der Gemeindemitglieder, die in verschiedenen Äußerungen noch mühsam die Gemeinsamkeit und das Wort Gottes erkennen können, müsse dem Wort der Bischöfe mehr Gewicht eingeräumt werden.

Auch Äußerungen von Bischof Wilckens lassen den Wunsch erkennen, die Stellung der Bischöfe zu verbessern. Die Orientierungslosigkeit, so Wilckens, könne zwar nicht durch Anordnungen geklärt werden, doch gebe es gute Gründe, die Verfassung zu ändern. Deshalb sei zu überlegen, ob etwa die Zusammenarbeit zwischen Bischöfen und Pröpsten nicht deutlicher herausgearbeitet und die Rechte und Pflichten der Bischöfe nicht besser herausgebracht werden könnten. Gegenwärtig sei es aber nicht sinnvoll nach einer Verfassungsänderung zu rufen. Die Gemeindemitglieder müßten jetzt alle ihren Kräfte auf den Glauben konzentrieren, mahnt der Bischof offenbar aus Furcht, in dieser spannungsgeladenen Atmosphäre Nordelbiens eine Diskussion zu beginnen, die zu diesem Zeitpunkt fruchtlos enden würde.

„Traut den Russen nicht"

DW. Budapest

Der Kongreß diskutierte gerade die „psychologische Dynamik des Wettrüstens", als Tibor Pataky das Rednerpodium betrat. Den mehr als 800 Teilnehmern der „Internationalen Ärztetagung zur Verhinderung eines Atomkrieges" rief der ungarische Anwalt zu: „Den Russen kann man auf keinen Fall trauen."

Pataky erinnerte seine perplexen Zuhörer an das traurigste Kapitel aus Ungarns jüngster Geschichte: „Sie (die Russen) haben unser Land im Jahre 1945 besetzt, und 1956, als wir im Begriff waren, den Kampf für unsere Freiheit zu gewinnen, schickten wir eine Delegation zu ihnen, die mit ihnen reden sollte. Sie kehrte nie zurück." Deshalb die Warnung an das Budapester Auditorium, nicht auf das Propagandageflüster des Kreml hereinzufallen.

Der auf dem Kongreß nicht akkreditierte Anwalt, meldeten die Agenturen lakonisch, habe den Saal etwa eine Stunde später freiwillig verlassen. Auf jeden Fall hat er die „Friedensärzte", zu denen auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sprechen wollte, mit der bitteren Vergangenheit seiner ungarischen Heimat konfrontiert.

Tibor Pataky, der bis gestern unbekannte Anwalt, ist nicht der einzige, der in diesen Wochen an die sowjetische Intervention 1956 in Budapest erinnert. Anfang Juni hatte der ehemalige ungarische Ministerpräsident Andras Hegedüs in einem Interview mit Radio Freies Europa (RFE) offen eingeräumt, daß er sich seiner Rolle in dieser Zeit „schäme" und „Unrecht begangen" habe.

„Ich schäme mich, es war unrecht von mir", erklärte Hegedüs, „ich muß die Mitverantwortung tragen für das Schicksal Ungarns nach 1945 – vor allem dafür, der ungarischen Nation ein fremdes Regime aufgezwungen zu haben." (WELT v. 6. 6.)

Andras Hegedüs war ungarischer Ministerpräsident zwischen April 1955 und Oktober 1956 und mitverantwortlich für den Appell an die Sowjetunion, den Volksaufstand vom Oktober 1956 niederzuschlagen. „Die Frage (der Intervention) ist zum ersten Mal in einem Telefongespräch zwischen (dem damaligen sowjetischen Botschafter in Budapest und späteren KPdSU-Generalsekretär) Andropow und (dem Ersten Parteisekretär der ungarischen KP) Gerö erörtert worden", erklärte Hegedüs.

Der Vorschlag Andropows, eines „Appells an die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen im Bedarfsfall", sei von allen ungarischen Politikern gutgeheißen worden. Niemand habe jedoch ein offizielles Memorandum unterzeichnen wollen, in dem die Sowjets gebeten werden, „die Ordnung in Ungarn wiederherzustellen". Imre Nagy, der am 24. Oktober 1956 Hegedüs im Amt des Ministerpräsidenten ablöste, habe die Unterschrift verweigert. Gerö und Andropow seien schließlich an Hegedüs herangetreten, der dann das Dokument unterzeichnete.

„Damals schien mir das, was ich tat, als völlig natürlich", erklärte Hegedüs jetzt, der damals in die Sowjetunion flüchtete und erst 1958 nach Ungarn zurückkehrte. Seit der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei im Jahr 1968 wandelte sich Hegedüs immer stärker zum Regimekritiker. Im Sommer 1973 wurde er als „Revisionist" aus der Partei ausgeschlossen.

Der ehemalige Spitzenfunktionär lebt, wie es heißt, unbehelligt in seiner Heimat. Seine „Beichte" wurde von Radio Freies Europa in mehreren Fortsetzungen gesendet.

Die Vorwürfe von Strauß läßt man an der Leine nicht gelten

Hannover: Nein zur Investitionszulage für Wackersdorf hat sachliche Gründe

MICHAEL JACH, Bonn

Mit Schweigen quittiert die niedersächsische Landesregierung die erbosten Vorwürfe Bayerns wegen der Weigerung von Hannovers Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU), einer Investitionszulage aus öffentlichen Strukturfördermitteln für die nukleare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im oberpfälzischen Wackersdorf zuzustimmen. Die Zulage macht 10 Prozent der 5,2 Milliarden Mark Gesamtbaukosten aus, verteilt auf mehrere Jahre Bauzeit. Was in der Münchner Staatskanzlei als „eine Art Kriegserklärung" gewertet und als „unsolidarisches Verhalten" eines unionsregierten Bundeslandes gerügt wurde (WELT v. 26.6.), ist nach niedersächsischer Selbsteinschätzung eine im Sinne der anzulegenden Fördermaßstäbe sachgemäße Entscheidung.

„Energiewirtschaftliche Projekte", so verlautet es aus der Regierungskulisse in Hannover, kämen für die Investitionszulage im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" grundsätzlich nicht in Betracht. Von einer „Retourkutsche" des Verlierers beim Zuschlag für den Standort des beiderseits begehrten Milliardenprojekts könne daher nicht die Rede sein.

Die Handhabung des delikaten Falles „Wackersdorf und die Folgen" vollzieht sich in der niedersächsischen Landeshauptstadt offensichtlich strikt nach Weisung der Staatskanzlei von Ministerpräsident Ernst Albrecht. Auch das Wirtschaftsressort verweist Anfragen prompt dahin weiter. Regierungssprecher Hilmar von Poser schließlich läßt sich nur die knappe Mitteilung entlocken, die Landesregierung halte „öffentliche Polemik" nicht für sachdienlich.

Die Bayern hatten mit ihrem Zorn nicht hinterm Berge halten mögen, weil Birgit Breuels Nein zur Zulage für Wackersdorf die nötige Dreiviertelmehrheit im zuständigen Bund-Länder-Planungsausschuß hätte kosten können. Rein rechnerisch hätten die elf Stimmen des Bundes plus sechs der unionsgeführten Länder ausgereicht. Nun aber mußten zwei Ja-Stimmen von SPD-Ländern dem bayerischen Projekt die Bewilligung retten. Ministerpräsident Franz Josef Strauß und die Seinen in München sehen sich's übel vergolten, daß sie aus freien Stücken versprochen hätten, der Freistaat werde ein rundes Fünftel der künftigen Wiederaufbereitungs-Gewerbesteuer an Niedersachsen abtreten. Das wären vom Betriebsbeginn 1995 an immerhin jährlich an die zwei Millionen für den Landessäckel der „Nordlichter".

Die freilich zeigen sich von dem Münchner Moralappell unbeeindruckt. Wie der WELT von kundiger Stelle in Hannover erklärt wurde, wisse Niedersachsen sich zu subventionspolitischer Konsequenz verpflichtet. Der „schmale Topf" (jährliches Volumen derzeit gut 1,1 Milliarden Mark) der Bund-Länder-Strukturförderung könne nicht „nach dem Gießkannenprinzip für alles und jedes" strapaziert werden. In Anwendung auf die Wiederaufbereitungsanlage für Reaktorbrennstäbe wird ein Beschluß des GA-Planungsausschusses zitiert, wonach Kraftwerke auf diesem Wege nicht gefördert werden; in der Wiedergabeform niedersächsischer Amtssprache ist von „Investitionen auf dem Energiesektor" oder „energiewirtschaftlichen Projekten" die Rede.

Dies sei Hannovers Standpunkt übrigens nicht erst seit der WAA-Vergabe nach Bayern. Insofern könne München von Wirtschaftsministerin Breuels Abstimmungsverhalten nicht überrascht worden sein. Ebenso sei dem WAA-Betreiberunternehmen, der in Hannover ansässigen Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK), die Haltung Niedersachsens seit jeher bekannt gewesen. Das Nein zur Investitionszulage für Wackersdorf sei demnach auch gegenüber der DWK auf keinen Fall ein Nachkarten, weil diese sich gegen den von Niedersachsen angebotenen Standort Dragahn entschied. Die DWK zu verärgern, verbiete sich schon deswegen, weil Land und Unternehmen beim Bau des Nuklearendlagers Gorleben Partner seien.

Eben dies versäumt im aktuellen Zusammenhang auch der Sprecher der DWK nicht zu erwähnen. Für das Entsorgungs-Tochterunternehmen all jener bundesdeutschen Stromversorger, die Kernkraftwerke betreiben, sei indes niemals zweifelhaft gewesen, daß die Standorte Dragahn wie Wackersdorf gleichermaßen einen Anspruch auf öffentliche Strukturfördermittel begründet hätten. Ob Niedersachsens gegenteilige Auffassung die Entscheidung der DWK-Gesellschafter für Wackersdorf mitbeeinflußt habe, ließ der Sprecher offen.

Exil-Balten unternehmen eine Freiheitsfahrt

SAD, London

Rund 300 Exil-Balten – Flüchtlinge aus Lettland, Litauen und Estland – werden am 25. Juli von Stockholm zu einer Kreuzfahrt auslaufen, die sie „vor die Haustür" ihrer Heimat führen wird, deren Boden sie nicht betreten dürfen. Diese Reise unter der Bezeichnung „Baltische Friedens- und Freiheits-Fahrt" soll dem Gedenken an die verlorene Heimat dienen. Stalin annektierte 1940 die einst unabhängigen Staaten Lettland, Litauen und Estland, eroberte sie vor 40 Jahren zurück und machte sie zu Sowjetrepubliken.

Wie die britischen Organisatoren mitteilten, verläuft diese internationale Friedensfahrt entlang der Grenze der sowjetischen Hoheitsgewässer – der Zwölfmeilenzone. Die Organisatoren gaben ferner bekannt, daß auch der ausgewiesene Bürgerrechtler Wladimir Bukowskij an Bord sein werde. Obwohl er kein Balte ist, reist er mit, um mit seinem einstigen Mithäftling, dem Letten Gunars Rode, zusammenzutreffen. Bukowskij hatte Rode durch einen Hungerstreik das Leben gerettet. Rode litt an schweren inneren Blutungen und wurde erst medizinisch betreut, als Bukowskij für ihn in den Hungerstreik trat.

Die Litauerin Ingrid Petrauskas, Ko-Organisatorin dieser internationalen Kreuzfahrt in England, sagte am Montag: „Obwohl die meisten Passagiere schon der zweiten Exil-Generation angehören, werden einige Reisende zum ersten Mal ihre Heimat wiedersehen, seitdem sie nach der sowjetischen Besetzung zur Flucht gezwungen wurden." Frau Petrauskas fügte hinzu: „Für Bukowskij wird die Fahrt eine tiefbewegende Erfahrung sein." Der ehemalige Regimekritiker ist heute an der amerikanischen Stanford-Universität tätig.

Weiter absolute Mehrheit für die Bonner Koalition

Infratest-Umfrage wird als ein „Ausrutscher" bewertet

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Regierungskoalition von Union und Liberalen hält sich trotz öffentlich ausgetragener Meinungsverschiedenheiten auf mehreren Feldern von der Familien- und Rechtspolitik bis zur Außenpolitik in der Wählergunst stabil oberhalb der absoluten Mehrheit. Das geht aus den regelmäßigen Meinungsumfragen führender Institute wie EMNID oder Infas hervor. Eher als „Ausrutscher" werden dagegen in Bonn die soeben von der „Süddeutschen Zeitung" veröffentlichten Ergebnisse des Münchner Meinungsforschungsinstituts Infratest betrachtet, wonach die Union in der Wählergunst erstmals unter 40 Prozent gesunken und die SPD mit 48 Prozent in die Nähe der absoluten Mehrheit gerückt sein soll. Allerdings wurde diese Umfrage zwischen dem 23. Mai und dem 15. Juni gehalten, auf dem Höhepunkt der Unions-internen Diskussion nach den für die CDU verlustreichen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und an der Saar.

Die öffentlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten berührten zwar die Präferenzen für die einzelnen Parteien bei der „Sonntagsfrage" kaum, machten sich auf der Beliebtheitsskala führender Politiker aber negativ für den Bundeskanzler bemerkbar, wurde in Regierungskreisen angemerkt. Dazu hatte Infratest ermittelt, Kohl zeige in der von minus fünf bis plus fünf reichenden Notenskala *mit – 0,2 Minuswerte.* Damit sei zum ersten Mal seit diesen Erhebungen (ab 1970) ein amtierender Kanzler im negativen Bereich registriert worden. Nicht weit ab von diesen Werten lag das Ergebnis der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, die für das ZDF-Politbarometer im Durchschnitt des Monats Mai einen Beliebtheitswert von nur noch 0,1 für Helmut Kohl ermittelt hatte. Die Beliebtheit des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß stieg im selben Monat von 0,2 auf 0,4 an. Spitzenreiter war damals der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau mit 2,6; und auch SPD-Fraktionschef Vogel hatte noch Note plus 0,6 auf der Skala.

Bei den Antworten zur Frage nach der beliebtesten Partei oder nach der Wahlabsicht, falls am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, ändert sich dieses Bild. Das spricht für die in Regierungskreisen geäußerte Einschätzung, daß sich Unmut über Koalitionsgerangel derzeit auf die Figur des Bundeskanzlers projiziere.

Den negativen Infratest-Zahlen, nach denen (gewichtet) die SPD 48 Prozent und die Grünen sechs Prozent bekämen, eine rot-grüne Mehrheit also die Koalition mit 39 Prozent für CDU/CSU und sechs Prozent für die FDP weit hinter sich lassen würde, stehen die regelmäßig erhobenen Ergebnisse von Emnid und auch Infas in Bad Godesberg entgegen. Laut der soeben erst ausgewerteten Emnid-Befragung vom 13. bis 25. Juni bekämen CDU/CSU 43 Prozent, die FDP neun – die Koalition also 52 Prozent –, die SPD 41 und die Grünen sechs Prozent der Stimmen bei Bundestagswahlen. Die bisher vorliegenden Zahlen für den Durchschnitt des Mo*nats Mai von Infas sehen ebenfalls* die Mehrheit bei der Regierungskoalition: 43 Prozent für die CDU/CSU und 7,5 Prozent für die FDP. Die SPD liegt besser als bei der jüngeren Befragung von Emnid bei Infas im Mai noch bei 43 Prozent. Die Grünen werden, wie in den meisten anderen Umfragen, auch hier mit sechs Prozent angesetzt.

Großes Interesse am ‚Modell Berlin'

Senator Pieroth begründete in Zürich den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Gegen Verzagtheit, Mutlosigkeit und das Wort von der „Euro-Sklerose", das unter deutschen Unternehmern umgeht, wandte sich Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth als Gast einer hochrangig besetzten internationalen Veranstaltung in Zürich. Selbst Unternehmer, rief Pieroth seine Kollegen dazu auf, „sich mehr als bisher dem Innovationswettbewerb mit US- und japanischen Firmen zu stellen". Er verwies auf das wirkungsvolle „Modell Berlin", mit dem die Industriestruktur der Stadt erfolgreich auf das Jahr 2000 vorbereitet wird.

Pieroth sprach als Gast der angesehenen Gottlieb-Duttweiler-Stiftung, die von der Handelskette „Migros" ins Leben gerufen wurde. Unter dem Motto „Demokratie zwischen Sachzwang und Erneuerung" diskutierten führende Köpfe der westlichen Welt über Zukunftsfragen.

Unter ihnen befanden sich der amerikanische Wirtschaftstheoretiker Kenneth Galbraith und der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf. Zu den rund 300 Teilnehmern zählten überraschenderweise auch Experten aus Ungarn. Pieroth lud einen der ungarischen Experten für den Herbst nach Berlin ein.

In seiner vieldiskutierten Rede formulierte Pieroth mehrere Forderungen der Politik an die Wirtschaft:

– „Es reicht nicht aus, lediglich Rückstände aufzuholen, im Gegenteil: Wir müssen angesichts der pazifischen Herausforderung gerade im Bereich der Schlüsseltechnologien wieder einen Vorsprung erzielen.

– ‚Mehr Mut zum Markt' ist keine unbillige Forderung der Politik an die Unternehmen.

– Europa hat ein enormes Know-how-Potential auf vielen Ebenen. Es muß nur stärker und umfassender genutzt werden. ‚Made by Europe' ist ja derzeit wirklich noch kein Qualitätsbegriff. Aber ‚Euro-Sklerose' zu diagnostizieren, geht zu weit.

– Technik-Angst und jedes Anzeichen eines Zweitklassigkeits-Syndroms, für das es keinen Grund gibt, müssen durch eine Aufbruchstimmung überwunden werden."

Nur in einem derart positiven Klima werde das „Made in Europe" wieder zu dem „leuchtenden Qualitätsmerkmal" werden, wie es seinerzeit das Made in Germany geworden sei.

Pieroth zählte eine Reihe von Beispielen in Berlin auf, die den „Sprung nach vorn" der Stadt illustrierten:

- Seit 1982 sind insgesamt 840 neue Existenzen gegründet worden, die dafür eine staatliche Prämie in Anspruch nahmen.
- Es könnten bis zu 10 000 Menschen sofort Arbeit bekommen, wenn sie als Fachkräfte für neue Technologie-Berufe ausgebildet wären.
- Seit Oktober 1984 arbeitet eine „Gesellschaft für neue Berufe" – von Siemens, Nixdorf und der Berliner Softwarefirma PSI gegründet – um jährlich 150 junge Menschen für Berufe des Jahres 1990 auszubilden.
- Berlin hat ein Ausbildungszentrum für Ausbilder an computergesteuerten Werkzeugmaschinen eingerichtet.
- Der Senat plant ein Technologiezentrum für das Handwerk: „In kürzester Zeit wird die Nachfrage in diesem Bereich rasant wachsen", sagte der Senator.
- In der Stadt bieten inzwischen zwölf private Risiko-Kapitalgesellschaften vollhaftende Eigenbeteiligungen im Wert von einer halben Milliarde Mark an jungen Technologieunternehmen an.

Pieroths Berlin-Bilanz erregte in Zürich Beifall und Zustimmung: „Es kam eine Reihe von Fragen, wie wir das eingefädelt haben", sagte Pieroth nach seiner Rückkehr zur WELT. Die Stadt sei auch auf diesem Gebiet ganz eindeutig „auf dem richtigen Weg".

Aus der Union neue Vorwürfe gegen die FDP

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesfamilienminister und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat sein Konzept einer Verbindung des geplanten Erziehungsurlaubs mit einer Beschäftigungsgarantie verteidigt und den Freidemokraten vorgeworfen, trotz Einigung der Koalitionsspitzen „eine Reihe von zusätzlichen Bedenken nachgeschoben" zu haben. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick sprach demgegenüber im „Saarländischen Rundfunk" davon, daß schon in den Vorschlägen der Regierung an die Fraktionen „Punkte enthalten waren, die einer weiteren Ausgestaltung bedürfen."

Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Hannsheinz Hauser, bedauerte, daß eine Einigung in der Koalition vor der Sommerpause nicht möglich gewesen sei. In einem Gespräch mit der WELT sagte Hauser: „Der FDP ist das Kunststück gelungen, in einer öffentlichen Erklärung alle Argumente für die von uns beschlossene Lösung zu begrüßen, aber die Lösung selbst mit fadenscheinigen Allgemeinplätzen abzulehnen." Den Bedenken der Freidemokraten gegen angebliche Belastungen der mittelständischen Unternehmen sei entgegenzuhalten: „Wir haben selten im Bereich der Sozialgesetzgebung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der so ausgewogen den Belangen aller Betroffenen – Arbeitgeber wie Arbeitnehmer – Rechnung trägt. Wenn die FDP die Gewichtung verändern will, so geschieht dies jedenfalls nicht im Interesse der bestens berücksichtigten Klein- und Mittelbetriebe."

Geißler erinnert in seiner ausführlichen Pressemitteilung zunächst daran, daß die Koalitionsspitzen am vergangenen Donnerstag eine einvernehmliche Regelung erzielt hätten, vorbehaltlich der Bestätigung durch die Koalitionsfraktionen. Die Unionsfraktion habe diese Vorlage dann am Freitag in einer Sondersitzung einstimmig gebilligt. Die FDP-Fraktion habe am selben Tag nach dreieinhalbstündiger Debatte dem Erziehungsgeld zwar im Prinzip zugestimmt, aber zusätzliche Bedenken nachgeschoben.

Zu den im Pressedienst der FDP-Fraktion gestern wiedergegeben Bedenken, daß die „schwierige Situation kleinerer und mittlerer Betriebe nicht durch eine zusätzliche Belastung weiter verschlechtert werden" dürfe, heißt es in dem Geißler-Papier: „Für die Betriebe entstehen durch die Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs keine Kosten: Das Erziehungsgeld wird vom Bund bezahlt. Die Kosten der Rentenversicherung für das ertse Jahr werden vom Bund übernommen. Die Erziehungsurlauber werden beitragsfrei in der Krankenversicherung weiterversichert und sie bleiben in der Arbeitslosenversicherung."

Mischnick wiederholte in dem Interview die seit dem Saarbrückener Parteitag der FDP vorgetragenen Befürchtungen, der besondere Kündigungsschutz könne dazu führen, daß Frauen schon bei der Einstellung benachteiligt würden. Zur Erklärung von Regierungssprecher Friedhelm Ost, daß die Bundesregierung den Entwurf des „Bundeserziehungsgeldgesetzes wie in der Koalition verabredet, im Juli beschliessen" werde, sagte Mischnick, es sei offen, ob die noch notwendige „Ausgestaltung" bis zur beabsichtigten Kabinettsentscheidung am 24. Juli bewerkstelligt werden könne, oder ob dies erst „im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens machbar" sei.

In der Union Unmut über Rühe

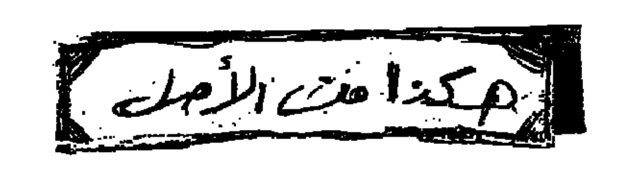
AP, Bonn

Der CDU-Abgeordnete Claus Jäger hat dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe vorgeworfen, mit der These von der angeblichen Bindungswirkung der Ostverträge „dem Bundeskanzler in unverantwortlicher Weise in den Rücken" zu fallen. Er beschädige damit auch die vom „Bundeskanzler erfolgreich gefestigte Position der Union bei den Heimatvertriebenen und den vielen anderen patriotisch gesinnten Mitbürgern". Jäger meinte, es könne nicht hingenommen werden, daß Rühe unter „Mißbrauch seiner Position" in der Öffentlichkeit Thesen vertrete, die allenfalls von einer Minderheit getragen würden.

Anfrage zu Kontaktverboten

AP, Bonn

CDU/CSU und FDP haben die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage aufgefordert, dem Bundestag über die Ausweitung, Bedeutung und Auswirkung der Kontaktverbote in der „DDR" zu berichten. Es handelt sich dabei um eine wachsende Zahl von Personen in der „DDR", denen jeglicher Kontakt mit Bürgern der Bundesrepublik verboten ist. Nach Angaben des deutschlandpolitischen Sprechers der CDU/CSU, Eduard Lintner, sind rund drei Millionen Menschen in Mitteldeutschland von diesen Verboten betroffen, die selbst für engste Verwandte gelten.



Das Ende des Geiseldramas läßt die USA aufatmen / Reagan erinnert an den ermordeten Soldaten / Syriens Rolle gewürdigt

Assad läßt die Schiiten nicht zu mächtig werden

PETER M. RANKE, Athen

Präsident Assad hat wieder demonstriert, daß Syrien in Libanon die herrschende Ordnungsmacht ist, der man nicht ausweichen kann. Das gilt für die amerikanische Regierung wie für die Schiiten und Palästinenser aller Gruppierungen. So fassen westliche Diplomaten das politische Ergebnis der Geiselfreilassung in Beirut zusammen.

Ohne die Rückenstützung der Syrer hätte Amal-Chef Nabih Berri die 39 Amerikaner nicht freigeben können. Dafür haben sich Berri und Assad nicht nur Argwohn, sondern jetzt wohl auch die Feindschaft der radikalen Schiiten-Gruppierungen wie „Hizbollah" (Partei Gottes) oder auch „Islamische Amal" eingehandelt. Doch sollten sie aufmucken, könnte Damaskus wieder die Schlagkraft der Amal-Miliz mobilisieren, ähnlich wie gegen die drei Palästinenserlager in West-Beirut.

Syrien ist die Vormacht in Libanon, die eine politische Neuordnung bestimmt. Die Christen unter Präsident Amin Gemayel haben sich dieser Tatsache schon angepaßt, und Nabih Berri wird seinen Preis fordern. Das ist der verfassungsmäßig bestätigte führende Einfluß der Schiiten, die mit rund 1,2 Millionen jetzt etwa 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Viele Libanesen sehen in Berri heute schon den ersten moslemischen Präsidenten des Landes.

Ob Assad jetzt auch das terroristische Potential der Schiiten zerschlagen wird, bleibt fraglich. Ohne die Nachschubhilfe von Damaskus und ohne den Schutz syrischer Truppen in Nord- und Ostlibanon könnten Terrorkommandos wie die von Hussein Massawi in der Bekaa-Ebene nicht länger ihren „islamischen heiligen Krieg" fortsetzen. Assad ist nicht plötzlich ein Freund der USA geworden. Er wird mit Sicherheit auf die schiitischen Terroristen zurückgreifen, wenn es gilt, etwa gemäßigte Regierungen am Golf unter Druck zu setzen oder den „Friedensprozeß" von König Hussein abzublocken.

Die Lehre, die Assad den radikalen Schiiten in Beirut erteilte, paßt in das Mosaik seiner Vormachtspolitik in Libanon. Schon 1976 ließ er vor oder während des eigenen syrischen Einmarsches zu, daß christliche Milizen die Übermacht der Palästinenser und Drusen brachen und sich behaupten konnten. Eine chaotische Linksfront unter PLO-Chef Arafat und Drusenchef Kamal Dschumblatt, der vom syrischen Geheimdienst ermordet wurde, wollte er nicht an seiner westlichen Flanke dulden.

Als die Christen zu stark zu werden schienen, ließ Assad die christlichen Stadtviertel Beiruts 1978 erbarmungslos beschießen. So „züchtigte" er auch die PLO Arafats in Tripoli und in den Palästinenserlagern von West-Beirut. Drusen und schiitische Amal-Miliz sind dabei seine Bundesgenossen oder seine militärischen Instrumente. Doch auch im Fall der Schiiten wird er darauf achten, daß sie nicht zu mächtig werden, daß vor allem kein „Khomeinistan" in Libanon entsteht.

Das Kriegsbündnis mit dem Mullah-Regime in Teheran ist gegen Irak gerichtet und eher ein Zweckbündnis. Damaskus erhält dafür verbilligtes Rohöl und liefert Waffen und anderen Nachschub. Jedoch nur so viel, daß der Hauptverbündete Syriens, die Sowjetunion, nicht die Stirn runzelt. Syrien ist kein Satellit Moskaus, aber seit 1981 durch einen Freundschaftspakt gebunden, der Assad erlauben soll, ein „strategisches Gleichgewicht" zu Israel herzustellen.

Die sowjetische Stellung in Syrien richtet sich aber auch gegen den NATO-Nachbarn Türkei, selbst wenn die syrische Aufrüstung Israel gilt. Die gegenseitige Abschreckung ist gewachsen. Ein syrisch-israelischer Krieg würde daher anders als 1973 sofort die Weltmächte alarmieren und eventuell zum Eingreifen zwingen. (SAD)



Siebzehn Tage dauerte die Ungewißheit für die 39 Amerikaner. Jetzt sind sie frei. Für Präsident Reagan ist dies ein Augenblick der Freude, aber kein Anlaß zum Feiern. Auffallend positiv hatten sich die Amerikaner über ihre schiitischen Entführer geäußert, ja Verständnis für ihr Handeln gezeigt und sich gegen Vergeltungsmaßnahmen ausgesprochen. Doch als der Dauerstreß wich, als sie die Gewißheit von der bevorstehenden Freiheit hatten, wurde der eine oder andere vom Gefühl überwältigt (Bild links). Eine Szene ganz anderer Art in Beirut: Zwei der Entführer, zur Tarnung vermummt, teilen auf einer Pressekonferenz die Freilassung der Geiseln mit. FOTOS: AP

„Amerika gibt Terroristen keine Garantie"

D. SCHULZ/DW. Washington

Als einen „Augenblick der Freude" begrüßte Präsident Reagan die Freilassung der 39 amerikanischen Geiseln. In einer Fernsehansprache an die amerikanische Bevölkerung erklärte der Präsident, daß diejenigen, die in Beirut und in San Salvador amerikanische Soldaten ermordet hätten, zur Rechenschaft gezogen werden müßten. Mit allem Nachdruck forderte er erneut zum Kampf gegen den „internationalen Terrorismus" auf.

„Die USA belohnen Terroristen nicht und geben ihnen keine Garantien. Wir machen keine Konzessionen und Tauschgeschäfte", sagte Reagan und fügte hinzu: „Terroristen, nehmt zur Kenntnis, wir werden Euch bekämpfen, in Libanon und anderswo."

Kurz nach dieser Ansprache betonte auch Außenminister George Shultz in einer Pressekonferenz im Weißen Haus, daß man versuchen werde, die libanesischen Flugzeugentführer ausfindig zu machen, die an Bord des TWA-Flugzeuges in den ersten Tagen nach dem Piratenakt den Marinetaucher Robert Stethem umgebracht haben. Man werde die Mörder und die, die mit ihnen konspiriert hätten, der gerechten Strafe zuführen.

Sowohl Reagan als auch Shultz hoben die Rolle Syriens und seines Präsidenten Hafis el-Assad bei der Lösung der Krise hervor. Shultz äußerte die Ansicht, Assad habe offensichtlich eingesehen, daß Terrorismus zu nichts führe. Die USA haben in der Vergangenheit Syrien mehrfach beschuldigt, Terrorismus zu unterstützen.

Reagan forderte die Freigabe auch der sieben Amerikaner, die bereits vor längerer Zeit in Libanon entführt worden sind. Die US-Regierung hatte in den letzten Tagen versucht, sie zusammen mit den 39 Geiseln freizubekommen. Nach den Worten von Shultz setzt sich Assad offenbar auch für die Freilassung der Sieben ein.

Die Frage, ob Washington nun zu einem Vergeltungsschlag gegen die schiitischen Fanatiker in Libanon ausholen werde, blieb unbeantwortet. Im Augenblick spricht nichts dafür, daß ein militärisches Unternehmen gegen die Flugzeugentführer selbst und gegen die Angehörigen der Amal-Miliz geplant sei. Die „Washington Post" zitiert in ihrer gestrigen Ausgabe einen hohen amerikanischen Regierungsbeamten mit dem Ausspruch: „Rache ist keine befriedigende Basis für Politik."

Ein hoher US-Regierungsbeamter deutete am Sonntag abend an, es werde keine direkten Vergeltungsschläge der USA gegen Libanon geben. Die radikalen Schiiten der Hizbollah (Partei Gottes) seien bei solchen Aktionen ohnehin nicht verwundbar, weil sie in den Städten lebten.

In den mehr als zwei Wochen, über die sich das Geiseldrama hinzog, wurde die Führungsfähigkeit Ronald Reagans auf eine ernste Probe gestellt. Das Ringen um die Freilassung der Geiseln, das unendlich viel Geduld und diplomatisches Feingefühl verlangte, stellte sich nach Ansicht vieler Beobachter als das schwierigste Problem dar, vor das der Präsident in seiner bisherigen Amtszeit gestellt war. Oft genug sah sich Reagan an die eigene harte Rhetorik erinnert, die er einst während der Geiselkrise in Iran gegen seinen damaligen politischen Gegner, gegen Präsident Jimmy Carter, angewandt hatte.

Konfrontiert mit der Notwendigkeit, nun selbst Entscheidungen in einem ähnlichen Fall zu treffen, mußte Reagan erkennen, daß auch er nicht viel anders handeln konnte als damals Jimmy Carter, wenn er die amerikanischen Landsleute unversehrt aus ihrer Geiselhaft befreien wollte. Daß sich Reagan über seine eigenen alten Reden hinwegsetzte, daß er den Instinkt zum sofortigen Gegenschlag gegen die Terroristen im Zaume hielt, spricht letztlich für ihn, weist es ihn doch als Pragmatiker aus.

In den nächsten Tagen wird Reagan gewiß jede Gelegenheit benutzen, den erfolgreichen Ausgang des Geiseldramas mit den Betroffenen und ihren Familien zu feiern. Die Gefühlsaufwallungen, die dabei zu erwarten sind, könnten am Ende auch die Kritik verstummen lassen, die den Präsidenten vom rechten Flügel der eigenen Partei traf und die ihren treffendsten Niederschlag in der Überschrift eines Leitartikels im „Wall Street Journal" fand. Die Überschrift lautete: „Jimmy Reagan".

USA: Kampf gegen Terror geht weiter

● Fortsetzung von Seite 1

dort gleich schlafen gegangen. berichtete Colonel Charles K. Maffet. der Chefarzt des Krankenhauses. Sie hätten geduscht und reichlich und fröhlich gefrühstückt (einige auf ausdrücklichen Wunsch auch mit deutschem Bier und Wein). Wer noch keinen Kontakt mit den Angehörigen daheim gehabt hatte, holte dies telefonisch nach. Viele Familienangehörige waren aus den Staaten bereits in Wiesbaden eingetroffen. wo sie im Hospital übernachten.

Mindestens fünfzehnmal mußte Commander Maffet den bohrenden Fragen der Reporter dieselbe Antwort geben: „Sie sehen allesamt sehr gesund und munter aus." Keiner. so Maffet, habe irgendwelche Anzeichen von akuten Beschwerden, besonderen Streß, Depressionen, Gewichtsverlust oder Erschöpfung gezeigt. Ein Vergleich mit den aus iranischer Gefangenschaft befreiten US-Geiseln sei schon wegen der unterschiedlichen Haftdauer nicht möglich. Am Mittwoch sollen die Geiseln mit ihren Angehörigen in einer Sondermaschine in die Heimat geflogen werden.

In ersten Äußerungen lobten die Freigelassenen ihre deutsche Flugbegleiterin Uli Derickson, die anfänglich wegen ihrer angeblichen Zusammenarbeit mit den Luftpiraten von Israel beschuldigt worden war, bei der Auswahl der Geiseln mit jüdisch klingenden Namen geholfen zu haben. Diese Vorwürfe erwiesen sich als falsch. Mehrere Ex-Geiseln sagten, Frau Derickson habe mit ihrem mutigen Verhalten das Leben mehrerer Menschen gerettet. „Ich denke, wir wollen alle aufstehen und einer sehr außergewöhnlichen Person namens Uli Derickson applaudieren, die an Bord des Flugzeugs war", sagte Allyn Conwell aus Houston.

Über die Ereignisse während der Geiselhaft berichteten Amerikaner, sie seien in kleinen Gruppen eingesperrt gewesen und wußten lange Zeit nicht, was mit ihnen geschehen wird. Manchmal seien sie sich wie im Zoo vorgekommen. Freunde und Verwandte der Milizposten kamen in den Raum und starrten sie wortlos an.

Israel läßt die libanesischen Gefangenen in Kürze frei

Zusammenhang mit Entführung erneut zurückgewiesen

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Als die 39 amerikanischen Geiseln ihren Weg in die Freiheit antraten, versammelten sich einige hundert Israelis, geführt von Verteidigungsminister Rabin, auf dem Jerusalemer Militärfriedhof am Grabe des Leutnants Jonathan Netanyahu. Er war bei der Befreiung der israelischen Geiseln in Entebbe vor neun Jahren gefallen.

Das Datum war symbolträchtig. Doch keinem Israeli entging der Unterschied zwischen den beiden Befreiungen. Entebbe war militärisches Wagnis und Können, kombiniert mit der Entschlossenheit, vor Entführern nicht zu kapitulieren. Im Fall von Beirut handelte es sich – trotz amtlicher Dementi – um ein „Geschäft" zwischen den USA, Israel und den Entführern.

Die Entführung des TWA-Flugzeuges beschleunigte die Freilassung der libanesischen Gefangenen im Lager von Athlit bei Haifa nicht, sondern verzögerte sie. Als die Israelis Ende April Südlibanon räumten, brachten sie etwa 750 libanesische Gefangene aus dem Lager von Ansar nach Israel. Die meisten von ihnen sind terrorverdächtige Schiiten; bei den übrigen handelt es sich um Christen und Palästinenser. Sie sollten in Kürze freigelassen werden.

Ein erster Schub von 350 Mann stand schon bereit, als die erste Krise mit Schiitenführer Nabih Berri ausbrach. Er hielt Soldaten der südlibanesischen Armee gefangen und wollte sie nur gegen die libanesischen Gefangenen in Israel austauschen. Die Israelis sagten die geplante Freilassung ihrer Gefangenen ab. Kaum hatten sich die Gemüter beruhigt, wurde die TWA-Maschine entführt. Wieder lehnten die Israelis einen Gefangenenaustausch ab.

Israel wird die Gefangenen wahrscheinlich in Gruppen in dieser Woche freilassen. Es hält auch jetzt noch an der These fest, daß kein ursächlicher Zusammenhang zwischen Athlit und Beirut besteht.

Die israelische Version ist, daß laut einem über zwei Monate alten Regierungsbeschluß, die Gefangenen von Athlit freigelassen werden sollen, insofern die Sicherheitslage in Südlibanon ruhig ist. Das ist sie jetzt. Seit Wochen gibt es dort keine Zusammenstöße zwischen Schiiten und der südlibanesischen Armee oder den wenigen israelischen Truppen, die sich dort noch aufhalten. Es wird vermutet, daß dies das Ergebnis eines mündlichen Einverständnisses zwischen Israel und Berri ist.

Die Israelis gehen aus der Geiselaffäre etwas angeschlagen hervor. Herny Kissinger warf ihnen vor, auf dem Prinzip des Nichtkapitulierens vor Terroristen zu bestehen. Doch hätten sie selbst dieses Prinzip mißachtet, als sie vor einigen Wochen 1200 Terroristen gegen drei israelische Kriegsgefangene austauschten. (SAD)

„Nehmen Sie die Köpfe herunter . . ."

rtr, Beirut/Frankfurt

Die Geiseln baten die Journalisten, zwischen den beiden Entführern und ihren späteren Bewachern von der Amal-Miliz zu unterscheiden. Die beiden Entführer hatten die Maschine der amerikanischen Fluggesellschaft TWA am 14. Juni entführt und einen Tag später den Marinetaucher Robert Stethem erschossen.

Der 42jährige Architekt Tom Cullins schildert dies: „Die Stewardess Uli Derickson sagte: ‚Nehmen Sie die Köpfe herunter und halten Sie sich die Ohren zu. Wenn Sie ein Geräusch hören, blicken Sie nicht auf oder es geht uns ebenso.' Die Stimme der Stewardess klang seltsam. Aber 30 Sekunden später machte es Plop und es war kein Mißverständnis möglich", sagte Cullins.

Drei Geiseln berichten, daß sie für drei Tage in einen Keller gesperrt worden seien und durch Gitterstäbe ihr Essen bekommen hätten. „Wir waren am Durchdrehen. War es eine Strafe? Wir wußten es nicht. Sie haben uns einfach von den anderen getrennt und nach unten gebracht", sagte Jack McCarthy, einer der drei.

„Nachher", so erzählt McCarthy weiter, „kam der Miliz-Posten, schlug mich auf die Schulter und sagte: ‚Du sehr gut. Du mein Gast.' Was soll man davon halten." Ein anderer, der 24jährige Blake Synnestvedt, erzählt, seine Gruppe von fünf Geiseln sei sich manchmal wie im Zoo vorgekommen. „Freunde und Verwandte der Miliz-Posten kamen in den Raum, setzten sich hin, tranken Tee und sprachen kein Wort. Sie starrten uns nur an, uns Amerikaner." Für den 27jährigen Michael Brown aus Miami war der schrecklichste Moment eine Nacht wenige Tage vor der Freilassung. Er dachte, er werde erschossen. „Ich hörte sie über Miami sprechen. Ich dachte, sie sondern mich jetzt ab. Wir wurden in der Nacht herumgefahren. Meine Gedanken waren, jetzt bringen sie Dich für den letzten Gang in den Wald oder sonstwohin." In Wirklichkeit wurden die Geiseln zum Essen und Duschen in den Beiruter Miami Beach Club gebracht.

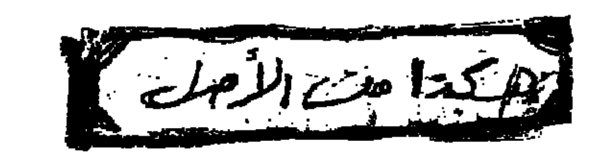
Die beiden Piloten und der Flugingenieur Zimmermann mußten die ganze Zeit an Bord ihrer Maschine verbringen und durften sie erst am Samstag verlassen. Zimmerman sagte, sie hätten die Möglichkeit gehabt, ihre Bewacher zu töten und einen Fluchtversuch zu unternehmen. „Es waren normalerweise sieben Miliz-Posten an Bord. Häufig schliefen sie alle gleichzeitig in ihren Sesseln und ihre Waffen lagen herum. Wir sprachen darüber, ob wir etwa tun sollten. Wir kamen aber zu dem Schluß, daß wir die anderen Geiseln keinem Risiko aussetzen durften."

Die meist jungen Bewacher haben, so Zimmerman, im Flugzeug Jagd auf Souvernirs gemacht. Vor allem das Cockpit habe sie interessiert. „Wir mußten manchmal aufpassen, daß sie nicht alles kaputt machten".

Flugkapitän John Testrake berichtete, im Flugzeug sei es bald sehr schmutzig gewesen und es habe schlecht gerochen. „Als wir nachher besser mit ihnen (den Bewachern) zurechtkamen, haben wir sie sogar zum Reinigen bewegen können".

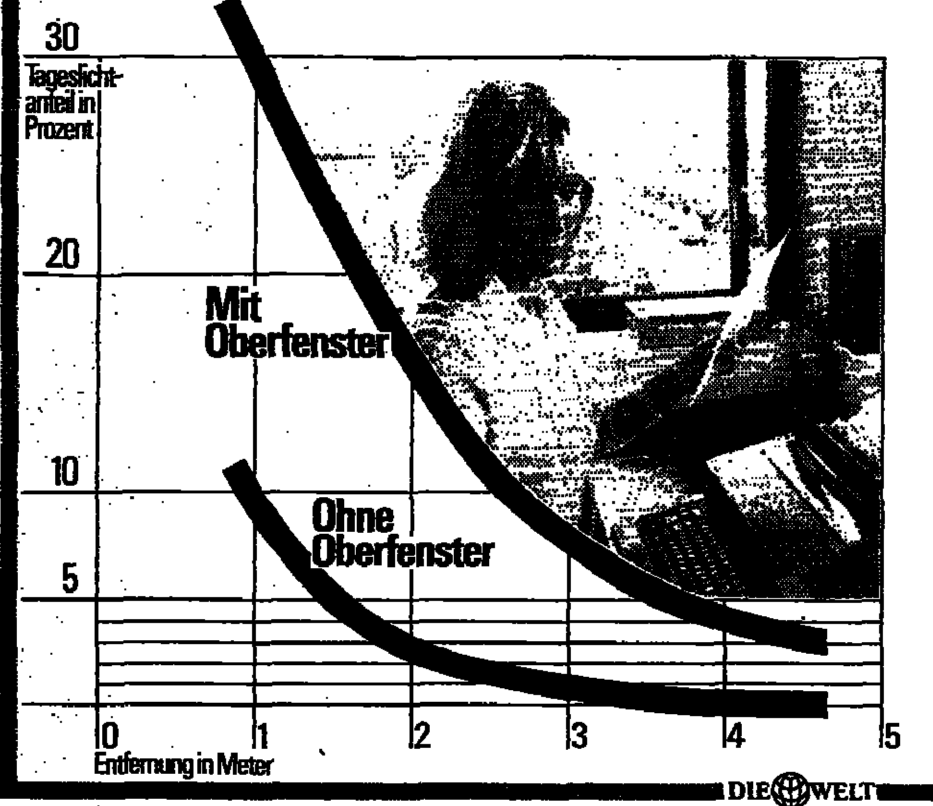
Alte Häuser brauchen neue Ideen.





Die Architekten von Bürobauten sehen sich einer neuen Herausforderung gegenüber: es gilt, mehr Tageslicht in die rückwärtigen Bereiche von Büroräumen zu lenken. Früher wurden aus gutem Grund Kanzleiräume hoch gebaut und die Fenster bis unter die Decke gezogen. Heute beginnt sich die Büroarchitektur unserer Tage wieder auf die hohen Fenster zu besinnen, nachdem sie das natürliche Licht am Arbeitsplatz lange Zeit vernachlässigt hat. Mit den neuen Konzeptionen soll zum einen Strom gespart, und zum anderen das Wohlbefinden am Arbeitsplatz erhöht werden. Erste wissenschaftliche Untersuchungen in der Schweiz zeigen, daß sich mit einfachen Mitteln die Tageslichtintensität verdoppeln läßt. Die nötigen Investitionen können durch die Stromeinsparung wieder hereingebracht werden.

Das Licht bringt es an den Tag: Alles Gute kommt doch von oben



Im Vergleich zu normalen Bürofenstern erhöhen schräggestellte Oberfenster den Tageslichtanteil im Rauminnern gleich um ein Mehrfaches.

Von RUDOLF WEBER

In den vergangenen Jahrzehnten sind die Büroräume immer niedriger und immer größer geworden. Zwangsläufig stehen darin viele Schreibtische so weit vom Fenster, daß man auch an Sonnentagen nur bei Kunstlicht arbeiten kann. In modernen Bürobauten sind es immerhin bis zu 30 Prozent des gesamten Strombedarfs, die für Beleuchtung aufgewendet werden müssen.

Das war zuerst den kostenbewußten Amerikanern ein Stein des Anstoßes. Jedenfalls sind jüngst im sonnigen Süden der USA etliche große Bürogebäude entstanden, in denen vermehrt Tageslicht genutzt wird, um Energie zu sparen: Man macht die Räume wieder höher, zieht die Fenster bis an die Decke, bringt vor den Fenstern und an der Decke Reflektoren an und baut sogar wieder Lichthöfe.

Nebeneffekt: Stromsparen

Im weniger sonnenbegünstigten Mitteleuropa hat sich in dieser Richtung bisher wenig getan. Mitarbeiter der schweizerischen Elektrowatt Ingenieurunternehmung (EWI) haben jedoch die Idee aus den USA mitgebracht und sich überlegt, wie man sie unter unseren Witterungsbedingungen in die Tat umsetzen könnte. Dazu erschien es ihnen geboten, methodischer vorzugehen als die eher auf Eingebung vertrauenden Amerikaner.

1983 nahmen sie ihr Forschungsprojekt „ITN – Intensive Tageslichtnutzung" in Angriff. Zielgegenstand waren von vornherein Büro- und Gewerbebauten, weil diese den höchsten Lichtstromverbrauch haben und somit auch die größte Einsparung versprechen.

Zunächst stellten die EWI-Lichttechniker in Messungen fest, daß an Tagen mit bedecktem Himmel – seinem häufigsten Zustand in unseren Breiten – dreimal soviel Licht von oben kommt wie von der Seite. Also wären für die Tageslichtbeleuchtung eigentlich Oberlichter das Gegebene. Da aber solche Deckenfenster in den unteren Etagen mehrstöckiger Gebäude nicht angebracht werden können, bieten sich dort hochreichende Fenster an. Sie brächten allerdings die Gefahr durch Blendung bei direktem Sonneneinfall mit sich.

Der Ausweg: Über der normalen Fensterreihe eine zweite anordnen, deren Licht jedoch nicht direkt in den Raum fällt, sondern von einer hochgelegenen Fensterbank an die Decke und von dort – dank hellem, glattem Anstrich oder schräg angebrachten Leitblechen – auf die Schreibtische reflektiert wird. Sofern es die Fassadengestaltung erlaubt, kann man auch vor den Fenstern Reflektoren anbringen, um den Lichteinfall zu verstärken, oder gar schräggestellte Oberfenster vorsehen.

Erprobung am Modell

Wieviel Lichtgewinn solche und andere Maßnahmen bringen, wurde bei EWI an Modellen untersucht. Büroräume, im Maßstab 1:8 aus Holz und mit wirklichkeitsgetreuer Innenverkleidung nachgebildet, erhielten Fassaden von unterschiedlicher Fensteranordnung.

Jeweils drei Modelle wurden auf einem Flachdach über der Stadt Zürich nebeneinander aufgestellt und alle zehn Minuten geschwenkt, um den Lichteinfall aus allen vier Haupt-Himmelsrichtungen zu erfassen. Fotozellen außer- und innerhalb der Miniatur-Räume maßen dabei die Beleuchtungsstärke.

Es mag überraschen, daß an einem bedeckten Tag und bei der heute üblichen Anordnung und Größe der Fenster – 35 Prozent der Fassadenfläche – bereits in vier Metern Raumtiefe nur noch 1,7 Prozent der Beleuchtungsstärke unter freiem Himmel übrigbleiben. Mit derselben Fensterfläche, aber besonderer Gestaltung von Fenstern, Fensterbänken und Decken, sowie mit Reflektoren werden nahezu 100 Prozent Tageslichtgewinn erzielt.

Damit läßt sich das Projektziel bereits erreichen, nämlich die Zeit, in der, vier Meter vom Fenster entfernt, nur bei Kunstlicht gearbeitet werden kann, von etwa 1500 Stunden im Jahr auf 800 bis 1000 Stunden zu senken.

Vor einigen Monaten wurden einige Büroräume in einem Zürcher Verwaltungsgebäude für die Intensive Tageslichtnutzung eingerichtet, um Erfahrungen in der Praxis zu sammeln, ohne an der dort denkmalgeschützten Fassade etwas zu verändern.

Wie Meinungsumfragen in den USA ergeben haben, bewerten Büroangestellte die natürliche Beleuchtung sehr hoch. So hoch, daß sogar in den Augen der Bauherren die Stromeinsparung in den Hintergrund tritt: Angenehmere Arbeitsbedingungen, so ihre Überlegung, verbessere auch die Motivation der Angestellten, und das lohne auch höhere Investitionen.

Warum es kaum noch Maikäfer gibt

Mit abnehmendem Löwenzahnbewuchs geht auch die Zahl der Engerlinge zurück

Von M. GLAUBRECHT

Einst bekannt durch ihr massenhaftes Auftreten, scheint es sie heute in Mittel- und Nordeuropa kaum noch zu geben – die Maikäfer (Melolontha melolontha). Verantwortlich dafür ist vermutlich die durchgreifende und großflächige Änderung der Lebensräume der Maikäfer in den letzten 20 Jahren.

Nicht die Insektizide sorgen dafür, daß es keine Maikäfer mehr gibt, sondern mangelnder Lebensraum für Maikäfer und des für sie so wichtigen Löwenzahns. Zu diesem Ergebnis kommt Prof. Friedrich Schütte, Braunschweig, der der Frage nachgegangen war, ob der seither beobachtete etwa 40jährige Zyklus im Auftreten der Maikäufer unterbrochen ist. Ein für Ende der 70er Jahre erwarteter Anstieg blieb nämlich aus.

Als man die Ursachen des periodischen Erscheinens untersuchte, stellte sich heraus, daß die Wurzeln des Löwenzahns zu den am besten geeigneten Wirtspflanzen für Engerlinge gehören. Die weißlichen Larven der Maikäfer erreichen bei Fütterung mit Löwenzahn das größte Gewicht und gleichzeitig die niedrigste Sterblichkeit.

Auch im Freiland war der Feldmaikäfer auf Wiesen und Weiden am häufigsten an den Wurzeln des Löwenzahns zu finden. Doch nicht nur die Engerlinge bevorzugen den Löwenzahn gegenüber den Wurzeln anderer Gräser und Kräuter. Auch die Maikäfer-Weibchen scheinen den ausgesuchten Geschmack ihrer Larven zu kennen und legen, wie Versuche mit speziellen Flugkäfigen zeigen, ihre Eier vornehmlich in der Nähe dieser Pflanzen ab.

Maikäfer waren in den letzten zehn Jahren lediglich in der Nähe des Alpenraumes zahlreich. Teilweise wurden Insektizide eingesetzt, um den Befall zu reduzieren, oder es wurden wie in der Schweiz der Landwirtschaft der entstandene Schaden aus einem Fond ersetzt.

Für das Ausbleiben der Käfer jedoch sind die Insektizide allein wohl nicht verantwortlich. Denn im Alpenraum, wo der Maikäfer früher am häufigsten auftrat und wo auch die meisten Bekämpfungen mit Giften durchgeführt wurden, kommen die Käfer wieder zahlreicher vor.

Lediglich in Norddeutschland und der „DDR" wird man die Käfer weiterhin vergeblich suchen. Nachdem ehemalige Naturwiesen in Ackerland umgewandelt wurden und die intensive Bewirtschaftung der Wiesen und Weiden zunahm, wächst der Löwenzahn dort meist nur noch an Wegrändern, Uferböschungen und Ödflächen.

Wichtig aber ist, so Prof. Schütte, für die Entwicklung des Käfers ein bodenbedeckender Löwenzahnbewuchs wie etwa in vielen Gegenden der Schweiz. Dort finden sich noch über mehrere Jahre beständige und ungestörte Flächen für die vierjährige Entwicklung vom Ei bis zum fertigen Insekt, die die Maikäfer nun einmal brauchen.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Computer-Therapie

Stuttgart (dpa) – Eine Datenbank zur Unterstützung der ärztlichen Diagnose will der Georg-Thieme Verlag erstellen. Mit Hilfe einer gespeicherten „Diagnose-Unterstützung" sollen Ärzte künftig über Btx und andere Fernmeldekanäle ähnlich gelagerte Krankheitsfälle abrufen. Die Ärzte erhalten ferner Anregungen zu weiterführenden Untersuchungen sowie Therapie-Vorschläge und Hinweise auf entsprechende Fachliteratur. Die erste Ausbaustufe der Datenbank soll ab 1986 zugänglich sein. Die Entwicklung der Datenbank wurde vom Bonner Forschungsministerium finanziell unterstützt.

Neutrinos und Weltbild

Lindau (D.W.) – Prof. Rudolf Mößbauer, Nobelpreisträger für Physik des Jahres 1961, berichtete gestern zu Beginn der 35. Nobelpreisträgertagung von seinen jetzt laufenden Experimenten zur Erforschung der Neutrinos, Elementarteilchen von denen man annimmt, daß sie keine Masse und keine Ladung haben. Mit viel Glück, so berichtete Mößbauer, könnten mit Hilfe eines Detektors zwei Neutrinos pro Stunde aus einer Riesensümme „aufgefangen" werden. Die Frage, ob Neutrinos stabile Teilchen sind, ist von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der materiellen Grundbausteine und der zwischen ihnen wirkenden Kräfte.

Prähistorischer Fund

London (dpa) – Britische Archäologen sind in der Nähe der ostenglischen Stadt Peterborough auf die besterhaltenen Überreste einer menschlichen Siedlung aus der Bronzezeit gestoßen, die bisher in Großbritannien entdeckt worden ist. Es handelt sich dabei um eine etwa 8000 Quadratmeter große prähistorische Anlage, die wahrscheinlich um das Jahr 660 v. Chr. errichtet wurde und die seit Jahrhunderten von Torfmoor bedeckt war.

Neues Mitglied Portugal

Genf (D.T.) Auf seiner Sitzung am vergangenen Wochenende hat der Rat des europäischen Kernforschungszentrums CERN durch einstimmigen Beschluß seiner 13 Mitgliedstaaten der Aufnahme Portugals zugestimmt. Wie bereits Spanien 1983 bei seiner Aufnahme in die Organisation, wird auch Portugal eine Übergangsperiode zugestanden. Während dieser zehn Jahre verpflichtet sich das Land, seinen finanziellen Beitrag stufenweise auf die satzungsgemäße, am Bruttosozialprodukt bemessene Höhe zu bringen und gleichzeitig sein nationales Forschungsprogramm auf dem Gebiet der Teilchenphysik auszubauen.

NACHRICHTEN

Argentinien zur WM

Hamburg (dpa/sid) – In Buenos Aires sicherte sich Argentinien durch ein 2:2 gegen Peru die Teilnahme an der Fußball-WM in Mexiko. Zum sechsten Mal feierte Atletico Madrid mit einem 2:1-Sieg über Atletico Bilbao den Gewinn des spanischen Pokals.

Langer auf Platz fünf

Monte Carlo (dpa) – Bernhard Langer erreichte beim Golf-Turnier in Monte Carlo den fünften Platz. Sieger: Sam Torrance aus England.

Kaum noch Chancen

Rotorua (dpa) – Walter Röhrl (Regensburg) liegt bei der Neuseeland-Rallye vor der vierten und letzten Etappe mit seinem Audi 1:43 Minuten hinter dem Finnen Timo Salonen (Peugeot) zurück.

Formel 1 live

Düsseldorf (sid) – Der Große Preis von Frankreich in Le Castellet, siebter Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, wird vom Ersten Deutschen Fernsehen am Sonntag von 13.10 Uhr an direkt übertragen.

ZAHLEN

TENNIS

Wimbledon. Damen, 3. Runde: Smylie (Australien) – Mandlikova (CSSR) 6:1, 7:6, Maleeva (Bulgarien) – White (USA) 6:3, 6:3, Potter (USA) – Fendick (USA) 7:6, 6:1, Shriver (USA) – Wade (England) 6:2, 5:7, 6:2, Smith (USA) – Demongeot (Frankreich) 6:2, 6:4, Durie – Burgin (USA) 7:5, 7:5, Evert-Lloyd (USA) – Byrne (Australien) 6:2, 6:2, Rinaldi (USA) – Steyn (Südafrika) 7:6, 6:4.

LEICHTATHLETIK

Länderkampfe, in Bremen, Deutschland – USA: Männer, Endstand 95:126, Einzelergebnisse vom zweiten Tag: 200 m: 1. Lübke (D) 20,53, 2. Quow (USA) 20,73, 3. Sewald (D) 20,75, 4. Crain (USA) 21,65. – 800 m: 1. Assmann 1:50,21, 2. Braun (beide D) 1:50,81, 3. Sanders 1:50,93, 4. Mays (beide USA) 1:51,77. – 3000 m: 1. Padilla (USA) 8:10,25, 2. Wessinghage (D) 8:10,46, 3. Welzel (D) 8:11,34, 4. Centrowitz (USA) 8:12,23. – 110 m H.: 1. Kingdom 13,31, 2. Clark (beide USA) 13,45, 3. Radzey 13,87, 4. Wentz (beide D) 13,95. – 3000 m Hindernis: 1. Ilg (D) 8:29,60, 2. Diemer 8:30,73, 3. Cooper (beide USA) 8:35,86, 4. Schwarz (D) 8:50,44. – 4 x 400 m: 1. USA (Sanders, Armstead, Robinson, Rowe) 3:03,68, 2. Deutschland (Schmitt, Skamrahl, Weber, Schmid) 3:03,84. – Dreisprung: Banks (USA) 16,81, 2. Jaros (D) 16,41, 3. Cannon (USA) 16,40, 4. Knabe (D) 15,80. – Hammer: 1. Sahner 79,50, 2. Ploghaus (beide D) 76,82, 3. Logan 76,58, 4. McKenzie (beide USA) 69,80. – Speer: 1. Jadwin 87,14, 2. Petranoff (beide USA) 80,72, 3. Tafelmeier 80,66, 4. Gambke (beide D) 72,16. – **Frauen,** Endstand 72:96, Einzelergebnisse: 200 m: 1. Marshall (USA) 22,65 Sek., 2. Gaugel (D) 23,00, 3. Torrence (USA) 23,11, 4. Bersch (D) 23,56. – 800 m: 1. Groenendaal 2:03,03, 2. Romo (beide USA) 2:03,64, 3. Klinger 2:03,78, 4. Lesch (beide D) 2:04,48. – 3000 m: 1. Branta 9:06,26, 2. Kinsley (beide USA) 9:06,33, 3. Schmidt 9:10,46, 4. Wulsch (beide D) 9:12,14. – 100 m Hürden: 1. Fitzgerald-Brown (USA) 13,02, 2. Denk 13,04, 3. Reidick (beide D) 13,24, 4. Blanford (USA) 15,06. – 4 x 400 m: 1. USA (Belle, Shurr, McIntosh, Dixon) 3:30,18, 2. Deutschland (Lix, Thimm, Gaugel, Brinkmann) 3:31,85. – Hoch: 1. Redetzky 1,92 (D), 2. Ritter (USA) 1,92, 3. Rößler (D) 1,86, 4. Sommer (USA) 1,80. – Weit: 1. Everts 6,70, 2. Keller (beide D) 6,50, 3. Brown 6,41, 4. Williams (beide USA) 6,35. – Kugel: 1. Pagel (USA) 18,10, 2. Petsch 17,84, 3. Schmidt (beide D) 17,57, 4. Pollock (USA) 16,93. – Speer: 1. Peters 64,34, 2. Alizadeh (beide D) 58,46, 3. Sulinski 56,60, 4. Mercer (beide USA) 55,32. – In Turin: Italien – Bulgarien 112:75, Italien – Kuba 104:73, Kuba – Bulgarien 93:82. – In Brüssel: Deutschland (unter 23 Jahre) 159 Punkte, Belgien 149, Polen 117.

GOLF

Europäische Mannschaftsmeisterschaft der Herren in Tylösand/Halmstad (Schweden), Finale: Schottland – Schweden 4,5:2,5, um Platz 3: Spanien – England 4,5:2,5, um Platz 5: Dänemark – Irland 4:3, um Platz 7: Deutschland – Frankreich 4:3.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 1, 1, 2, 0, 2, 2, 2, 1. – **6 aus 45:** 21, 24, 27, 33, 35, 39, Zusatzspiel: 37. (ohne Gewähr).

WIMBLEDON / Überraschend stehen gleich drei Deutsche im Achtelfinale

Geschafft: Becker kämpfte Nystroem im fünften Satz noch mit 9:7 nieder

DW. London

Boris Becker hat es geschafft. Er steht nach Andreas Maurer als zweiter deutscher Spieler im Achtelfinale des Turniers von Wimbledon. Nach 3:20 Stunden besiegte er den an Nummer sieben gesetzten Schweden Joakim Nystroem mit 3:6, 7:6, 6:1, 4:6, 9:7. Das Spiel war am Samstagabend wegen der Dunkelheit nach den beiden ersten Sätzen abgebrochen worden. Nystroem, ein sehr sicherer Grundlinienspieler, war es in diesem Jahr bereits gelungen, John McEnroe zu schlagen. Bei den WCT-Weltmeisterschaften in Dallas gewann der 22 Jahre alte Schwede in nur 132 Minuten mit 6:4, 7:6, 6:3 gegen den Titelverteidiger des Turniers in Wimbledon.

Es kann sein, daß Boris Becker im Achtelfinale jetzt auch den Amerikaner Tim Mayotte und danach vielleicht sogar Ivan Lendl besiegt. Für die grundsätzliche Bewertung der Situation ist sein Erfolg über Nystroem ohne Belang. Es gilt, die richtige Relation zu finden, richtige Proportionen herzustellen. Das fällt schwer in diesen Tagen in London angesichts solcher Schlagzeilen wie „Wunderkind", „Deutsche Wunderwaffe", „Bomber Becker", „Boris, der Zerstörer". Von Rod Laver über Arthur Ashe, den Wimbledon-Siegern vergangener Tage, bis hin zu Titelverteidiger John McEnroe sagen alle: Becker bringe jede Voraussetzung mit, die ein Tennis-Weltstar haben müsse.

Niemand behauptet, Becker sei jetzt schon in der Lage, das Turnier von Wimbledon zu gewinnen. Auf diesen Unterschied muß hingewiesen werden, besonders weil die deutsche Euphorie um das erst 17 Jahre alte Talent zuweilen schon beängstigende Formen angenommen hat.

Fest steht: Mit Becker hat der auf 1,7 Millionen Mitglieder angewachsene Deutsche Tennis Bund nach vielen Jahren des Wartens endlich so etwas wie eine Leitfigur gefunden. Boris Becker sozusagen ein deutscher Björn Borg, der in Schweden eine große Gruppe von Talenten mobilisierte? Der Vergleich mit Björn Borg gilt nicht für die Spielweise von Bekker, wohl aber für die Einstellung. Becker ist wie Borg ein Mensch, der seine Ziele bedingungslos anstrebt (der ehemalige Bundestrainer Klaus Hofsäß: „Er würde ein Ratte fressen, wenn es ihn weiterbringen würde"). Kompromisse sind dabei nur hinderlich. Und – so scheint es – Boris Bekker hat bereits jetzt für Schwung innerhalb der lange Jahre verkrusteten Leistungs-Strukturen des deutschen Verbandes gesorgt. Der Ärger von Andreas Maurer darüber, daß sein Einzug ins Achtelfinale (heute spielt er dort gegen John McEnroe) fast unbemerkt über die Bühne ging, ist ein Indiz dafür. Nur Erfolge können andere aus dem Schatten herausführen, den Becker jetzt schon wirft. So ist Beckers Erfolg über Joakim Nystroem nur ein Zwischenspiel auf einem vorgezeichneten Weg, der ganz nach oben führen soll – vielleicht sogar für das Niveau des gesamten deutschen Herren-Tennis.

Auch die 16 Jahre alte Steffi Graf erreichte gestern das Achtelfinale. Sie besiegte die noch um ein Jahr jüngere Südafrikanerin Stephanie Rehe in nur 70 Minuten mit 6:3, 6:2. Trainer Klaus Hofsäß, der sie in Wimbledon betreut: „Steffi hat konzentriert gespielt. Ich bin zufrieden." Im Achtelfinale wird Steffi Graf, in Wimbledon auf Platz elf gesetzt, eine wohl noch unlösbare Aufgabe vorgesetzt bekommen – sie trifft auf die an Nummer fünf gesetzte Amerikanerin Pam Shriver, die Virginia Wade, Englands große alte Dame des Tennis, in drei Sätzen mühevoll ausschaltete.

LEICHTATHLETIK / Ein gutes Beispiel und die Lehren von Bremen

Patriz Ilg – Taktik und die Frage nach seinen Grenzen

KLAUS BLUME, Bremen

„Hintenraus schafft mich keiner." Das war sein Motto, wenn's um den sinnvoll angewandten Endspurt ging. In Bremen, beim Länderkampf gegen die USA, wandte Patriz Ilg diese Taktik wie eh und je an – und siegte. Nach 22 Monaten Pause – bedingt durch eine Virusinfektion – war es ein Comeback nach Maß. Denn der Geschlagene hieß immerhin Brian Diemer, und der ist schließlich Bronzemedaillengewinner von Los Angeles. Die Zeit – 8:29,60 Minuten, gelaufen bei Regen, Blitz und Donner – läßt auf eine Leistungssteigerung hoffen. Bei anderen Bedingungen, so sieht es Ilg, hätte er für die drei Kilometer lange Strecke mit den 37 Hindernissen zehn Sekunden weniger gebraucht. Das wäre absolute Weltklasse.

Hindernis-Bundestrainer Jürgen Mallow sagt allerdings dazu: „Die Frage kann nicht sein, wie schnell ist Patriz jetzt, sondern: Kann er gewinnen?" So richten denn Ilg und Mallow die Aufbauarbeit vorerst auf das Europacup-Finale Mitte August in Moskau aus. Wohl wissend, daß ein solches Rennen auch zu einer taktischen Bummelei verkümmern kann. Aber auch darum wissend, daß Ilg immer dann am besten war, wenn es um große Siege ging. Um die Europameisterschaft in Athen oder um die Weltmeisterschaft in Helsinki. Klar, daß einem nach dem Gewinn dieser Titel der Sieg beim Europacup gut zu Gesicht stehen würde.

„Zu diesem Zweck", sagt Mallow, „gehen wir jetzt ins Trainingslager nach Waldkirch im Schwarzwald. Bei den deutschen Meisterschaften Anfang August in Stuttgart erwartet zwar alle Welt, daß Patriz gewinnt, doch wenn er jetzt zu hart trainiert, kann es durchaus einen momentanen Rückschlag geben."

Aber was würde das schon ausmachen? Ilg absolviert nach der Zwangspause im Olympiajahr ohnehin erst einmal eine Aufbau-Saison. Und deshalb setzt er gemeinsam mit Trainer Mallow die Schwerpunkte so, wie sie seinen Möglichkeiten derzeit entsprechen.

Nämlich so: „Patriz ist eben Lehrer auf der Schwäbischen Alb", sagt Mallow. Der Mann muß sich also einrichten: hier Beruf, dort Sport. So wird er auch nicht am 10. Juli in Lausanne starten, wo der französische Europarekordler Joseph Mahmoud den Weltrekord (8:05,4 Minuten) des Kenia-Läufers Henry Rono brechen will, auch nicht am 30. August in Brüssel, wo erneut eine Rekordhatz geplant ist. Mallow erklärt: „Mahmoud und der Pole Maminski haben im letzten Jahr viele Wochen lang beim Höhentraining zugebracht, bevor sie an die Rekordjagden gingen."

Auch in diesen Wochen bereitet sich Mahmoud in den Pyrenäen auf den Start in Lausanne vor. Ilg aber wird auf Höhentraining verzichten, in diesem Jahr und auch 1986, wenn in Stuttgart die Europameisterschaften anstehen. Die Erfahrungen mit dem Höhentraining seien zu unterschiedlich, die Risiken nicht abschätzbar, und obendrein sei Ilg ein Athlet, der gesundheitlich nicht allzu robust ist. „Also keine Experimente", sagt Mallow.

Ein anderes Experiment wird Ilg, jetzt 27 Jahre alt, wagen. Er hat sich für drei Jahre vom baden-württembergischen Kultusministerium beurlauben lassen, um nur noch zu laufen. Und Ilg wird des Trainings wegen im Winter für drei Monate in den warmen Süden gehen. Der Verband sichert es finanziell ab, was Teil eines Vertrages sein wird (siehe nebenstehenden Bericht). Ein Experiment wird es trotzdem sein, und im Verband unkt man, Ilg würde drei Monate im Ausland schon deshalb nicht durchhalten, weil ihm dort die schwäbischen Maultaschen fehlten. Man wird sehen, denn Ilg möchte wissen, was er wirklich als Läufer leisten kann. Bisher ist er schließlich noch niemals an seine Leistungsgrenze herangegangen. Nicht als Europameister, und auch nicht als Weltmeister.

Verträge zur Förderung

DW. Bonn

„Eines haben wir aus dem Länderkampf gegen die USA gelernt", sagt Horst Blattgerste, der Leistungssport-Referent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), „wir müssen uns auf die aussichtsreichsten Leute konzentrieren und die unterstützen. Dazu gehört zum Beispiel eine Überwinterung im Süden, wie sie Patriz Ilg vorhat." Mit Langzeit-Vereinbarungen will der DLV das anhaltende Leistungstief seiner Sportler überwinden und die Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul schaffen.

Zu diesem Zweck soll ein von den DLV-Trainern vorgeschlagener Kreis von derzeit 58 Athleten (42 Männer, 16 Frauen) spätestens bis zum Herbst in ein vom DLV erarbeitetes Konzept zur Laufbahnförderung eingebunden werden. Der juristisch abgesicherte Vertragsentwurf gewährleistet den Aktiven eine weitgehend sorgenfreie Olympiavorbereitung, schreibt ihnen ein abgestimmtes Wettkampfprogramm vor und sieht im Falle der Nichteinhaltung die jederzeit mögliche Vertragsauflösung vor.

Die drei Säulen dafür werden Bundesmittel, die Sporthilfe und Sponsoren sein. Wie die Unterstützungen, die nun gebündelt werden, schließlich zu regeln sind, wird man jeweils individuell von Fall zu Fall zu lösen haben. Da kann es um das Problem einer Krankenversicherung gehen oder auch darum, nach Beendigung der sportlichen Karriere im Beruf Fuß fassen zu müssen. Blattgerste dazu: „Der Athlet muß auf der anderen Seite aber ein größeres Risiko als bisher übernehmen. Denn wir können keine Vollkasko-Versicherung übernehmen."

Blattgerste sagt obendrein: „Wer talentiert ist, aber nicht richtig mitzieht, der wird einfach fallengelassen. Wer aber hohe Motivation zeigt, wer unbedingt etwas erreichen will, der wird von uns alle erdenklichen Hilfen erhalten."

Verwechselte von Dohnanyi Springen und Galopp?

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Heute nachmittag, vor dem Holsten-Jockey-Europacup auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn, wird der englische Jockey-Agent Michael Watts von einem Beauftragten des Veranstalters einen Umschlag in Empfang nehmen. Inhalt: rund 170 000 Mark, die Antrittsgage für einen Großteil der internationalen Stars, die im Europa-Cup antreten. Über 25 000 Rennen haben die zwölf Reiter zusammen gewonnen. Lester Piggott (49) mit seinen über 4000 Erfolgen, neun englischen und drei deutschen Derby-Siegen ist der herausragende Mann. Außer ihm kommen aus England Willie Carson, Steve Cauthen, Pad Eddery und Brent Thomson. Den französischen Turf vertreten Yve St. Martin und Freddy Head. Den in früheren Jahren international hoch angesehenen italienischen Rennsport vertritt Gianfranco Dettori. Und der Schwede Johan Stenström wurde eingeladen, weil die Hamburger stets gute Kontakte nach Skandinavien pflegten. Für Deutschland starten Peter Remmert, Peter Alafi und Georg Bocskai. Nach der Auslosung für die vier Rennen ist ein Sieg von Bocskai oder Alafi durchaus möglich, auch Piggott und Cauthen sind gut beritten. Der letzte Wertungslauf soll um 17.30 Uhr gestartet werden, das ZDF überträgt ab 15.00 Uhr live (im Wechsel mit Wimbledon).

*

Die Starterliste für das 116. Deutsche Derby am Sonntag: Nummer 1: Lirung (Georg Bocskai), 2 Acatenango (Andreas Tylicki), 3 Kamiros (Peter Alafi), 4 Pontiac (Pad Eddery), 5 Ephialtes (Kevin Woodburn), 6 Amerigo Vespucci (Dave Richardson), 7 Taft (Brent Thomson), 8 Ordensadler (Yukio Okabe), 9 Dollar Star (Pat Gilson), 10 Lord Scott (José Orihuel), 11 Mutulus (Erwin Schindler), 12 Burattino (Werner Kniese), 13 Hydros (Lutz Mäder), 14 Cassis (Peter Remmert), 15 Fellini (Bruce Raymond), 16 El Estrado (Stephen Eccles), 17 König Karol (Dragan Ilic), 18 Nobel Roi (Horst Horwarth).

Kurzfristig mußte noch ein Jokkeywechsel vorgenommen werden. Der für Fellini ursprünglich verpflichtete Tony Murray reitet für seinen Stall in Italien, Bruce Raymond sprang kurzfristig für ihn ein.

*

Knapp zwei Millionen Mark sind an den beiden ersten Renntagen der Derby-Woche an den Wettschaltern umgesetzt worden, obwohl besonders am Sonntag die Witterung in der Hansestadt keineswegs einladend war. An beiden Renntagen gab es in drei Hauptrennen überraschende Niederlagen der Favoriten, am Samstag durch den 20:10-Favoriten Lontano im Otto-Schmidt-Rennen und die 12:10-Favoritin Padang im Preis des Casino Travemünde. Es folgte dann am Sonntag der fast sensationelle vierte Platz des 13:10-Favoriten Ordos aus dem Gestüt Zoppenbroich im 89. Großen Hansa-Preis, den Daun aus dem Gestüt Röttgen mit Jockey Pat Gilson vor dem Engländer Braca und den in erstaunlicher Form laufenden Mantelano gewann. Ordos-Jockey Peter Alafi: „Schon 600 m vor dem Ziel war mein Pferd geschlagen, Ordos fehlte jeder Biß."

*

Gestüt Röttgens Besitzerin Maria Mehl-Mülhens ist am 21. April 1985 verstorben, die Zukunft des großen Unternehmens in Köln-Rath ist zumindest in einigen Fragen noch ungewiß. Dr. Günter Paul aus Frankfurt, Rechtsanwalt, ist der Testamentsvollstrecker. Paul: „Das Testament von Frau Mehl enthält klare Regeln, wie es weitergehen soll. Rennstall und Gestüt werden nach Notwendigkeiten, Bedürfnissen und Möglichkeiten auf alle Fälle weitergeführt. Das Testament ist auch schon eröffnet, aber noch nicht öffentlich." Es steht auch fest, wer der Nachfolger des überraschenderweise am Jahresende ausscheidenden Gestütsleiters Dr. Jens von Lepel wird, der zum Gestüt Erlengrund in Bad Homburg v. d. Höhe wechselt. Selbst in Röttgen rechnet man damit, daß Beatrix Mülhens-Klemm, die Tochter des 4711-Chefs Ferdi Mülhens und Nichte der verstorbenen Gestütsbesitzerin, die Leitung übernehmen soll. Die diplomierte Agrar-Ingenieurin hat bereits die irische Filiale von Röttgen in Baronrath bei Dublin geerbt.

*

Fast peinlich wirkt das Grußwort, das Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi dem Programmheft der Derby-Woche widmete. Er schreibt von einem „Turnier" und bemerkt erfreut, wie viele Reitsportvereine sich in der Hansestadt befinden. Beim Besuch des Derbys wird er feststellen, daß nicht allzu viele Winklers, Thiedemanns und Schokkemöhles auf dem Horner Moor anzutreffen sind. Es paßt schon ins gesamte Bild, denn in der Millionenstadt an Elbe und Alster nimmt man außer vom Derby direkt von der Veranstaltungs-Woche nur wenig Notiz. Das dokumentierten stets vor allem Besuch und Wettumsatz der Wochenrenntage. Der Hamburger Rennclub entschloß sich jetzt, für den morgigen Renntag freien Eintritt zu gewähren. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat seinen geplanten Besuch des Derbys abgesagt, ihn halten Verpflichtungen in Bonn.

Frische Hoffnung für die TV-Unterhaltung? – Der Film „Jagger und Spaghetti"

Abstecher zum Guru am Zockertisch

Einer Oma Welt gedeihet mit den Ohren unterm Walkman, wohl. Ulrich Wildgruber, Deutschlands allgemein geschätzter Poltergeist auf dem seriösen Theater, mimt einen Curry-Paul, und der an Leib- und Stimmvolumen mächtige Gerlach Fiedler, norddeutschen Menschen vor allem bekannt als Regisseur im Hör- und Bildfunk, tritt als meditierender Zahlentüftler und Großstadtguru in der Spielbank auf: Was stimmt hier eigentlich noch nach guter, alter Art?

So gut wie nichts. Der eine Held heißt mit Nachnamen Jäger und wird „Jagger" genannt, der andere heißt Faretti und hört auf „Spaghetti", wohl weil er so lang ist. Jagger ist ein ausgesucht glücklicher Rock-'n'-Roll-verrückter Arbeitsloser, sein Kumpel Spaghetti ist mit seiner Fernseh-Reparaturwerkstatt weniger obenauf, weil er einem Hehler mit TV-Portables aufsitzt und Ärger bekommt. So gibt's auf der Suche nach Rettung einen derb ablaufenden Abstecher in Hamburgs Unterwelt und dann zu besagtem Guru am grünen Zockertisch ...

Man möchte fast meinen, Werner Enke sei wieder aufgetaucht, Ingo Insterburgs blühender Blödsinn, neuer deutscher Film als ausgelassene Tüte Mücken: Es ist was dran an der Vermutung. Wenn heute abend im ZDF „Jagger und Spaghetti" über den Bildschirm pflügen, dann ergeben diese beiden Herren schon mal die Hälfte eines munteren Quartetts Jahrgang 50/51, das der deutschen Fernsehunterhaltung mit dieser schönen Posse frische Hoffnung unter die Flügel brausen kann: Hinter Jagger steckt Stephan Schwartz und hinter Spaghetti Peter Buchholz, auch Co-Autoren des Drehbuchs. Dazu kommen hinter der Kamera Slawomir Idziak aus Polen mit praktischer Erfahrung bei Andrzej Wajda und Krysztof Zanussi und besonderem Faible für die Handkamera sowie als Regisseur Karsten Wichniarz, Absolvent der Berliner Film- und Fernsehakademie, der mit seinem Abschluß-Stück „Kein Land" bei den Hofer Filmtagen mehr als nur Achtungserfolg einheimsen konnte.

Jagger und Spaghetti – ZDF, 19.30 Uhr

Stephan Schwartz und Peter Buchholz kennen sich durch gemeinsame Dreharbeiten und das Hobby Fußball und haben ihr Drehbuch so verfaßt, daß dann der eine dem anderen dessen Rolle auf den Leib schrieb. Schwartz stand als [illegible] zum ersten Mal vor einer Kamera. Mittlerweile hat er in [illegible] Filmen und TV-Spielen mitgewirkt. Sein Kollege Buchholz ist ein Mann der Bühne mit Schauspielerei in Bochum und [illegible] quer durch die Bundesrepublik [illegible] auf dem Bildschirm, u. a. mit [illegible], die im „Jagger" die [illegible] mit Walkman für Oma mimt.

So wurde das erste gemeinsame Drehbuch zu einem Freundschafts-Stück, prall gefüllt mit Lebensgefühl und viel Verständnis für Außenseiter. Gelacht darf werden, anschließend aber auch nachgedacht. Denn nicht immer und überall muß es verbissen zugehen, wenn eine Nachkriegsgeneration von innen Wertvorstellungen findet: Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Und bekanntlich macht auch beim Lachen der Ton der Musik.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Abziehbilder statt Figuren

Es ist möglich, daß es ein solches Landesministerium in der Bundesrepublik gibt: Da wird egalweg „Happy Birthday" gesungen, der Personalrat ist feige, die Beamten schwenken die Ellenbogen, und der Minister ist ein alternder Schönling aus der Klamottenkiste.

Doch selbst wenn diese Anhäufung realistisch wäre, so gäbe dies noch lange keinen Grund für ein Fernsehspiel ab. Dieser läge allenfalls in durchgezeichneten Charakteren, aus denen abzulesen wäre, warum es so ist, das Ministerium. Aus den Abziehbildern dieser Figuren ist es allerdings nicht zu ersehen. Das Stück ist nicht einmal als Lehr- und Thesenstück zu goutieren: **Lindhoops Frau** (ZDF).

Die Thesen, um die es der Autorin Anna Dünnebier geht, bestimmen den Ablauf der Geschichte. Um die Ungleichstellung der Frau zu zeigen, konstruiert sie immer wieder kunstreich bis grobschlächtig Situationen gewissermaßen als vorgegebene Modellfälle, und wenn dann die Frau scheitert, geht ein unhörbares, aber sehr wohl beabsichtigtes Aha über den Schirm.

Das Stück ist eben kein Spiel, es ist ein Konstrukt. Es kennt keine Charaktere und keine Entwicklungen, es operiert mit personifizierten Thesen und austauschbaren Handlungsdetails.

Gequatscht wird ausgesprochen viel in dieser Geschichte, aber ein Dialog, will sagen, Wechselrede, Austausch, psychologische Konsequenz oder gar Argumentation aus den Charakteren heraus – das alles entfällt. Im Grunde reden die Leute nicht miteinander. Wie sollen sie dann zum Zuschauer sprechen?

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Bis zum 6. Juli veranstaltet der Südwestfunk in seinem dritten Programm eine **Kulturwoche Argentinien.** Lange genug haben die politischen Katastrophenmeldungen aus Buenos Aires die Berichterstattung über das reiche kulturelle Leben in diesem Schmelztiegel westeuropäischer und südamerikanischer Kulturen überschattet. „Argentiniens Dichter und Künstler", so der SWF, „haben zum Teil Weltniveau, sie verdienen mehr Öffentlichkeit!" Gesendet werden 25 Beiträge, Dokumentationen und Filme, von denen 19 eigens für diese Woche gemacht wurden. Besonderes Interesse verdienen der Beitrag von Cirl Vale[illegible] „Fern vom Land der Ahnen", der das Leben deutscher Einwanderer schildert (heute um 21.10 Uhr), und die deutsche Erstaufführung des Films von [illegible] Perez „Die verlorene Republik" am Freitag um 20.15 Uhr.

I. Z.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi (3)
11.05 Man nannte ihn Koba
11.50 Umschau
12.10 Reportage am Montag
12.55 Presseschau
13.00 heute

13.00 ARD-Sport extra
Internationale Tennismeisterschaften von England: Viertelfinale Damen Einzel
Reporter: Volker Kottkamp
Galopp-Europa-Pokal der Jockeys in Hamburg-Horn
Reporter: Adolf Furler
14.10 Fury
14.35 Dr. Snuggles
15.00 ARD-Sport extra
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Napoleon Bonaparte
21.00 Report
Nach dem Beschluß der EG-Umweltminister – die Bundesrepublik zwischen Wald und Auto / 765 000 Schulentlassene suchen eine Lehrstelle / Losheim im Saarland – ein Dorf ohne Arbeit
Moderation: Franz Alt
21.45 Magnum
Anschlag auf den Prinzen
Der zwölfjährige Danny Lin ist als Prinz von Jororo ein begehrtes Objekt für Entführungen. Deswegen nehmen sich zahlreiche Betreuer und auch Thomas Magnum seiner an, was aber nicht viel hilft.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Karola und Ernst Bloch
Die Tübinger Zeit
Film von Helga Reidemeister
Anläßlich des 100. Geburtstags des Philosophen Ernst Bloch am kommenden Montag erstellte Helga Reidemeister ein Porträt, bei dem die Person Blochs im Mittelpunkt stehen soll.
23.45 ARD-Sport extra – aus Wimbledon
Internationale Tennismeisterschaften von England (Ausschnitte)
Reporter: Volker Kottkamp
0.15 Tagesschau

15.00 heute
15.03 Fenn – Hong Kong Pfui
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
16.30 Der Wunschfilm für Kinder
Euer Programm: Ravioli
Hochwasser
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Bis daß der Tod euch scheidet?
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Jagger und Spaghetti
Filmkomödie
mit Stephan Schwartz und Peter Buchholz in den Hauptrollen
Die beiden Schauspieler schrieben gemeinsam auch das Drehbuch
Regie: Karsten Wichniarz
21.15 WISO
Biokost – wer verhindert Etikettenschwindel? / Zur Person: Kurt A. Körber – Unternehmer, Erfinder, Wissenschaftsförderer / Tip: Zuschüsse für Lehrlinge / Betriebsklima – Arbeitsbedingungen maßgeschneidert
Moderation: Hans Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Das Fahrrad
„DDR"-Spielfilm (1981)
Mit Heidemarie Schneider, Roman Kaminski u. a.
Regie: Evelyn Schmidt
23.30 Für Fans
Nero Wolfe
Wiederholung von 13 Folgen
Die goldenen Spinnen
Nachdem der aufgeweckte Straßenjunge Pete Drossos eine Entführung beobachtete, ersucht er den bekannten Nero Wolfe um die Betreuung seines „Kriminalfalles". Erst als der Junge scheinbar absichtlich angefahren wurde, entschließt sich Nero Wolfe, den Fall zu untersuchen.
0.15 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Sein Ruhm war keinen Dollar wert
18.00 Alle meine Lieben
Probleme am frühen Morgen
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Romanze in Venedig
Österreichischer Spielfilm (1962)
Mit Ann Smyrner, Walter Reyer, Willy Birgel, Annie Rosar u. a.
Regie: Eduard von Borsody
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Fliegen Sie mal ohne
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Angst ist der Schlüssel
Englischer Spielfilm (1972)
Mit Barry Newman u. a.
Regie: Michael Tuchner
Um den Tod seiner Familie zu rächen, die in einem Charterflugzeug ums Leben kam, wird der Funker John Talbot zum rabiaten Gangster, weil er darin seine einzige Chance sieht, an die Schuldigen heranzukommen.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Vier Gründerväter:
4. Alexander Hamilton
Film von Klaus Harpprecht
Hamilton war der erste Finanzminister der Vereinigten Staaten. Er erwies sich als der fähigste Administrator, über den die USA in ihren Anfängen verfügten.
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Der Pianist
Fernsehfilm von Fritz Eckhardt
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

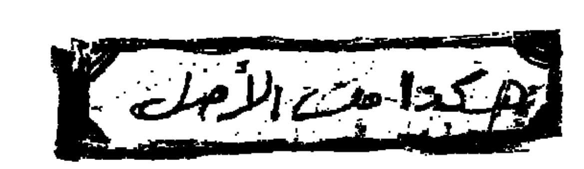
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Volker Mauersberger und Reinhard Behm aus Spanien: Dorfstierkampf
20.45 Rückblende
Vor 175 Jahren gestorben: Königin Luise von Preußen
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Auf der Seite der Schwachen: Industriepfarrer Kurt Struppek
22.15 Deutscher Alltag
„Einzelgänger sind wir beide"
Porträts der Liedermacher Jürgen Eder („DDR") und Heinz Rudolf Kunze (Bundesrepublik)
23.00 Kleckern oder Klotzen?
Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Streitgespräch Norbert Blüm – Friedhelm Farthmann
Anschl. letzte Nachrichten

NORD
18.30 Freizeit und Spiele
19.00 Briefmarken
19.15 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Die wirklich Reichen (4)
22.10 20 Jahre III.
Anpassungsformen in der Steinwüste
23.00 Sympathy for the devil
23.45 Begegnungen auf dem Parnaß
0.05 Nachrichten

HESSEN
18.30 Bilder
18.45 Uhlandstraße 4
19.05 Formel Eins
20.00 Hiwako – Eine Frau bleibt sich treu
Japanischer Fernsehfilm
21.30 Drei aktuell
21.45 Filmmagazin
Mit Berichten über „Otto – der Film", „Zuckerbaby", „Susan... verzweifelt gesucht" und „Die Lüge"
22.30 Heiner Goebbels – Musiker und Komponist
Musikalische Spurensuche im Lärm des Alltags
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Sommertheater
Am Strand von Mar del Plata
Anschl. Flohmarkt
„San Telmo" Buenos Aires
20.25 Musik über die Grenzen
Zwei polnische Musikerinnen bei den internationalen Sommerkursen auf Schloß Weikersheim
20.55 Vorschau
auf die Kulturwoche Argentinien
21.10 Fern vom Land der Ahnen
22.30 Tango Buenos Aires
23.25 Avec plaisir (12)
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Höchster Einsatz in Laredo
Amerikanischer Spielfilm (1966)
20.30 Karate
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch – Auf der Donau
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Europas Einheit – unsere Zukunft?
23.20 Rundschau


هكذا في الأصل

Psychologische Barrieren auf dem Weg zur SDI

Deutsche Unternehmen warten auf Entscheidung aus Bonn

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In den drei wichtigsten europäischen Ländern, die für eine technische Zusammenarbeit mit den USA in der Erforschung der Möglichkeiten einer Strategischen Raketenabwehr (SDI) vor allem in Frage kommen (Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien), sind die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür von höchst unterschiedlicher Dimension. Dies ist nach eingehenden Beratungen amerikanischer und europäischer Politiker, Wissenschaftler und Industrieller auf verschiedenen diesseits des Atlantiks veranstalteten Foren deutlich geworden. Es schälte sich dabei heraus, daß deutsche Unternehmer, die an einer SDI-Kooperation interessiert sind, sich zum Teil von psychologischen Barrieren eingeengt sehen.

Anders ist nach jüngsten Informationen die Lage in Großbritannien, ebenso in Frankreich. Nach der schnellen Initiative des französischen Konzerns „Matra", der inzwischen einen SDI-Kooperationsvertrag in Washington abgeschlossen hat, verfügte die französische Regierung nach neuesten Anzeichen einen vollständigen Stopp ähnlicher Vorstöße. Sie kann dies tun, da sie in den in Frage kommenden Unternehmen meist über die Kapitalmehrheit verfügt. In Paris zeigt sich somit eine veränderte Akzentsetzung bei der Erschließung neuer Felder der „Hochtechnologie". Die Regierung drängt die Unternehmen, sich intensiv in den von der Regierung forcierten „Eureka"-Projekten zu engagieren, um so die europäische Eigenständigkeit zu entwikkeln. Dies wird, wie es scheint, immer mehr zu einem französischen Anliegen.

Die Regierung in Bonn sieht sich angesichts dieser französischen Konzeption vor einer möglichen Spaltung der eigenen Absichten. In der Wirkung führt dies offenbar auch dazu, daß einschlägige deutsche Unternehmen unsicher werden. Einerseits möchte Bonn, wofür es zahlreiche offizielle Bekundungen gibt, die technisch-wissenschaftliche Mitwirkung der deutschen Industrie bei der amerikanischen SDI-Forschung unterstützen, andererseits will es aber auch dafür sorgen, daß deutsche Kapazitäten sich in ansehnlichem Umfang an der Entwicklung des französischen Technologie-Projekts „Eureka" beteiligen. In dieser ambivalenten Lage warten deutsche Unternehmer offensichtlich in der Hoffnung ab, daß sich die Bundesregierung über ihr politisches Vorgehen schlüssig wird. Dies führte in amerikanischen mit dem SDI-Projekt vertrauten Kreisen bereits zu Irritationen, ja zu Verärgerung.

Es hieß, deutsche Unternehmer seien viel zu wenig aus eigener Verantwortung aktiv. Sie hätten in Washington alle Möglichkeiten, auch ohne die „Rückendeckung" durch die Bonner Politik Kooperationsverträge zum einen mit dem US-Verteidigungsministerium oder zum anderen mit solchen US-Firmen zu schließen, die bereits in der SDI-Forschung arbeiten.

Ein Amerikaner sagte der WELT: „Die Deutschen wollen dann erst auf Angebote eingehen, wenn man sie ihnen auf dem Silbertablett serviert." Das Verfahren aber, nach dem in Washington SDI-Verträge mit der Regierung zustande kommen, sei völlig anders, im übrigen auch anders, als das im Normalfalle beim Abschluß von Entwicklungsaufträgen für die amerikanischen Streitkräfte gehandhabt werde.

Jeder an Aufträgen interessierte Industrielle, auch aus dem verbündeten Ausland, muß danach nur selbst oder durch Beauftragte im SDI-Projekt-Büro von General Abrahamson vorsprechen und erklären, was sein Unternehmen in bestimmten Sektoren zu leisten vermag. Wenn dies der Gegenseite genügend plausibel gemacht wird, ist es denkbar, daß Interessierte „innerhalb weniger Tage" SDI-Aufträge für bestimmte Komponenten in Millionenhöhe erhalten. Nach amerikanischen Aussagen haben deutsche Unternehmen dies bislang noch nicht versucht.

Die britische Industrie verhält sich nach vorliegenden Informationen entsprechend. Am gestrigen Montag ist eine Delegation von Unternehmensvertretern mit einschlägiger Zielsetzung nach Washington gereist. Eine deutsche Gruppe wird, flankiert von vorausgegangenen Sondierungen durch eine Kommission hoher Bonner Regierungsvertreter mit Ministerialdirektor Teltschik an der Spitze, erst im September in Washington sein.

Neues US-Gesetz verschärft Exportkontrollen

■ Fortsetzung von Seite 1

Exportlizenzen für einen bestimmten Abnehmer und ein bestimmtes Produkt gelten. Der Lizenznehmer in der Bundesrepublik muß sich den Kontrollen unterwerfen, sonst verliert er die Lizenz. Das heißt, er muß ein Export-Selbstkontrollverfahren einrichten, US-Behörden Rechenschaft ablegen und amerikanische Prüfer ins Haus lassen.

Der „High-Tech"-Handel mit den Verbündeten wird erleichtert, indem viele Güter nicht mehr dem Lizenzzwang unterliegen. Bei kritischen Produkten aber werden die Kontrollen verschärft. Eingriffsrechte erhält das US-Verteidigungsministerium gegenüber 15 „neutralen" Ländern, wozu die Schweiz, Österreich oder Indien zählen. Im Gesetz verankert sind auch Importkontrollen – allerdings mehr als politisches Signal. Die Drohung lautet: Nehmt Eure Reexport-Verpflichtungen ernst!

Kein Zweifel, das gesamte Exportkontrollsystem beruht auf dem Gefühl der haushohen amerikanischen Überlegenheit im Hochtechnologie-Bereich. Weich ist es nur dort, wo ähnliches technisches Wissen in anderen Ländern verfügbar ist. Von der Konstruktion her ist das US-Gesetz dem deutschen Außenwirtschaftsrecht, das auf der Gewerbefreiheit beruht, diametral entgegengesetzt.

Genscher übergibt Brunei-Botschaft

dpa, Bonn

Wirtschaftspolitische Akzente bestimmen weitgehend die Fernost-Reise, die Bundesaußenminister Genscher gestern angetreten hat. Genscher wird zunächst nach Thailand und anschließend nach Brunei fliegen, wo er ein neues Botschaftsgebäude seiner Bestimmung übergeben will. Danach wird er nach Japan, Südkorea und Indien reisen. Hinter der Reise steht der Wunsch nach Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zur fernöstlichen Region, in der Japan und die USA eine dominierende Rolle spielen. Zusätzliches Motiv für den Besuch in Japan sind die anstehenden Konsultationen Bonns mit Tokio. Genscher will in einer Rede in Tokio für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Japanern auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet werben.

Peres will mit harter Hand sanieren

Notstandsmaßnahmen gegen die Dauer-Finanzkrise / Gewerkschaften wollen kämpfen

DW. Jerusalem

Israels Regierung hat erstmals seit der Staatsgründung Notstandsmaßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft beschlossen. Nach einer 21stündigen Kabinettssitzung verkündete Finanzminister Izchak Modai die einschneidenden Notstandsmaßnahmen: Durch erhebliche Subventionskürzungen werden Grundnahrungsmittel wie Brot, Fleisch, Milch oder Eier sowie die Preise für Nahverkehrsmittel, Benzin, Strom und Wasser um 27 bis 100 Prozent verteuert. Subventionsabbau und die Entlassung von etwa 10 000 Staatsangestellten sollen Etat-Streichungen in Höhe von umgerechnet 4,5 Milliarden Mark ermöglichen. Die staatlichen Angestellten – etwa ein Drittel aller israelischen Arbeitnehmer – müssen mit Lohneinbußen von mindestens zwölf Prozent rechnen. Der Schekel wurde um 18,8 Prozent gegenüber dem Dollar abgewertet.

dpa, Tel Aviv

Dreizehn Minuten nachdem Israels Finanzminister Izchak Modai am Montag morgen das Notstandspaket erläutert hatte, kündigte Gewerkschaftschef Israel Kesser für heute den Generalstreik an. In den Fabriken schlugen die emotionalen Wellen hoch: Rundfunkreporter mußten ihre Mikrofone zuweilen vor den wütenden Arbeitern zurückziehen. Am Sonntag – Werktag in Israel – hatten lange Schlangen vor den Zapfsäulen der Tankstellen und überfüllte Supermärkte die düsteren Ahnungen der Israelis dokumentiert. Aber dann übertraf die Realität alle Erwartungen.

Das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung der Erde wehrt sich gegen eine Senkung des Lebensstandards. Zu sehr ist jedermann in Israel – Minister wie Müllfahrer, Banker wie Bäcker – daran gewöhnt, über seine Verhältnisse zu leben. Die Regierung druckte sich jeweils das Geld, das sie brauchte, oder startete einen neuen Bittgang beim großen Verbündeten in Washington. Die Firmen konnten sich bei mangelnden Gewinnen auf die helfenden Hände in Jerusalem verlassen. Israels Normalbürger konnten sich zumindest der billigen, weil subventionierten Lebensmittel und der Arbeitsplätze sicher sein, nutzten zudem ihre Auslandsbeziehungen, die Schwarzmärkte und alle möglichen Steuertricks.

Nun soll alles vorbei sein: Der sozialdemokratische Ministerpräsident Shimon Peres legte ein Programm gegen das Wirtschaftschaos vor, das „auf allen wirtschaftspolitischen Feldern die richtigen Schritte einleitet", so der Wirtschaftsexperte Joseph Canaan. Ein harter Sparkurs soll das fast bankrotte Land sanieren. Hart trifft es zumal die unteren Einkommensschichten, vor allem wegen der Verteuerung der Grundnahrungsmittel.

Peres als Chef einer Regierung der großen Koalition präsentiert sich nicht ganz freiwillig als der neue starke Mann mit der Peitsche der Notstandsmaßnahmen – immer lauter schallte im ökonomischen Dschungel Israels der Ruf nach einer harten Hand. Und auch die Amerikaner, die nun schon wieder umgerechnet 4,5 Milliarden Mark Sonderhilfe zu zahlen bereit sind, wollten endlich, daß das Faß ohne Boden zumindest ein wenig gestopft wird. Aber auch die Israelis litten unter der Wirrnis von Preisen und Zinsen, unter Sonderzöllen, Steuern und Belastungen.

Nun wird es ernst. Kein Viehzüchter soll mehr wie noch vor nicht langer Zeit lieber das billige, weil hoch subventionierte Brot an das Vieh verfüttern. Firmen müssen wirtschaften lernen, die überbesetzten Amtsstuben sind ebenso bedroht wie manch bequem gewordener Staatsbetrieb. Arbeitnehmer müssen zunehmend um ihre soziale Sicherheit fürchten. Die Arbeitslosenzahlen (derzeit 4,6 Prozent) werden nun sicher steigen – ein hohes, Peres sehr wohl bewußtes Risiko im Einwanderungsland Israel. Schon in jüngster Vergangenheit ist die Zahl der Auswanderungswilligen – vor allem qualifizierte Fachkräfte – aus Israel beträchtlich gewachsen.

Die Frage ist, ob Peres angesichts der ohnehin labilen Verfassung der Koalition mit dem Likud-Block und gegen den mächtigen Gewerkschaftsverband Histadrut tatsächlich sein Programm durchsetzen kann. Einige Minister und die Gewerkschaft wollen kämpfen.

Bangemanns Zweifel im Kabinett

Maßnahmen zur Konjunkturstützung unwirksam? / Beschlüsse nicht in Frage gestellt

HEINZ HECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Bangemann hat bei den Haushaltsberatungen gestern im Kabinett Zweifel an der konjunkturellen Wirksamkeit der von der Bundesregierung zu beschließenden Maßnahmen geäußert, mit denen die Nachfrage gestützt werden soll. Bangemann stellte allerdings den in der Koalition gefundenen Kompromiß nicht in Frage.

Zugleich wies er die vom Sachverständigenrat (Fünf Weise) in seinem Sondergutachten vom 23. Juni geäußerte Kritik am Programmaktionismus zurück. Er bezeichnete die Änderung der Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude als dauerhafte Verbesserung der steuerlichen Investitionsvoraussetzungen. Andere Maßnahmen wie die Städtebauförderung und zusätzliche Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank zielten vor allem auf eine nachhaltige Steigerung der kommunalen Investitionen.

Allerdings bezweifelte Bangemann, ob die Aufstockung der Städtebaumittel rasch in Nachfrage umgesetzt werde; eine höhere Dotierung des Fernstraßenbaus „hätte eher Wirkung gezeigt".

Auch sieht der Minister mit den verbesserten Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude (und Steuerausfällen von fast vier Milliarden Mark jährlich nach dreijähriger Anlaufphase) den finanziellen Spielraum für die geplanten Steuersenkungen zugunsten der Unternehmen in der nächsten Legislaturperiode dahinschwinden. Diese Gefahr könne nur durch spürbare Fortschritte beim Subventionsabbau gebannt werden.

In diesem Zusammenhang ließ auch Bangemann Kritik an Zuwendungen für die Bauern anklingen, als er mit der Forderung nach strenger Ausgabendisziplin vor der Erfüllung unproduktiver Ausgabenwünsche warnte (gleichgültig, ob die Ausgaben in Brüssel oder Bonn getätigt würden). Zur Haushaltskonsolidierung gehört für den FDP-Politiker auch die – bisher unterbliebene – investitionsorientierte Umstrukturierung der Ausgaben mit dem Ziel, vor allem über den Ausbau der Infrastruktur die Voraussetzungen für private Investitionen zu verbessern.

Französischer General tritt für C-Waffen ein

dpa, Paris

Für die Einführung chemischer Waffen und der Neutronenbombe in Frankreichs Verteidigung hat sich der scheidende Chef des französischen Generalstabs, General Jeannou Lacaze, ausgesprochen. Vor dem französischen „Institut für gehobene Studien zur nationalen Verteidigung" (IHEDN) begründete der General sein Eintreten für C-Waffen mit einer bislang fehlenden Möglichkeit des angemessenen Gegenschlags im Falle eines C-Waffen-Angriffs. „Der Gegenschlag wäre zweifellos atomar", bestätigte er die vor wenigen Wochen gemachten Angaben von Verteidigungsminister Charles Hernu. Bei einem begrenzten Angriff mit C-Waffen wäre es nach Ansicht Lacazes daher „wünschenswert, über bestimmte Mittel zur Gegenwehr zu verfügen, um die politischen Entscheidungsträger nicht in der Enge der Alternative eines Alles-oder-Nichts zu belassen". Frankreich habe sich bei der Unterzeichnung des sogenannten Genfer Protokolls von 1925 über den freiwilligen Verzicht auf chemische Kampfmittel ausdrücklich deren Anwendung auf einen Gegenschlag vorbehalten.

Bei den taktischen Atomwaffen würde nach Ansicht des Generals die bislang noch nicht entschiedene Einführung der Neutronenbombe in die französische Armee die militärische Wirksamkeit der „letzten Warnung" erheblich steigern. Frankreich könne auch die Möglichkeiten der militärischen Nutzung des Weltraums „nicht ignorieren", denn der Weltraum drohe „der neue Ort des Aufeinandertreffens der Großmacht zu werden".

Im taktischen Bereich könnten Frankreich nach Ansicht von General Lacaze, der zum 1. August Berater des Verteidigungsministers für militärische Beziehungen zu afrikanischen Ländern wird, zunächst militärische Beobachtungs- und Fernmeldesatelliten sowie ein elektromagnetisches Abhörsystem nützlich sein. Auf längere Sicht sei die Erstellung eines Satellitenabwehrsystems auf Raketenbasis denkbar. Außerdem setzte sich Lacaze zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Verteidigung und Rüstung für ein genau definiertes Konzept und eine stärkere Beteidigung der Generalstäbe bei der Konzeption neuer Rüstungsprojekte ein. Für die neu geschaffene „Schnelle Eingreiftruppe" (FAR) forderte er eine stärkere Luftunterstützung sowie eine bessere nachrichtendienstliche und elektronische Ausstattung.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bundesverfassungsgericht

„Leserbrief: Richterwillkür"; WELT vom 25. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

die negative Kritik an der von dem Frankfurter Richter in den Urteilsgründen vorgebrachten Wertung unseres Staates wird, wie mir scheint, von einem großen Teil der Bevölkerung (und auch von mir) geteilt.

Es erhebt sich die Frage (ich kann sie nicht beantworten), ob der so engagierte Richter nicht schon vor seiner Ernennung seine Einstellung hat erkennen lassen, so daß Anlaß bestanden hätte, angesichts eines seit vielen Jahren sehr starken Juristenangebots einen anderen Bewerber vorzuziehen.

Von einem Richter konnte man erwarten, daß er in einer ihm fachlich fremden Rechtsmaterie (Verfassungsrecht) einer bereits ergangenen, seiner Meinung diametral entgegengesetzten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts so viel Respekt entgegenbringt, daß er nicht zur Begründung eines sonst nicht haltbaren Freispruchs der Bundesregierung Verfassungsbruch vorwirft, wo das Bundesverfassungsgericht Verfassungstreue festgestellt hatte.

Zu Leser Bledows Appell an „Bonn", sich mit Schells Wertung auseinanderzusetzen, daß „sich ein Staat in Frage stellt, der einen solchen Amtsrichter im Amt beläßt", ist zweierlei zu sagen:

- Zuständig ist nicht Bonn, sondern Wiesbaden. Es besteht keinerlei Weisungsrecht des Bundesjustizministers gegenüber der hessischen Landesjustizverwaltung.
- Das Richterprivileg des Artikels 97 des Grundgesetzes in Verbindung mit Paragraph 30 des deutschen Richtergesetzes läßt für Maßnahmen gegen einen Richter wegen eines Fehlurteils trotz der klaren Richterpflichten nur wenig Spielraum.

Vielleicht findet sich eine Partei, die einem Richter wie Dr. Jahr ein Bundestagsmandat verschafft und ihn auf die Weise als Richter aus dem Verkehr zieht? Den Namen der Partei brauche ich nicht zu nennen, die ähnlich wie dieser Richter zu argumentieren pflegt.

Mit freundlichen Grüßen
U. von Heyl,
Lampertheim

Rentenversicherung

Renten und Beitragssatz brauchen sich nicht zu ändern, wenn das Rentenversicherungsprinzip wieder voll eingeführt wird.

Der Rentner muß einen sogenannten Krankenversicherungsbeitrag ab 1. Juli 1985 in Höhe von 4,5 Prozent bezahlen. Die Rentenversicherung hat vor Einführung des Rentnerbeitrages 11,8 Prozent an die Krankenkasse der Rentner bezahlt. Ab 1. Juli 1983 zahlte sie nur noch 10,8 Prozent, ab 1. Juli 1984 nur 8,8 Prozent und ab 1. Juli 1985 nur noch 7,3 Prozent und ab 1. Juli 1987 nur noch 5,9 Prozent. Somit geht der Krankenversicherungsbeitrag in die Rentenversicherung und nicht in die Krankenversicherung.

Für 1984 sind auf diesem Wege rund 4,41 Milliarden Mark von den Rentnern in die Rentenversicherung bezahlt worden, und für 1985 sind es voraussichtlich 6,8053 Milliarden Mark = 16,7 Prozent der Ausgaben für die Krankenversicherung der Rentner in Höhe von insgesamt 40,75 Milliarden Mark.

Die Rentner haben im Arbeitsleben schon ihre Beiträge zur Rentenversicherung bezahlt. Zur Zeit finanzieren sie ihre Rente noch einmal selbst zu 4,5 Prozent.

Wenn man sich so stark für das Versicherungsprinzip einsetzt, dann müssen Wege gefunden werden, damit der Unternehmer auch zur Kasse gebeten wird.

Mein Vorschlag ist wie folgt: Der Arbeitgeber gibt für jeden eingesparten Arbeitsplatz ebenfalls 5,9 Prozent an die Rentenversicherung von einem Betrag von zur Zeit 26 310,00 DM = 1552,29 DM jährlich, dann ist das Versicherungsprinzip wieder hergestellt. Es bleibt die personenbezogene Rente, und das Schlagwort „Maschinensteuer" entfällt.

Die Rente braucht im Jahr 2000 nicht gesenkt zu werden, wenn auch der Staat – wie im Jahr 1957 – 31,9 Prozent statt zur Zeit 17,9 Prozent zahlt.

Der Rentenversicherung sind von der alten Koalition seit 1970 rund 20 Milliarden Mark Bundeszuschüsse vorenthalten worden, die anderweitig verausgabt worden sind.

H. Düngelhoff,
Bottrop

8. Gebot

Kardinal Glemps Äußerungen sind erschreckend. Mit welchem Recht verletzt er die Gefühle von Millionen heimatvertriebenen Ostdeutschen und wirft ihnen wider besseres Wissen Revanchismus vor? Die Haltung gegenüber unseren ca. 1,1 Millionen verbliebenen ostdeutschen Landsleuten in den Oder-Neiße-Gebieten ist eines Christen unwürdig. Wo bleibt der deutschsprachige Gottesdienst für sie? Kardinal Glemp sei das Gebot „Du sollst nicht lügen" sinngemäß ins Gedächtnis gerufen.

Eigentlich sind solche Worte eines polnischen Kirchenfürsten wie auch einiger protestantischer deutscher Kirchenleute nur dann halbwegs begreifbar, wenn man bewußt die Vertreibungsverbrechen an Ostdeutschen nicht kennen will, sie verschweigt oder, noch schlimmer, sie in menschenverachtender Weise übergeht. Vielleicht klärt jemand einmal die jungen Polen in Ostdeutschland darüber auf, wie sie dort hingekommen sind. Aber bitte in Einzelheiten. Nachdrücklich sei Kardinal Glemp daran erinnert, daß

1. seitens der Deutschen ein Gewaltverzicht ausgesprochen wurde – Charta der Heimatvertriebenen,
2. den jungen Polen in Ostdeutschland ein Heimatrecht nicht abgesprochen wird – wir behandeln sie nicht, wie die Polen unsere Landsleute in den Jahren 1945–48 behandelt haben,
3. polnische Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich Minderheitsrechte und Asyl genießen, sie ihre Gottesdienste in polnischer Muttersprache abhalten können.

Mit einseitiger Geschichtsklitterung sind Frieden und Aussöhnung nicht möglich. Die Polen sollen uns Deutschen das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht ebenso zubilligen, wie sie es für sich einfordern.

Dr. G. Burmeister,
Bad Zwischenahn

Wort des Tages

„Bilden heißt vor allem das Urteil bilden. Mit Wissen allein ist es nicht getan. Der Jugendliche muß in die Lage versetzt werden, nach einer festen Wertskala ein eigenes Urteil zu fällen. Der wirkliche Erzieher vermittelt dem Jugendlichen ein Gefühl der Werte und hilft ihm, sie zu lieben."

Jean Danielou; franz. Autor (1905–1975)

Südafrika

Sehr geehrte Damen und Herren,

man sollte endlich aufhören, Südafrika zu beschimpfen – haben wir nicht genug eigene Probleme, mit denen wir kaum fertig werden?

Herr Dr. Kohl sollte den swapophilen Außenminister Genscher endlich ablösen. Er versucht doch unter anderen Kautelen seine frühere Außenpolitik unter Helmut Schmidt fortzusetzen.

Wir sollten froh sein, in Südafrika einen zuverlässigen Partner zu besitzen. Oder wollen wir, daß die Russen dort zu sagen haben? Genügen nicht das frühere Rhodesien, Angola und etliche andere Länder?

Wir haben uns in Südafrika umgesehen. Man kann nur dem Aufsatz von Klaus Jonas „Ein Bumerang für die Versorgung des Westens" in Nr. 127, WELT vom 4. Juni, voll zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen
E. Hellmann,
Hamburg 13

Mehr Normalität

„Metzger Ottos Geisterfahrt: Szenen aus einem kleinen deutschen Amtsgericht"; WELT vom 22. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bild und Inhalt sind amüsant, der Text flott geschrieben, und so wäre dieser Beitrag eigentlich etwas durchaus Normales, wie ich es aus meiner jahrzehntelangen WELT-Lektüre gewöhnt bin.

Aber da ist noch etwas anderes: Es tut dem Leser gut, wenn er unter der Fülle von Meldungen mit negativem und zum Teil katastrophalem Inhalt etwas Positives findet, daß er davon hört, daß etwas funktioniert, daß etwas intakt ist. Das ist ein Lichtblick.

Berichten Sie doch in dieser Form aus dem Alltag dort, wo es funktioniert, wo die Leute Vertrauen zueinander haben, wo sie sich aufeinander verlassen können.

Wir wollen doch nicht übersehen, daß dies glücklicherweise in unserer Gesellschaft der weitaus überwiegende und normale Zustand ist. Deshalb sind dies auch die Situationen, in denen sich Ihre Leser wiedererkennen können und bestätigt finden, wie die Normalität aussieht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Weber-Unger,
Brannenburg/Inn

Personalien

GEBURTSTAG

Der Nestor der Altertumswissenschaft, Professor **Joseph Vogt**, feierte in Tübingen seinen 90. Geburtstag. Mit zahlreichen grundlegenden Werken, vor allem zur römischen Geschichte, hat sich Vogt Weltruhm erworben. Sein Schriftenverzeichnis hat über 270 vielfach übersetzte, teils als klassisch geltende Titel. In Tübingen wurde Vogt 1926 Ordinarius, über Würzburg und Breslau kehrte er 1940 dorthin zurück und lehrte mit kurzer Unterbrechung bis zu seiner Emeritierung an dieser Universität, deren Rektor er 1958/59 war. Nach ersten Arbeiten zur griechisch-orientalischen Geschichte blieb die Stadt Rom Vogts Hauptthema. „Die römische Republik" (1931) ist bis heute Standardwerk, ebenso „Constantin der Große und sein Jahrhundert" und „Die Spätantike". Sein umfassendstes Werk – „Der Niedergang Roms – Metamorphose der antiken Kultur von 200 bis 500" – erschien 1965.

AUSZEICHNUNG

Dr. **Klaus Marquardt**, Vorsitzender des Vorstandes der Aral AG, Bochum, ist vom Bundespräsidenten mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Marquardt, der auch sechs Jahre lang der Vorstandsvorsitzende des Mineralölwirtschaftsverbandes in Hamburg war, wurde für seine Verdienste um die deutsche Mineralölwirtschaft mit dieser hohen Auszeichnung geehrt.

EHRUNG

Dem in München lebenden Nobelpreisträger und großen Gelehrten Professor **Adolf Butenandt** wird das Ehrenbürgerrecht – die höchste Auszeichnung, die von der Landeshauptstadt vergeben werden kann – verliehen. Die Stadt München ehrt damit seine Verdienste um den Aufbau von Forschung und Lehre nach dem Zweiten Weltkrieg und würdigt seinen wertvollen Beitrag für das Ansehen Münchens. Im April 1956 war der Nobelpreisträger (Nobelpreis für Chemie 1939) einem Ruf zum ordentlichen Professor für physiologische Chemie in der medizinischen Fakultät der Universität München gefolgt. Vier Jahre später wurde Butenandt als Nachfolger von **Otto Hahn** Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Als er 1972 das Präsidentenamt seinem Nachfolger, dem Physiker **Reimar Lüst**, übergab, hatte die Max-Planck-Gesellschaft ihre bis dahin größte Ausdehnung erreicht und verfügte über 10 000 Mitarbeiter.

KIRCHE

Zum Bischof der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes ist der Präsident der Ostberliner Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union (EKU), Dr. **Joachim Rogge**, gewählt worden. Der 55jährige Rogge wird Nachfolger von **Hanns-Joachim Wollstadt**, der Anfang des Jahres aus Gesundheitsgründen aus dem Bischofsamt geschieden ist. Joachim Rogge, der sich durch seine zahlreichen kirchengeschichtlichen Veröffentlichungen weit über die Grenzen Mitteldeutschlands hinaus einen Namen gemacht hat, wurde 1929 in Halberstadt geboren. Von 1948 bis 1953 studierte er Theologie zunächst in West-Berlin an der Kirchlichen Hochschule, später an der Ostberliner Humboldt-Universität. Dort war er anschließend sechs Jahre als Assistent im Fach Kirchengeschichte tätig. Nach der Promotion 1955 habilitierte er sich 1959. Von 1959 bis 1977 war Rogge Dozent für Kirchen- und Dogmengeschichte an der Ostberliner Kirchlichen Hochschule, dem Sprachenkonvikt. Von 1961 an war er neben seiner Lehrtätigkeit auch Pfarrer der Kirchengemeinde „Zur Barmherzigkeit" im Ostberliner Stadtbezirk Lichtenberg. Nach einer dreijährigen nebenamtlichen Tätigkeit als Oberkirchenrat wurde Rogge 1977 zum Präsidenten der EKU-Kanzlei berufen.

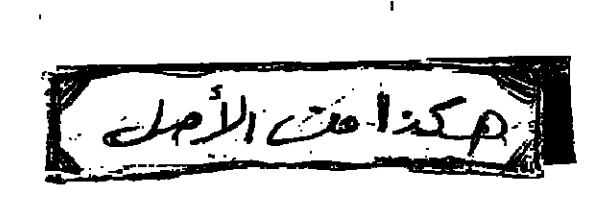
VERANSTALTUNGEN

Mit dem „Münchner Biergarten" in Bonn schlossen auch in diesem Jahr die Bayern einen Vogel ab: An die 800 bis 1000 Gäste feierten in der bayerischen Landesvertretung den nahen Beginn der parlamentarischen Sommerpause. Gastgeber Staatsminister **Peter Schmidhuber** begrüßte viele Mitglieder der Bundesregierung, unter ihnen Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, Postminister **Christian Schwarz-Schilling**, Wohnungsbauminister **Oscar Schneider**, Entwicklungshilfe-Minister **Jürgen Warnke**, den Staatsminister im Kanzleramt, **Friedrich Vogel**, Kanzleramts-Staatssekretär **Waldemar Schreckenberger**, den Staatssekretär im Bundespräsidialamt, **Klaus Blech**, und Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen**. Die Einladung hat traditionell einen deftigen Charakter. Das Angebot, die harten Holzbänke im Parlament für eine Nacht mit den Holzbänken der bayerischen Biertisch-Atmosphäre zu vertauschen, nahmen viele Bonner Parlamentarier an. Eine Münchner Brauerei sponserte die Nacht mit Hax'n und Gerstensaft, so daß der Steuerzahler nicht belastet wurde.

*

Der Hamburger Senat war im Hotel Atlantic beschlußfähig: Er rückte gestern mit den Bürgermeistern **Klaus von Dohnanyi** und **Alfons Pawelczyk** an der Spitze fast geschlossen an, um Dr. **Hans Fahning** zum 60. Geburtstag zu gratulieren. Der Geschäftsleitende Direktor der Hamburgischen Landesbank und Vorsitzende des Bundesverbandes öffentlicher Banken war sechs Jahre lang unter **Herbert Weichmann** Chef der Hamburger Senatskanzlei, ehe er 1972 in den Vorstand der Landesbank überwechselte. Zu den Gratulanten gehörten der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, Handelskammerpräses **Carl-Heinz Illies**, **Boy Gobert**, der Präsident des Überseeclubs, **Rolf Stödter**, SPD-Fraktionschef **Henning Voscherau** und CDU-Oppositionsführer **Hartmut Perschau**, der Präsident des Rechnungshofes, **Harald Schulze**, BP-Vorstandschef **Helmuth Buddenberg**, die Reederin **Liselotte Rantzau** und die beiden größten Hamburger Mäzene **Alfred C. Toepfer** und **Kurt A. Körber**.

Einer der entscheidenden Mitgestalter des deutschen Zivilrechts, Professor Dr. **Ernst von Caemmerer**, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Mit ihm verliert die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg einen Gelehrten, der das internationale Ansehen der deutschen Zivilrechtswissenschaft wesentlich mitgeprägt hat. Caemmerer, 1908 in Berlin geboren, studierte in München und Berlin. Nach dem Assessor-Examen im Jahre 1934 war er am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin tätig. Nach zwei Jahren praktischer Tätigkeit als Richter und Syndikus war er von September 1939 bis zum Kriegsende bei der Marine auf Vorposten- und Minensuchbooten. Erst 1946 kehrte er an die Universität (Frankfurt am Main) zurück, wo er sich bei **Walter Hallstein** habilitierte. 1947 wurde er als Nachfolger von Großmann-Doerth nach Freiburg berufen. 1949/50 war er Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, 1956 bis 1957 erster Juristischer Rektor der Universität Freiburg nach dem Krieg.



WELT DER WIRTSCHAFT

Dienstag, 2. Juli 1985 - Nr. 150

Ungeliebte Tochter

dos – Es ist lange her, daß der Wilhelmshavener Büromaschinen-Hersteller Olympia seinen Anteilseignern Freude gemacht hat. Seit den 70er Jahren krankt das Unternehmen. Rationalisierungsmaßnahmen, verbunden mit Betriebsschließungen und Entlassungen, haben nicht verhindern können, daß immer wieder tiefrote Zahlen geschrieben wurden. Der frühere Alleinaktionär AEG, selbst ins Trudeln geraten, entließ die ungeliebte Tochter aus dem Beherrschungsvertrag, nachdem hohe dreistellige Millionen-Beträge die eigene Substanz geschwächt hatten.

Als Anfang 1982 AEG-Telefunken 49 Prozent der Olympia-Anteile an die Gesellschaft für Elektrowerte mbH (GfE) abtrat, schien die künftige Richtung vorgezeichnet: Die Bosch-Gruppe, der einzige industrielle Partner unter den GfE-Eignern, galt als der ideale Kandidat für die Übernahme von Olympia. Warum sich solche Überlegungen zerschlagen haben, kann nur vermutet werden. Fest steht aber, daß Bosch seine „durchgerechnete" 20-Prozent-Beteiligung wieder abgeben will. AEG-Chef Dürr bekundete gleichzeitig sein Interesse an dem Erwerb der GfE-Anteile.

Für Olympia ist jede Regelung nützlich, die zur eindeutigen Klärung der Verhältnisse beiträgt. Der Büromaschinen-Hersteller schleppt mittlerweile wieder einen Bilanzverlust von rund 90 Mill. DM vor sich her. Erst 1987 dürften die größten Probleme überwunden sein, vorausgesetzt, die Anbindung an einen gesunden Konzern ist gesichert.

Hoch-gerechnet

Wb. – Erfolgsmeldung der Industriegewerkschaft Metall: „Durch Arbeitszeitverkürzung Monat für Monat 10 000 neue Arbeitsplätze", so die Schlagzeile im „Metall Pressedienst". Daß die Metallindustrie-Hauptbranchen: Autoindustrie, Maschinenbau, Elektroindustrie – in der Tat seit einem Jahr rund 100 000 Mitarbeiter neu eingestellt hat, bucht der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr allen Ernstes allein auf's Konto der Gewerkschaft. Kein Wort vom Dollar-Effekt, der gerade im Maschinenbau, aber auch in der Elektroindustrie geradezu Boomstimmung gebracht hat, kein Wort auch von den Einflüssen der Elektronik- und Informationstechnik-Bereiche, die mit ihren kaum zu bewältigenden Zuwachsraten ebenfalls zum Metallbereich zählen. Statt dessen heißt es ganz einfach, die Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent seien durch die Produktivitätssteigerungen von sechs Prozent aufgezehrt worden, die Arbeitsplätze also nur der 38,5-Stunden-Woche zu verdanken. Irgendwie muß den Streikern des vergangenen Jahres ja ihr nicht immer rühmlicher Einsatz als lohnend verkauft werden.

USA / Übernahme-Spezialisten auf der Suche nach unterbewerteten Gesellschaften

Das Fusionsfieber hat inzwischen alle Wirtschaftszweige ergriffen

BERND PARSON, New York

In den Vereinigten Staaten greift mehr und mehr das Fusionsfieber um sich. Sorgen im vorigen Jahr Elefantenhochzeiten in der Mineralölbranche für Schlagzeilen, scheint in diesem Jahr kein Sektor mehr immun gegen die Konzentrationswelle zu sein. Ob Rundfunkgesellschaften oder Gesundheitspflege, Verbrauchsgüterhersteller, Banken oder Fluggesellschaften – keine Branche ist vor Zusammenschlüssen oder Übernahmen mehr sicher.

Die Konzentrationswelle kam Ende der 70er Jahre mit der Abschaffung bürokratischer Hemmnisse (deregulation) zur Förderung des Wettbewerbs ins Rollen. Hinzu kommt, daß unter der Reagan-Regierung ein günstigeres Klima für Fusionen geschaffen worden ist. Vor zehn Jahren wäre es kaum denkbar gewesen, daß der Staat ohne weiteres Übernahmen durch Mammutgesellschaften wie General Motors Corporation und International Business Machines (IBM) zugelassen hätte. Beide Großkonzerne haben jüngst von sich reden gemacht: General Motors durch den Erwerb des Rüstungsunternehmens Hughes Aircraft für fünf Milliarden Dollar und IBM mit dem Einstieg bei MCI Communications für rund eine Milliarde Dollar.

Berichte von Übernahmen und Übernahmeversuchen dominieren seit Monaten in den Spalten der Wirtschaftspresse. Die Fusionswelle hat ihre eigene Sprache geschaffen. Bei einem „restructuring" geht es um eine Art Flurbereinigung, in der sich ein Unternehmen von unrentablen Firmenteilen trennt, um sich mit dem Erlös eine solidere Firmenbasis zu schaffen. In einem „leveraged buy-out" werden Übernahmen mit Bankkrediten finanziert, die mit den Aktiven des Objektes abgesichert sind. Meist gehören bei solchen Vorhaben Mitglieder des Managements zur übernehmenden Gruppe.

Eine weitere Wortschöpfung sind die „corporate raiders", die seit einem Jahr verstärkt in Erscheinung treten. Das sind Übernahmespezialisten, die teils im Alleingang, teils unter Einschaltung finanzkräftiger Partner „Angriffe" auf Gesellschaften unternehmen, deren Aktien sie für unterbewertet halten. Diese Leute zwingen die Verwaltungen der Zielgesellschaften in nicht seltenen Fällen dazu, Substanzbereinigungen vorzunehmen, einen „weißen Ritter" mit einer Gegenofferte ausfindig zu machen, um sich den unliebsamen Eindringling vom Halse zu halten, oder den Aktionären ein Gegenangebot auf dem Wege eines „leveraged buy-out" zu machen. In dieser kleinen Gruppe von Firmenhaien sind Namen wie Carl Icahn und T. Boone Pickens zur Prominenz gelangt.

Elefantenehen in der US-Wirtschaft wurden auch in diesem Jahr wieder geschlossen, doch die Chevron-Übernahme der Gulf Oil für 13,2 Milliarden Dollar und Texacos Übernahme der Getty Oil für 10,1 Milliarden Dollar sind eine Klasse für sich. Einige anderen können sich jedoch durchaus sehen lassen. Im Gesundheitswesen zum Beispiel hat jetzt die Baxter Travenol für die American Hospital Supply Corporation 3,7 Milliarden Dollar geboten, in der Rundfunkbranche will Ted Turner die CBS für 5,5 Milliarden Dollar kaufen, General Motors ließ sich Hughes fünf Milliarden Dollar kosten, die Allied Corporation will für Signal Companies ebenfalls fünf Milliarden Dollar zahlen. R.J. Reynolds ließ sich Nabisco Brands 4,9 Milliarden Dollar kosten und Capital Cities war American Broadcasting (ABC) 3,5 Milliarden Dollar wert. Bei solchen Beträgen wirkt sich die Übernahme von Inmont durch die BASF AG für eine Milliarde Dollar schon fast bescheiden aus.

Im Finanzsektor dürfte sich die Konzentration in nächster Zeit besonders in der Provinz verstärken, nachdem das Oberste Bundesgericht erlaubt hat, daß sich Institute verschiedener US-Bundesstaaten zusammenschließen können. In der Luftfahrt hat Carl Icahn einen Übernahmeversuch für Trans World Airlines gemacht und dieser führte zu einem Gegenangebot der Texas Air von knapp 900 Millionen Dollar. (dpa/VWD)

IFO-KONJUNKTURTEST

Aufwärtskräfte haben sich doch wieder durchgesetzt

DANKWARD SEITZ, München

Beim Wirtschaftsaufschwung der Bundesrepublik, in den ersten Monaten dieses Jahres unterbrochen, haben sich inzwischen die Aufwärtskräfte wieder durchgesetzt. Zu diesem Fazit kommt das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung auf Grund des jüngsten Konjunkturtests vom Mai. Die Firmen des verarbeitenden Gewerbes rechneten für die kommenden sechs Monate mit einer Fortdauer der günstigen Entwicklung und planten eine stärkere Ausweitung ihrer Produktion, nachdem nun auch der Strom der Bestellungen wieder etwas rascher fließe. Auch die Exporterwartungen hätten sich in weiten Teilen der Industrie ebenfalls wieder aufgehellt.

Getragen wird diese positive Beurteilung hauptsächlich von den Unternehmen des Investitionsgüterbereichs. Obwohl sie ihre Produktionstätigkeit gesteigert hätten, so das Ifo, seien ihre Auftragsbestände bei abermals höheren Bestellungen weiter gewachsen. Ihre Produktionspläne zielten deutlich auf Expansion ab. Insbesondere gelte dies für den Maschinenbau und die Elektronik. Erneut abgenommen hätten die negativen Meldungen aus dem Stahl- und Leichtmetallbau. Und über höhere Auftragsbestände bei allerdings unverändert gedämpfter Produktion berichteten die Lkw-Hersteller.

Eine erhebliche Besserung der Geschäftslage verzeichnete nach Feststellungen des Ifo auch der Gebrauchsgüter-Sektor. Entscheidend dazu beigetragen habe die merklich günstigere Situation bei Pkw. Weniger günstig schätzten dagegen die Möbelindustrie, die Feinkeramik sowie die Eisen-, Blech- und Metallwarenfirmen ihre Geschäftslage und -aussichten ein.

Während sich im Großhandel im Mai das Geschäftsklima geringfügig verschlechtert hat und der weiteren Entwicklung dementsprechend etwas skeptischer als noch im April entgegengesehen wird, hat sich die tendenzielle Besserung der Geschäftslage im Einzelhandel weiter fortgesetzt. Sein Umsatz dürfte bei anziehender Nachfrage im Mai, so das Ifo, das entsprechende Vorjahresniveau deutlich übertroffen haben. Wenn sich hier auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate nicht weiter verbessert hätten, erschienen die Aussichten dennoch günstiger als im ersten Quartal dieses Jahres.

Unverändert negativ bewertete die Bauwirtschaft im Mai ihre Geschäftslage. Bemerkenswert ist jedoch, daß sie dem nächsten halben Jahr weniger skeptisch entgegensieht als bisher. Eine leichte Klimaverbesserung trat dabei, wie das Ifo feststellt, sowohl im Tief- als auch im Hochbau ein. Die Bautätigkeit nahm zu, bewegte sich aber nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau. Die Reichweite der Auftragsbestände blieb mit 1,9 (Vorjahr: 2,0) Monaten unverändert gering.

Wechsel beim Öl-Verband

Von HANS BAUMANN

Das Große Verdienstkreuz ist ein Klecks auf dem Revers, mißt man es an der Leistung, die Klaus Marquardt, Vorsitzender des Vorstandes der Aral AG, als Präsident des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV) vollbracht hat. Sechs Jahre lang hatte er das Ruder dieses Verbandes in der Hand. Und niemand in der Branche wird widersprechen, daß es alles andere als ein seetüchtiges Schiff war, welches er mitten in rauher See übernahm.

Nun ist er von Wolfgang Oehme, dem Esso-Chef, abgelöst worden. Und dieser Wolfgang Oehme war es, zusammen mit seinem Kollegen Johannes Wellbergen von der Deutschen Shell, der es 1978 verstand, den in sich zerstrittenen Verband auf Klaus Marquardt einzuschwören. Es war ein guter Griff, wie sich jetzt nach sechs Jahren feststellen läßt. Und da so viel Zeit die Wunden geheilt hat, sollte auch einmal die bisher nicht publik gewordene Verfassung dieses gewichtigen Verbandes geschildert werden, so wie sie sich vor sechs Jahren darstellte.

Die Haves und die Have-nots lagen sich 1978 in den Haaren – jene also, die Differentialrenten aus deutschen Öl- und Gasquellen bezogen, und jene, die eben nicht aus diesem heimischen Topf zehren konnten. Mit dem Schlachtruf „windfall profits" zog man in den Krieg, zieh sich der Wettbewerbsverzerrung und des Verdrängungswettbewerbs – und sprach auch im Verband nicht mehr miteinander.

Die Situation war auch für die Volkswirtschaft fatal, denn genau ein Jahr nach Marquardts Amtsantritt holte die Opec zu ihrem zweiten Preisschlag aus, der die Weltwirtschaft zum Erliegen brachte und nur gemeistert werden konnte, wenn die Ölindustrie sich wie ein Mann gegen diese Herausforderung stemmte.

Doch der Riß durch den deutschen Verband ging so tief, daß seine Spaltung betrieben und sogar schon ein Hauptgeschäftsführer für den neuen Verband ausgespäht worden war, der die „Seperatisten" (eine Gruppe aus BP und der deutschen Ölwirtschaft) verwalten sollte.

Das war Klaus Marquardts Stunde – ein Mann, der keine Raffinerien und keine Quellen besaß, der als Händler zum Kompromiß, zum Ausgleich, geboren war. Und mit unermüdlichem Eifer brachte er das Kunststück – das manche für eine Dressur halten – fertig. Man saß bald wieder an einem Tisch, diskutierte miteinander, entwarf Strategien und brachte als Branche die deutsche Wirtschaft alles in allem gut über die Runden der Opec-Attacken.

Klaus Marquardt hat reinen Tisch gemacht, er hat die Mächte addiert, die Organisation wieder schlagkräftig gemacht. Er hat das ihm anvertraute Haus unter widrigsten Umständen bestellt und es nun an Wolfgang Oehme übergeben. Ein sauberes Erbe, sollte man meinen, das man mit zufriedener Miene übernehmen kann.

Doch was Klaus Marquardt im Bereich der Organisation bewältigt hat, das steht Wolfgang Oehme in den weiten Feldern der Betriebswirtschaft, der Volkswirtschaft (und damit der Politik) und möglicherweise in Europa noch bevor. Oehme muß schleunigst eine Philosophie der Anpassung der deutschen Ölwirtschaft an die neuen Marktstrukturen entwickeln, eine, die nicht mit dem Kartellrecht kollidiert und die den Staat nicht vor den Karren spannt.

Oehme muß im Sinne der Volkswirtschaft, also im Sinne einer qualitativ hochwertigen Versorgung der Bundesrepublik mit Ölprodukten, eine flächendeckende Struktur bewahren. Das kann ihm nur gelingen, wenn die Ausdünnung der Kapazitäten in Europa unter Wettbewerbsbedingungen erfolgt, wenn also die Politiken harmonisiert, entzerrt werden.

Weite Wege wird er hinter sich bringen müssen, soll ihm dies gelingen, Wege nach Brüssel ebenso wie nach Bonn, denn die deutsche Ölindustrie verliert ihre Schlagkraft, wenn sie sich an Vorleistungen wie Katalysator, bleifreies Benzin, Großfeuerungsanlagen-Verordnung mit Verbrennungsverboten und Verkaufsbehinderungen bei Mitteldestillaten und schweren Produkten kostenmäßig aufreibt.

Es sind also im wesentlichen Bremserfunktionen, die er zu erfüllen hat, wozu das Predigen von Vernunft, die Empfehlung von machbaren, maßvollen Schritten gehört. Aber auch Bremsen müssen geölt werden, sollen sie ihren Zweck erfüllen. So kam der Ölwechsel im Mineralölwirtschaftsverband wie gerufen.

AUF EIN WORT



„Die realisierbare Phantasie des Bankiers ist bei allen Besitzumschichtungen im nationalen und internationalen Feld besonders gefordert. Hierzu gehört es auch, geeignete Unternehmen an die Börse heranzuführen und alle bestehenden Möglichkeiten zur Stärkung der noch immer zu schwachen Eigenkapitalausstattung vieler deutscher Unternehmen zu fördern."

Dr. h.c. Harald Kühnen, persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Überschuß bei Entwicklungsländern

VWD, Washington

Die 62 vom Internationalen Währungsfonds (IWF) beobachteten Entwicklungsländer haben 1984 erstmals seit Jahren wieder einen Außenhandelsüberschuß erzielt. Wie der IWF mitteilte, verkauften die Staaten Waren für 521,2 Mrd. Dollar. Gleichzeitig führten sie Güter für 510,3 Mrd. Dollar ein. Damit verbesserte sich die Fähigkeit der Ländergruppe, ihre Auslandsschulden zu begleichen. 1983 hatten sie noch ein Handelsdefizit von 17,2 Mrd. Dollar erwirtschaftet. Die Ausfuhren der Länder lagen damit aber immer noch um 15,3 Prozent unter ihrem Stand von 1980.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Energiepolitischer Weg „über den Preis" hat sich bewährt

HEINZ HECK, Bonn

Mit einer merklichen Drosselung des Energieverbrauchs und einer Umschichtung der Energiequellen vor allem zugunsten der Kernkraft hat die deutsche Wirtschaft die Herausforderung der zweiten Ölkrise von 1979 beantwortet, die zu einer Verdoppelung des Ölimportpreises geführt hatte. Damit hat sich für das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) der energiepolitische Weg „über den Preis" sehr gut bewährt.

Der IW-Untersuchung zufolge ist der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik von 1979 bis 1984 um 7,5 Prozent zurückgegangen. Allein Mineralöl fiel in dieser Zeitspanne um knapp ein Viertel zurück, während die Kernenergie ein Plus von gut 115 Prozent erzielen konnte. Auch für die Kohle ergebe sich ein leichter Zuwachs, heißt es, während der Erdgasverbrauch etwa im Rahmen des Gesamtmarktes geschrumpft sei.

Die in die Verwendung von Solaranlagen und Wärmepumpen zur Raumheizung und Warmwasseraufbereitung gesetzten Erwartungen hätten sich nicht erfüllt. Gegenüber 1979 sei der Absatz von Solaranlagen sogar auf knapp ein Fünftel geschrumpft. Bei Wärmepumpen sei der Rückgang dagegen „nicht ganz so gravierend" gewesen. Immerhin wird die durch Sonnenenergie und Erdwärme erzielte Heizölsubstitution auf 136 Millionen Liter jährlich beziffert. Insgesamt liege der Marktanteil regenerierbarer Energieträger in der Bundesrepublik aber unter zwei Prozent (davon drei Viertel Wasserenergie). Die Produktionskosten von Bio-Äthanol (zur Benzinbeimischung) seien mit 1,30 Mark je Liter doppelt so hoch wie die von Superbenzin.

CHEMIE-ARBEITGEBER

In den USA sank der Anteil der Lohnnebenkosten stark

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Auch ohne den Einfluß des Dollar sind die Arbeitskosten in der chemischen Industrie der USA in den vergangenen fünf Jahren schneller gewachsen als bei der deutschen Konkurrenz. Nach dem alljährlichen Arbeitskostenvergleich des Bundesarbeitgeberverbands Chemie lagen die Zuwachsraten für den gesamten Zeitraum 1980 bis 1984 – und jeweils in Landeswährung – in den Vereinigten Staaten bei knapp 31 Prozent, in der Bundesrepublik nur bei gut 21 Prozent.

Im vergangenen Jahr allerdings haben sich die Kosten der beiden nationalen Branchen nahezu im Gleichtakt entwickelt: Die USA kamen mit einem Arbeitskostensatz von 14,85 (14,22) Dollar auf ein Plus von 4,4 Prozent, die deutsche Chemie wies mit 31,76 (30,44) Mark je Stunde einen Zuwachs von 4,3 Prozent aus.

Dabei ist freilich ein wesentlicher Unterschied zu vermerken. Während in der Bundesrepublik Deutschland die Zusatzkosten (z. B. Sozialversicherungen, Urlaub usw.) den Rekordanteil von gut 86 Prozent der Gesamtsumme erreicht haben, gingen sie auf der anderen Seite in den Vereinigten Staaten auf knapp 44 Prozent zurück.

Fast absurd – wenngleich auch durchaus illustrativ für die Exporterfolge der deutschen chemischen Industrie – nimmt sich der Vergleich aus, wenn man die Währungsentwicklung in diesem Zeitraum einbezieht. In D-Mark umgerechnet nämlich haben sich die amerikanischen Arbeitskosten in den Jahren 1980 bis 1984 (bei einer Dollar-Aufwertung von 1,82 auf 2,85 DM) mehr als verdoppelt; 1984 allein legten sie um gut 16 Prozent zu.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Elektronik ändert Arbeitsklima

Von je 100 befragten Arbeitnehmern urteilten so:

Arbeitsplätze mit elektronischer Ausstattung	
selbständige Arbeit	71
man lernt dazu	68
macht Spaß	63
abwechslungsreich	60
guter Kontakt zu Kollegen	55
es gibt Streß	45
schmutzig, staubig, laut	19
körperlich anstrengend	9
eintönig	5

Arbeitsplätze ohne elektronische Ausstattung	
selbständige Arbeit	57
man lernt dazu	55
macht Spaß	54
guter Kontakt zu Kollegen	49
abwechslungsreich	47
es gibt Streß	40
schmutzig, staubig, laut	36
körperlich anstrengend	23
eintönig	12

© Globus 5650

In der Metallindustrie arbeiten heute mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer an Arbeitsplätzen mit elektronischer Ausstattung – an elektronisch gesteuerten Maschinen oder am Bildschirm. Sie beurteilen ihre Arbeit im Durchschnitt merklich positiver als ihre Kollegen an konventionellen Arbeitsplätzen. Dagegen war vor der Einführung der Elektronik am Arbeitsplatz vielfach befürchtet worden, daß die Arbeit dadurch monoton werde. QUELLE: GLOBUS

Bonner Hilfen gefordert

Völklingen/Saar (dpa/VWD) – Die Belegschaft des wirtschaftlich angeschlagenen Völklinger Unternehmens Arbed Saarstahl GmbH hat an Bundeskanzler Kohl appelliert, Mittel für die finanzielle Restrukturierung des Unternehmens zur Verfügung zu stellen. Dies teilte die Saarbrücker Staatskanzlei gestern mit. Das kleinste und jüngste Bundesland sei nicht in der Lage, die noch anstehenden Finanzprobleme bei der Restrukturierung von Arbed zu lösen, hieß es in der einstimmig verabschiedeten Resolution. Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) begrüßte, daß die Belegschaft die Haltung der Landesregierung zur finanziellen Beteiligung des Bundes an der Arbed-Restrukturierung teile.

Tewidata in Konkurs

München (sz.) – Nach fast dreimonatiger Sequestration hat das Amtsgericht München gestern das Konkursverfahren über die Tewidata AG, München, eröffnet. Damit ist das endgültige Aus für das Unternehmen gekommen, dessen Aktien im Juli 1983 mit großen Vorschußlorbeeren zum Kurs von 202,50 DM an der Börse eingeführt worden waren. Der Konkursverwalter Hans-Ulrich Tittel schätzt die Verbindlichkeiten auf „mindestens" 25 Mill. DM. Er erwartet, daß alle Gläubiger, die keine Sicherheiten besitzen, ebenso wie die Aktionäre bei der Verwertung des Vermögens leer ausgehen werden.

Mehr Beschäftigte

Berlin (tb.) – Die Berliner Metallindustrie hat von April 1984 bis zum April 1985 4282 neue Mitarbeiter eingestellt. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich damit von 98 421 auf 102 703, teilte der Arbeitgeberverband der Berliner Metallindustrie mit. Allein im Januar und Februar wurden 1763 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Der Verband führt diese positive Entwicklung auf die gute Auftragslage vieler Unternehmen zurück, die wieder eine mittelfristige Personalaufstockung erlaube.

NRW bleibt Magnet

Bonn (sas.) – Nach einem Rückgang im Jahre 1981 wollen sich wieder mehr Nicht-EG-Ausländer in der Bundesrepublik selbständig machen. Wie aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) weiter hervorgeht, stieg die Zahl der „gründungswilligen" Unternehmer, die aus Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft stammen, 1983 auf 9337 gegenüber 8613 im Jahre 1981. Im Schnitt der Jahre 1980 bis 1983 begutachteten die Industrie- und Handelskammern damit 9090 Anträge. Davon wurden 1983 rund 56,6 Prozent befürwortet. Die meisten Ausländer-Unternehmer zieht es nach wie vor nach Nordrhein-Westfalen, wo 1983 40,7 Prozent aller Anträge gestellt wurden.

Höherer Auftragseingang

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Auftragseingang im Maschinen- und Anlagenbau der Bundesrepublik ist im Mai real um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Nach Angaben des Verbands deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt erhöhten sich die Bestellungen aus dem Inland um drei Prozent, während aus dem Ausland 16 Prozent mehr Aufträge eingingen.

Ausbau angekündigt

Frankfurt (VWD) – Der Öko-Bank-Verein will in den kommenden Monaten seine Regionalstruktur ausbauen. Wie der Sprecher des Vereins, Ulrich Waltz, sagte, wird derzeit die Gründung von Landesverbänden in Hamburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg vorbereitet. In Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sollen die Landesverbände ihre Arbeit bereits aufgenommen haben.

Kritik an Steuerreform

München (VWD) – Der Landesverband der Bayerischen Industrie (LBI) hat die Bundesregierung zu einer umfassenden Reform des gesamten Steuersystems aufgefordert, um den Unternehmen wieder mehr Spielraum für Investitionen zu geben. Verbandspräsident Eberhard von Kühnheim sagte gestern in München, notwendig sei „eine Reform, die ihren Namen verdient, nicht eine bloße Steuerentlastung, die dann auch noch gestaffelt wird, daß Leistungsanreize für den einzelnen kaum spürbar werden".

KREDITWESENGESETZ

Eigenkapital-Grundsatz wird vorerst aufgeschoben

VWD, Bonn

Die mit der Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG) erforderlich gewordene Neufassung des Eigenkapital- und Liquiditätsgrundsatzes I für Geldinstitute verzögert sich. Ursprünglich bereits für den 1. Juli geplant, wird das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen den neuen Grundsatz voraussichtlich erst mit Wirkung vom 1. Oktober in Kraft setzen. Der Grund für die zeitliche Verschiebung liegt in der extrem komplizierten Materie, dem hohen technisch-administrativen Aufwand und einschneidenden Änderungen im Zusammenhang mit der erstmaligen Einbeziehung der Bausparkassen.

Das Vorgehen der Aufsichtsbehörde dürfte auch durch ein Schreiben von Sparkassen-Präsident Helmut Geiger beeinflußt worden sein, der in einem Brief an den Aufsichtsamt-Präsidenten Wolfgang Kuntze darauf hingewiesen hat, daß das Amt bei seinem Entwurf eines neuen Grundsatzes I nicht nur die Konsolidierungsvorschriften des Kreditwesengesetzes umgesetzt habe. Im Entwurf seien weitere schwerwiegende Änderungen vorgenommen worden, die nur zum Teil mit Gesetzesänderungen begründet werden könnten.

Damit, so Geiger, seien vor allem die Landesbanken/Girozentralen mit erheblichen geschäftspolitischen und auch technischen Problemen konfrontiert worden. Es sei deshalb unerläßlich, den neuen Grundsatz I erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft zu setzen. Die im zentralen Kreditausschuß (ZKA) zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Kreditwirtschaft werden nunmehr versuchen, bis zum 30. September eine einheitliche Stellungnahme abzugeben.

AUSGLEICHSZAHLUNGEN / Einige auch finanzschwache Bundesländer verzichten

Bremen erhält eine Nachbesserung

HEINZ HECK, Bonn

Die Hartnäckigkeit des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick hat sich ausgezahlt: In Bonn wird damit gerechnet, daß die Regierungschefs der Länder auf ihrer Konferenz am kommenden Freitag einer Empfehlung ihrer Finanzminister und -senatoren folgen und eine Vereinbarung über die Neuverteilung der Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) an die finanzschwachen Länder für 1986 und 1987 beschließen werden.

Beim letzten Treffen am 14. Juni in Bonn war eine Vereinbarung am Widerstand Koschnicks gescheitert. Bremen hatte erstmals etwa 73 Millionen Mark aus dem vertikalen Finanzausgleich erhalten sollen, der seit Jahren vom Bund mit 1,5 Prozent der Umsatzsteuereinnahmen bestritten wird und sich nach der jüngsten Steuerschätzung 1986 damit auf 1,78 Milliarden Mark belaufen wird.

Nach der jüngsten Empfehlung der Finanzministerkonferenz, die gegen die Stimme von Rheinland-Pfalz und bei Stimmenthaltung Berlins gefaßt wurde, soll Bremen auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Juni im kommenden Jahr 94,4 und 1987 rund 99,4 Millionen Mark erhalten. Das entspricht etwa 5,3 Prozent der BEZ. In Höhe dieser Zuwendungen müssen die übrigen finanzschwachen Länder auf einen Teil ihrer Überweisungen verzichten (in Klammern die Zahlen, die sich bei dem ersten Angebot an Bremen mit 73 Millionen Mark ergeben hätten): Bayern erhält 60,5 (52), Niedersachsen 17,8 (10), Rheinland-Pfalz 9 (5), Saarland 1,8 (2) und Schleswig-Holstein 5,3 (4) Millionen Mark weniger.

Damit sieht der neue Verteilungsschlüssel folgendermaßen aus: Bayern 310,1, Bremen 94,4, Niedersachsen 593,4, Rheinland-Pfalz 342,1, Saarland 171,1 und Schleswig-Holstein 270,9 Millionen Mark. Diese Zahlen werden nach Zustimmung der Ministerpräsidenten im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben, das zum 1. Januar 1986 in Kraft tritt.

Diese Vereinbarung stellt jedoch noch nicht die von mehreren Bundesländern angestrebte „politische Lösung" dar, die zur Rücknahme der in Karlsruhe anhängigen vier Verfassungsklagen führen könnte. Auch für Bremen ist die gefundene Lösung nur ein Einstieg in eine noch stärkere Beteiligung an den Ausgleichszahlungen.

Nach dem Regierungswechsel in Saarbrücken hat das Saarland als fünftes Bundesland beschlossen, Verfassungsklage gegen den Finanzausgleich einzureichen. Die Regierung Lafontaine zielt auf einen höheren BEZ-Anteil und eine stärkere Berücksichtigung der Sonderlasten. Damit ist offen, ob Karlsruhe den geplanten Termin 15. Oktober für die mündliche Verhandlung halten kann.

FINANZTERMINBÖRSE

In London jetzt Optionshandel

WILHELM FURLER, London

An der Londoner Finanzterminbörse ist der Handel mit Options-Kontrakten eingeführt worden. Der britische Minister für Handel und Industrie, Norman Tebbit, hat jetzt den Optionshandel mit Dollar-Sterling-Kontrakten sowie mit Eurodollar-Terminkontrakten eröffnet. Gleichzeitig hat die Finanzterminbörse (London International Financial Futures Exchange – Liffe) mitgeteilt, daß gegenwärtig an der Einführung auch von Ecu-Terminkontrakten gearbeitet wird. Bis September dieses Jahres soll eine Entscheidung getroffen werden, wann der Handel mit Terminkontrakten der Europäischen Währungseinheit aufgenommen wird.

Bei der Eröffnung des Optionshandels mit Dollar-Sterling-Kontrakten und mit Eurodollar-Terminkontrakten betonte Minister Tebbit, daß Liffe in den knapp drei Jahren ihres Bestehens *ein rapides Wachstum gezeigt* und sich zu einem festen Bestandteil im Finanzzentrum London entwikkelt habe. Immerhin hat der monatliche Umsatz an der Londoner Finanzterminbörse 170 Mrd. Pfund (gut 670 Mrd. DM) erreicht. Damit ist Liffe die mit Abstand führende Terminbörse in Europa und die bedeutendste Terminbörse außerhalb der USA.

Gut einen Monat zuvor war an der Londoner Wertpapierbörse zum ersten Mal der Handel mit Währungsoptionen aufgenommen worden. Konkurrierend zur Liffe werden an den Londoner Stock Exchange Optionen auf Dollar-Sterling-Kontrakte *zu jeweils 12 500 Pfund Sterling* gehandelt. In Kürze wird an der Börse der Optionshandel mit Dollar-D-Mark-Kontrakten zu 62 500 DM folgen.

GROSSBRITANNIEN / Als Zielland deutscher Direktinvestitionen auf Rang zwei hinter den Vereinigten Staaten

Handel mit der Bundesrepublik kräftig gewachsen

WILHELM FURLER, London

Die deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich auch im vergangenen Jahr überdurchschnittlich positiv entwickelt. Das hat die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Großbritannien auf ihrer Jahresversammlung in London festgestellt. So ist das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern 1984 um über 18 Prozent auf fast 74 Mrd. DM angestiegen. Großbritannien hat damit seine Stellung als viertgrößter Handelspartner Deutschlands gefestigt. Gleichzeitig hielt die Bundesrepublik erfolgreich ihren zweiten Platz im britischen Außenhandel.

Jüngsten Statistiken zufolge stiegen die Importe aus Deutschland im vergangenen Jahr gegenüber 1983 von 9,666 Mrd. Pfund auf 11,090 Mrd. Pfund (rund 44 Mrd. DM). Allerdings ist der Anteil der Einfuhren aus der Bundesrepublik an den gesamten britischen Importen im vergangenen Jahr leicht von 14,6 auf 14,1 Prozent zurückgegangen, nachdem 1984 allgemein ein erheblicher Importsog in Großbritannien festzustellen war.

In der gleichen Zeit erhöhten sich die britischen Exporte in die Bundesrepublik von 6,069 auf 7,458 Mrd. Pfund (fast 30 Mrd. DM). Der Anteil der britischen Ausfuhren nach Deutschland an den gesamten britischen Exporten stieg von 10 auf 10,6 Prozent. Nur 1981 lag dieser Anteil mit 10,8 Prozent höher. Interessant ist auch ein Blick zurück auf die beiden letzten Jahre vor dem britischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft: *Zwischen 1971 und 1972 stiegen die* Einfuhren aus Deutschland von nur 678 auf 860 Mill. Pfund, der Anteil an den britischen Gesamtimporten erhöhte sich von bescheidenen 6,8 auf 7,6 Prozent. Umgekehrt nahmen die britischen Gesamtausfuhren in die Bundesrepublik von 563 auf 609 Mill. Pfund zu, während der Anteil an den britischen Gesamtausfuhren bei 6,1 Prozent verharrte.

Die positive Entwicklung hat der deutschen Kammer in London zufolge auch im ersten Quartal dieses Jahres angehalten. Gegenüber den ersten drei Monaten 1984 stiegen die Einfuhren aus der Bundesrepublik (auf cif-Basis) von 2,602 auf 3,155 Mrd. Pfund (12,5 Mrd. DM), ein Anteil an den britischen Gesamtimporten von 13,9 Prozent. Gleichzeitig kletterten die britischen Exporte nach Deutschland auf fob-Basis von 1,677 auf 2,443 Mrd. Pfund (9,65 Mrd. DM); damit kam es beim Anteil der britischen Ausfuhren nach Deutschland an den gesamten britischen Exporten zu einem Sprung von 9,9 auf zwölf Prozent.

Auch die Bilanz der Direktinvestitionen hat nach Angaben der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Großbritannien hat im vergangenen Jahr eine beeindruckende Steigerung aufgewiesen. So kam 1984 jede zweite, von Ausländern in der Bundesrepublik investierte Mark aus Großbritannien. Damit überschritt der Gesamtbestand der britischen Direktinvestitionen in Deutschland den Zehn-Milliarden-Mark-Wert. Umgekehrt investierte die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr rund eine Mrd. DM im Vereinigten Königreich, womit das Gesamtvolumen deutscher Direktinvestitionen in Großbritannien auf über sechs Mrd. DM stieg.

Die britischen Inseln liegen seit drei Jahren nach den USA an zweiter Stelle als Zielland deutscher Direktinvestitionen. Inzwischen gibt es in *Großbritannien einschließlich Nordirland* mehr als 700 deutsche Niederlassungen. Damit werden einmal mehr Befürchtungen widerlegt, deutsche Unternehmen würden sich mit ihren Investitionen in Großbritannien wegen düsterer Wachstumsaussichten und angeblich hoher Streikneigung zurückhalten.

HAGEDORN / Kapitalerhöhung aus Eigenmitteln

Günstige Entwicklung

D. SCHMIDT, Osnabrück

Die Hagedorn AG, Osnabrück, hat nach der Umstellung des Geschäftsjahres auf das Kalenderjahr durchweg befriedigende Ergebnisse erzielt. Vergleichbar gemacht wuchs 1984 der Umsatz um 4,3 Prozent auf 48,7 (46,7) Mill. DM. Einbezogen wurde dabei das Rumpfgeschäftsjahr 1983 (1. 9. bis 31. 12.). Hagedorn befaßt sich mit der Herstellung von Collodiumwolle sowie Kunststoffplatten und -folien. Zum Konzern, dessen Umsatz mit 52,7 (1982/83: 47,3) Mill. DM ausgewiesen wird, gehören die Hagedorn-Plastic GmbH und die Hanno-Sport GmbH.

Erheblich *verbessert hat sich das* Ergebnis. Der Jahresüberschuß wird mit 1,92 (0,98) Mill. DM ausgewiesen. Nach Einstellung von 0,96 (0,49) Mill. DM in die freie Rücklage ergibt sich ein Bilanzgewinn von 0,96 (0,5) Mill. DM. Der Hauptversammlung am 9. August wird vorgeschlagen, neben der unveränderten Dividende von 12 Prozent auf 2 Mill. DM einen Bonus von 2 Prozent auszuschütten und weitere 0,46 Mill. DM den Rücklagen zuzuführen. Vorgesehen ist ferner, das Grundkapital durch die Umwandlung freier Rücklagen im Verhältnis 2:1 auf 3 Mill. DM zu erhöhen.

Im Berichtsjahr investierte Hagedorn 2,18 (1,18) Mill. DM. Die Abschreibungen erreichten 1,55 (1,06) Mill. DM. Die Mitarbeiterzahl verringerte sich geringfügig auf 227 (234) Mitarbeiter. Der Exportanteil am Gesamtumsatz stieg auf 40,5 (39,5) Prozent.

In den ersten vier Monaten 1985 verzeichnete Hagedorn sowohl aus dem In- wie aus dem Ausland eine günstige Nachfrageentwicklung und insgesamt zufriedenstellende Umsätze. Der Vorstand verfolge das Ziel, das erhöhte Grundkapital mit einer „angemessenen Dividende" zu bedienen und die weitere Stärkung des Eigenkapitals nicht zu vernachlässigen.

OK TEDI / In einem Jahr mehr als fünf Tonnen Gold gefördert – Kupferabbau soll erst 1989 aufgenommen werden

Deutsche Gesellschafter befürchten „finanzielles Desaster"

dpa/VWD, Sydney

Der Glanz des Gold- und Kupferschatzes Ok Tedi in der Dschungelwildnis der Star Mountains in Papua-Neuguinea, Südostasien, ist verblaßt. 1980 hatten sich die Metallgesellschaft AG, Degussa – beide Frankfurt – und die bundeseigene Deutsche Entwicklungsgesellschaft mit der australischen Broken Hill Pty Ltd. (BHP) und der amerikanischen Amoco Oil Co. zusammengetan, um dieses Vorkommen nutzbar zu machen. Die deutschen Firmen halten zusammen 20 Prozent, das australische und das amerikanische Unternehmen je 30 Prozent und die Regierung in Papua-Neuguinea ist mit 20 Prozent beteiligt. Vor gut einem Jahr wurde mit dem Goldabbau begonnen. Seit dem kämpft das Ok-Tedi-Firmenkonsortium mit zahlreichen Schwierigkeiten.

Ok Tedi, von dem amerikanischen Kennecott-Unternehmen 1968 entdeckt und 1975 wegen Differenzen mit der Regierung aufgegeben, hat sich als eins der am schwierigsten zu erschließenden Mineralvorkommen der Welt erwiesen. Anfangs schnitt eine schwere Dürre die Baustelle zeitweilig von den Materialzulieferungen mit Lastkähnen über den Fly River ab. Dann führten tropische Regengüsse zu einem gewaltigen Bergrutsch, der den Bauplatz des Hauptabraumdammes für die giftigen Erzrückstände und Abfallsalze zerstörte. Weiter aufgehalten wurde das Projekt durch einige Unfälle mit hochgiftigem Zyanid, das in Ok Tedi zur Goldaufbereitung verwendet wird.

Die diversen, unvorhergesehenen geotechnischen Schwierigkeiten haben zu einer Erhöhung der bisher veranschlagten Erschließungskosten um rund 300 Mill. US-Dollar auf eine Milliarde Dollar geführt. Die Vollendung des Projekts einschließlich der Anlagen für die Kupfergewinnung wird voraussichtlich weitere 500 Mill. US-Dollar erfordern.

Seit der Planung des Projekts sind *die Preise für Gold und Kupfer stark* gesunken. Der Cash-flow aus der Goldgewinnung liegt wesentlich unter dem erwarteten Renditeniveau, und der Kupferabbau, der nach der anfänglichen Strategie in der zweiten Entwicklungsphase 1986 anlaufen sollte, ist derzeit nicht rentabel.

Der deutschen Seite geht es vor allem darum, mit Kupferkonzentrat aus Papua-Neuguinea langfristig die Versorgung der Kupferhütten in der Bundesrepublik sicherzustellen. Bei der Metallgesellschaft AG wird Ok Tedi jetzt aber, zusammen mit der kanadischen Kupfer-Molybdaen-Grube Highmont, als ein „finanzielles Desaster" beschrieben. Das Projekt sei *zu* groß gewesen und habe das Unternehmen „auf dem falschen Fuß getroffen", heißt es dort.

Bei Degussa sieht man Ok Tedi als „sehr teuer, aber immer noch gut" an. Ok Tedi hat bisher mehr als fünf Tonnen *Gold produziert, von denen die* Degussa mehr als die Hälfte zu lukrativen Bedingungen bezogen hat. Auch der Umfang ihrer Lieferungen von Chemikalien an Ok Tedi liegt wesentlich über den Erwartungen. Die Degussa werde bei Ok Tedi auch in der späteren Kupferphase „gern mitmachen, wenn sich die Kupfergewinnung ertragreich gestalten läßt", ließ die Unternehmensleitung wissen.

Premierminister Michael Somare betrachtet die Ok-Tedi-Partner skeptisch. Den Wunsch der Firmen, vorläufig ausschließlich das Gold abzubauen, den Kupferabbau und die Schaffung der Infrastruktur dafür aber so lange zurückzustellen, bis sich der Weltkupfermarkt erholt hat, sah seine Regierung als Indiz dafür, daß sich die Unternehmen nach der Abtragung der Goldkappe des Mount Fubilan von dem Projekt zurückziehen könnten. Eine solche Absicht wird von den Unternehmen bestritten. Die Stellung eines Ultimatums und die vierwöchige Schließung der Mine geschahen aus der Befürchtung heraus, daß ohne die Goldkappe das Kupfervorkommen für ein neues Abbaukonsortium nicht genügend attraktiv sein würde. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die *Erschließung der Kupfervorräte integraler* Bestandteil der Vereinbarungen ist und daß die Kupferkonzentration hoch genug sei, selbst bei hohen Anlaufkosten für 25 Jahre eine rentable Produktion zu gewährleisten.

Inzwischen hat die Regierung einem Kompromiß zugestimmt, der von den Ok-Tedi-Partnern bis zum 1. August durch die Unterzeichnung von Zusatzverträgen zu bestätigen ist. Die neuen Vereinbarungen erlauben den Unternehmen mit dem Kupferabbau erst 1989 zu beginnen, und zwar mit einer anfänglichen Tageskapazität von 30 000 Tonnen Erz. Die etwaige Expansion des Kupferabbaus auf 45 000 oder 60 000 Tonnen Erz pro Tag soll von einer „objektiven Wirtschaftlichkeitsprüfung" im Jahr 1987 abhängen.

ROUSSEL-UCLAF / Umsatzerfolge im Ausland erzielt

Reingewinn kräftig gestiegen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Pharmakonzern Roussel-Uclaf hat sich besser als die Branche entwickelt. Am Kapital von Roussel-Uclaf ist die Hoechst AG, Frankfurt, mit 54 Prozent beteiligt, der Rest befindet sich in Staatsbesitz. Bei einem um 17 Prozent auf 10,87 Mrd. Franc gestiegenen Umsatz erhöhte sich der Reingewinn um 30 Prozent auf 453 Mill. Franc. Im ersten Quartal dieses Jahres erreichten die entsprechenden Zuwachsraten 15,7 Prozent und 32 Prozent. Ein wesentlicher Grund dafür lag in der engen Kooperation mit dem deutschen Mehrheitsaktionär auf dritten Märkten, erklärte Vorstandsvorsitzender Edouard Sakiz vor der Presse.

Roussel-Uclaf erzielt inzwischen 70,5 (1983: 68,8) Prozent seines Umsatzes im Ausland. Die wichtigsten Kunden sind die Vereinigten Staaten, wo zusammen mit Hoechst ein eigenes Pharmawerk (HRPI) besteht, sowie Japan, Italien, Großbritannien und China, wo dank des Insektizids „Deltamethrine" in den letzten Jahren spektakuläre Geschäftserfolge erzielt wurden. In der Bundesrepublik Deutschland tritt Roussel-Uclaf mit Medikamenten nicht in Erscheinung, während Hoechst in Frankreich weitere Pharmainteressen verfolgt.

Ein Drittel des Roussel-Uclaf-Umsatzes betrifft Parfüms (Rochas), Kosmetika und Sonnenbrillen. Dieser Sektor war wegen einer zu starken Diversifizierung in die roten Zahlen geraten, befindet sich aber nach seiner Restrukturierung wieder in der Gewinnzone. Die pharmazeutischen Produkte stellten 52 Prozent des Umsatzes, im Export dagegen zwischen 70 und 85 Prozent (der Rest entfällt unter anderem auf Pflanzenschutzmittel).

Obwohl der französische Preisstopp für Medikamente die Erträge drosselte, hat der Konzern weltweit *für die Forschung 941 Mill. Franc (10* Prozent des Umsatzes) ausgegeben. Davon entfielen 12,7 Prozent auf Medikamenten-Forschung. Die Belegschaft stieg von 17 003 auf 17 266 Mitarbeiter. Davon waren in Frankreich 10 352 (10 220) Personen beschäftigt. Die Investitionen nahmen um 19 Prozent auf 569 Mill. Franc zu. In diesem Jahr sollen sie 700 Mill. Franc und die Forschungsausgaben 1000 Mill. Franc erreichen. Als Umsatzziel wurden 12 Mrd. Franc genannt.

Herr, der du die Zeit in Händen hast.

Nach kurzer, schwerer Krankheit ist

Alexander Huhn

geb. am 9. Juli 1921

am Nachmittag des 28. Juni 1985 viel zu früh von uns gegangen.

In tiefer Trauer
Elisabeth Huhn geb. Steinpass
Barbara Huhn-Gres und Joachim Gres
Alexander Huhn
zugleich für alle Verwandten und Freunde

5962 Drolshagen-Hützemert und Frankfurt am Main

Die feierlichen Exequien werden am 5. Juli 1985 um 14.00 Uhr in der St.-Clemens-Pfarrkirche zu Drolshagen gehalten.

Statt der freundlich zugedachten Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende auf das Konto Nr. 5 005 590 der Sparkasse Drolshagen, BLZ 462 500 49, zugunsten des Altenheimes St. Gerhardus in Drolshagen.

Von wohlgemeinten Beileidsbekundungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.

Das Fürbittgebet ist am 4. Juli 1985 um 19.00 Uhr in der Maria-Geburtskirche in Hützemert.

Am 28. Juni 1985 verstarb im Alter von 63 Jahren unser Geschäftsführer und Mitgesellschafter, Herr

Alexander Huhn

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die mit großer Tatkraft und Ideenreichtum entscheidend dazu beigetragen hat, daß sich unser Unternehmen zu seiner heutigen Bedeutung entwickelt hat.

Wir gedenken des souveränen Unternehmers und liebenswürdigen Menschen in Dankbarkeit und Verehrung.

Geschäftsführung, Betriebsrat, Mitarbeiter
der
Firma Heinrich Huhn GmbH + Co.

5962 Drolshagen-Hützemert

Die feierlichen Exequien werden am 5. Juli 1985 um 14.00 Uhr in der St.-Clemens-Pfarrkirche zu Drolshagen gehalten.

Statt der freundlich zugedachten Blumen und Kränze bitten wir um eine Spende auf das Konto Nr. 5 005 590 der Sparkasse Drolshagen, BLZ 462 500 49, zugunsten des Altenheimes St. Gerhardus in Drolshagen.

Von wohlgemeinten Beileidsbekundungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.

INDUSTRIEVERWALTUNG / Rendite im Anstieg

Reif zur Privatisierung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Verläßlich wie gewohnt präsentiert sich im Quartett der Bundeskonzerne die Industrieverwaltungsgesellschaft mbH (IVG), Bonn, auch mit ihrem 1984er Abschluß als guter Renditebringer für die Bundeskasse. Nach 31,4 (25,9) Mill. DM EEV-Steuern wird aus 9,2 (8,2) Mill. DM Jahresüberschuß die Dividende für 54 Mill. DM Stammkapital (in diesen Tagen durch Rücklagenumwandlung auf 73 Mill. DM erhöht) auf 16,66 (15) Prozent aufgestockt. Höher als diese Ausschüttung von 9 (8,1) Mill. DM ist im gesamten IVG-Kreis die Rücklagendotierung anzunehmen. Die wahre Ertragskraft dieses kleinsten (und feinsten) Bundeskonzerns wird erstmals der nächste Jahresabschluß enthüllen.

Nachdem nun ein gerichtliches Statusverfahren die Existenz eines unter einheitlicher Leitung stehenden und dem Mitbestimmungsgesetz unterliegenden Konzerns festgestellt hat, wird die IVG ihren Aufsichtsrat von 15 auf 20 Personen erweitern und für 1985 einen konsolidierten Abschluß mit reichlich 0,5 Mrd. DM Umsatz vorlegen.

Nebst ihren zwei „Spartengesellschaften", die ebenso wie die IVG-Holding selbst die beiden traditionellen Geschäftsbereiche Liegenschaften und Transport (Vermietung von 3500 Eisenbahnwaggons) betreiben, hat der engere IVG-Kreis 1984 rund 165 (160) Mill. DM Umsatz erzielt, abermals rund 55 Mill. DM investiert und den Netto-Cash-flow auf 42 (38) Mill. DM verbessert. Wiederum mit Schwerpunkt beim Bereich Liegenschaften sollen die Investitionen im laufenden Jahr, das die Geschäftsführung „außerordentlich optimistisch" sieht, auf 80 Mill. DM steigen und damit erst recht über die Innenfinanzierungskraft hinausgehen.

Auch diese Entwicklung unterstreicht das Sinnvolle der geplanten (Teil-)Privatisierung der IVG, für deren Vorbereitung jetzt der Bewertungsauftrag an die Wirtschaftsprüfer erteilt wird. Die Konturen dieser Privatisierung deutet die Geschäftsführung vorerst nur vage mit den Hinweisen an, daß eine IVG-Aktie gewiß mehr als 200 Prozent Emissionsagio verdiene und daß der Bund wegen der vielfältigen öffentlichen Aufgaben dieses Konzerns (u. a. Betrieb des NATO-Pipeline-Netzes im Bundesgebiet) gewiß eine mindestens 51prozentige Kapitalmehrheit behalten werde.

DEUTSCHE KRANKENVERSICHERUNG / Phase stabiler Kosten ist schneller als erwartet abgeklungen

Das Neugeschäft hat um 23 Prozent zugenommen

KARL-HEINZ STEFAN, Köln

Die Deutsche Krankenversicherung (DKV) wird, wie Vorstandsvorsitzender Hans-Georg Timmer bei der Erläuterung des Geschäftsberichts für 1984 sagte, nunmehr ebenfalls die vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) genehmigte Pflegekrankenversicherung anbieten, wenngleich Bedenken gegenüber der vom BAV geübten Praxis bestünden.

Die Aufforderung, eine solche Versicherung zu kreieren, sei ursprünglich an die privaten Krankenversicherer herangetragen worden. Dann hätten die Lebensversicherer ihre vom Aufsichtsamt offensichtlich favorisierte Pflegerentenversicherung überraschend präsentiert.

Das Amt genehmigte zwar die Musterbedingungen des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV), es bindet aber diese Genehmigung an den Verzicht auf den sogenannten Einwilligungsvorbehalt im Hinblick auf die von den Lebensversicherern angebotenen Pflegerentenversicherungen.

Dies bedeutet, daß man den gemeinsamen Abschluß einer Pflegekranken- und einer Pflegerentenversicherung nicht verhindern kann. Eine neue gigantische Kostenlawine könnte die mögliche Folge sein und, so Timmer, das subjektive Risiko einer Inanspruchnahme der Pflegeleistungen steigt. Wegen dieser Bedenken will die DKV vorerst nur eine Pflege-Tagegeldversicherung anbieten.

Den erneuten Kostenanstieg im Gesundheitswesen nannte der Vorstandsvorsitzende eine „besorgniserregende" Entwicklung, nachdem die Phase relativer Ruhe schneller als erwartet abgeklungen sei. Hierfür macht Timmer weniger die derzeit eher konstanten Arzthonorare verantwortlich. Vielmehr gab es im Berichtsjahr den wohl stärksten Einbruch im stationären Bereich, wo (je nach Tarif) die pro Person geleisteten Pflegekosten zwischen sechs und zwölf und die ärztlichen Behandlungskosten im Krankenhaus zwischen neun und 21 Prozent stiegen. Ursache seien vor allem die höheren Einweisungen ins Krankenhaus.

Trotz allem zeigte man sich im Vorstand der Deutschen Krankenversicherung – nachdem 1984 die Versicherungsleistungen der DKV gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent stiegen – mit dem Geschäftsergebnis zufrieden. Hierzu haben die wiederum beachtlich gestiegenen Kapitalerträge wesentlich beigetragen.

Der weitere konsequente Aufbau des Außendienstes spiegelt sich in den stark gestiegenen Betriebskosten wider. Das Neugeschäft hat um 23 Prozent zugenommen. Das gegenüber dem Vorjahr abgeschwächte Wachstum der Beitragseinnahmen ergab sich dadurch, daß bei der DKV in einigen wichtigen Tarifen Beitragssenkungen erfolgten und in anderen Tarifen auf Beitragserhöhungen verzichtet wurde. Von dem mit 257,7 (i. V. 347,7) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß wurden 227,9 (i. V. 311,5) Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Versicherte, die bei der DKV eine Krankheitskosten-Vollversicherung haben, erhalten wieder eine Beitragsrückerstattung, die bis zu fünf Monatsbeiträgen gestaffelt ist.

DKV	1984	± %
Beiträge (Mill. DM)	2205	+ 3,5
Aufw. f. Vers. Fälle	1528	+ 10,0
Aufw. f. Beitr.Rückerst.	242	- 25,8
Rückst. f. Beitr.Rückerst.	650	+ 10,4
Kapitalanlagen [1]	4403	+ 11,6
Kapitalerträge [2]	370	+ 8,5

in % d.verd.Beitr.	1984	1983	1982
Schadenquote [3]	69,9	65,9	69,3
Leistungsquote [4]	92,9	93,3	93,5
Kostenquote [5]	16,4	14,7	14,3

[1] inkl. Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,6 (7,7) Prozent; [3] Aufw. f. Vers. Fälle u. Erfolgsunabh. Beitr. Rückerst.; [4] Vers.-Leistung; [5] Abschluß- u. Verw. Kosten.

ADOLFF

Eigenkapitalbasis wird verbessert

WERNER NEITZEL, Backnang

„In der Textilindustrie haben wir nur eine Chance, wenn wir zu den Besten gehören." Mit dieser Feststellung begründet Kurt Joachim Kase, Vorstandsvorsitzender des Spinnerei-Unternehmens, J. F. Adolff AG, Backnang, die Absicht, die Umstrukturierung noch einige Jahre fortzusetzen. Er läßt keinen Zweifel daran, daß dazu eine weitere Verbesserung der Eigenkapitalbasis gehöre. Das in Familienbesitz befindliche Unternehmen schafft sich deshalb ein genehmigtes Kapital von 5 Mill. DM, das „zu einem gegebenen günstigen Zeitpunkt" ausgenutzt werden soll.

Im Geschäftsjahr 1984 hat Adolff seinen Umsatz um 7 Prozent auf 168,6 Mill. DM gesteigert. Dabei lag das Umsatzwachstum in der bedeutendsten Sparte, den Baumwollgarnen, bei 30 Prozent. Von der Abnehmerseite her gab es leichte Absatzeinbußen in den Heimtextil-Bereichen, die freilich durch Erfolge bei technischen Textilien und die Erschließung neuer Bekleidungsmärkte überkompensiert wurden. In der Kunststoffsparte, die knapp ein Umsatzviertel darstellt, habe der Kunstrasen „Poligras" seine starke Marktposition halten können. Die Exportquote liegt bei rund 20 Prozent.

Bei einem „wesentlich" verbesserten Betriebsergebnis weist Adolff einen Jahresüberschuß von wenig verändert 2,2 Mill. DM aus, der zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis verwendet wird. Die Eigenmittel machen 28 Prozent der Bilanzsumme aus. Investiert wurden 8,6 (12,3) Mill. DM und abgeschrieben 6,7 (5) Mill. DM. Für das laufende Jahr geht das Unternehmen, das relativ konstant gut 1100 Mitarbeiter beschäftigt, von einem Umsatzwachstum in der Größenordnung zwischen 2 und 4 Prozent aus.

NAMEN

Dr. Eberhard Reichsten, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Centralbodenkredit-AG, Köln, trat am 30. Juni, nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand.

Franz Borger (45) und **Hermann Wegner** (37) sind zu Geschäftsführern der Digital Equipment GmbH, München, berufen worden.

Dr. **Hans-Jörg Bauer** und **Uwe Breithaupt** wurden mit Wirkung vom 1. August zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern der adidas Sportschuhfabriken Adi Dassler Stiftung & Co. KG, Herzogenaurach, bestellt.

Detlev Bremkamp, Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG wurde zum Vorsitzenden des Verbandes der Sachversicherer e.V. (VdS) gewählt. **Bremkamp**, bisher stellvertretender Vorsitzender, tritt die Nachfolge des aus Altersgründen ausscheidenden Dr. **Georg Voß** an. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dr. **Walter Rieger**, Präsident der Bayerischen Versicherungskammer, berufen.

Prof. Dr. **Hans Wielens** (45), bisher Vorstandsvorsitzender der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH, Mainz, trat am 1. Juli sein neues Amt als Vorstandsmitglied der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank eG (WGZ-Bank), Münster, an.

Heinz Sarkowski, Verlagsdirektor des Springer-Verlags Berlin – Heidelberg – New York – Tokio, wird am 4. Juli 60 Jahre alt.

Dr. **Manfred Gentz**, Mitglied des Vorstands der Daimler-Benz AG, Stuttgart, wurde in den Aufsichtsrat der Hannoverschen Lebensversicherung a.G. gewählt.

Dr. **Werner A. Müller** hat zum 1. Juli die Leitung des Physica-Verlages, seit 1983 ein Tochterunternehmen des Springer-Verlags Berlin – Heidelberg – New York – Tokio, übernommen. **Arnulf Liebing**, der auch in den zwei Jahren seit der Übernahme durch Springer für den Verlag verantwortlich war, hat sich zum selben Zeitpunkt aus der Verlagsleitung zurückgezogen.

Dr. **German Paul** und Dr. **Michael Schneider**, stellvertretende Vorstandsmitglieder der Münchner Süd-Chemie AG, sind mit Wirkung vom 1. Juli zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt worden.

Dr. **Ulrich Ost** (60), Vorstandsmitglied der Patrizier Bräu AG, Nürnberg, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 zum Sprecher des Vorstandes berufen worden.

Günter Hirschfelder (55) wurde am 1. Juli Vorstandsvorsitzender der Veba Kraftwerke Ruhr AG, Gelsenkirchen. Er löst **Hans Koch** (65) ab, der Ende Juni aus Altersgründen in den Ruhestand ging.

Klaus-Erhard Schewe, bisher Hertie-Einkaufsdirektor, (41) wechselt in die zentrale Geschäftsleitung der Tengelmann-Gruppe, Mühlheim.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Schnitte auch im Ausland

Fürth (Wb.) – Die Grundig AG, in deren inländischen Werken die Sanierung mit dem Verlust von mehr als 2500 Arbeitsplätzen bereits in vollem Gange ist, hält „erhebliche Personalreduzierungen" auch in den Auslandsbetrieben generell für unumgänglich. Lediglich das Fernsehgerätewerk Wien wird weiter ausgebaut. Beziffert wird der Personalabbau bislang nur für das portugiesische Werk, in dem eine Reduzierung um 1000 auf 2200 Mitarbeiter vorgesehen ist. Grundig hat den Konzernumsatz 1984/85 (31. 3.) um 2 Prozent auf 2,83 Mrd. DM gesteigert. Der Verlust ist noch nicht festgestellt, wird aber in Höhe von 185 (286) Mill. DM erwartet. Die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres brachten eine leichte Umsatzsteigerung.

Erfolgreiches Halbjahr

München (sz.) – Eine unverändert gute Geschäftsentwicklung verzeichnete die Süd-Chemie AG, München, im ersten Halbjahr 1985. Gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit nahm der Umsatz um 12 Prozent zu, woran fast alle Sparten beteiligt sind. Das Auslandsgeschäft brachte ein Plus von 13,5 Prozent; als erfreulich wird auch das Inlandswachstum von 10,5 Prozent bezeichnet. Investiert werden sollen 1985 in Erweiterungs- und Enegieeinsparungsmaßnahmen rund 20 (14) Mill. DM.

Weitere Anteile bei AEG?

Wilhelmshaven (dos) – Auch der Frankfurter Elektrokonzern AEG hat jetzt Meldungen bestätigt, nach denen ernsthaft über den Erwerb weiterer Anteile an dem Büromaschinen-Hersteller Olympia-Werke AG in Wilhelmshaven verhandelt wird. Entsprechende Überlegungen hatte in der vergangenen Woche bereits Marcus Bierich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, angedeutet. Am Olympia-Grundkapital von 130 Mill. DM sind die AEG mit 51 Prozent und die Gesellschaft für Elektrowerte mbH (GfE), Frankfurt, mit 49 Prozent beteiligt. An der Beteiligung der GfE wiederum hält Bosch 40 Prozent. Ob die anderen GfE-Partner (Dresdner Bank, Deutsche Bank, Westdeutsche Landesbank) sich ebenfalls von ihren Anteilen trennen wollen, ist offen.

Steigenberger wird AG

Frankfurt (VWD) – Der Hauptversammlung am 30. August wird die Umwandlung der A. Steigenberger Hotelgesellschaft KGaA in eine Aktiengesellschaft vorgeschlagen. Damit wird einem Anfang 1985 bekanntgewordenen Wunsch des verstorbenen persönlich haftenden Gesellschafters Egon Steigenberger entsprochen. Vom Steigenberger-Kapital von sechs Mill. DM wurden zuletzt nur noch ein Prozent von freien Aktionären, 98 Prozent von der Familie und knapp ein Prozent von der Bethmann-Bank gehalten.

Lufthansa bestellt Boeing

Hamburg (dpa/VWD) – Zwei Tage nach dem Vertrag zwischen der europäischen Airbus Industrie und der Lufthansa über 50 neue Airbus-Flugzeuge hat die deutsche Fluggesellschaft einen neuen Großauftrag mit einem Volumen von rund 500 Mill. Dollar (1,6 Mrd. DM) erteilt. Die Lufthansa bestellte zehn Flugzeuge des neuen Typs Boeing 737-300 und gab außerdem Optionen für zehn weitere Maschinen dieses zweistrahligen Kurz- und Mittelstreckenjets ab. Damit hat die Lufthansa endgültig die Weichen für die 90er Jahre gestellt und sich auf die beiden führenden Hersteller im Weltluftverkehr, Boeing und Airbus Industrie, konzentriert. Die Maschinen sollen ab August 1986 ausgeliefert werden.

Neue Struktur beim Garnhersteller Mez

dpa/VWD, Freiburg

Die Mez AG, Freiburg, spinnt in Europa neue Fäden. Mit einer Neustrukturierung des Unternehmens will der Garnhersteller weitere europäische Absatzmärkte der Muttergesellschaft Coats Patons, Glasgow, integrieren, das Sortiment vereinheitlichen und gleichzeitig die Produktion modernisieren, erklärte das Unternehmen bei der Vorlage seines Geschäftsberichts 1984. Die Einführung neuer und die Ablösung alter Produkte hat 1984 in der AG zu einem Umsatzrückgang um fünf Prozent auf 106,5 (112,4) Mill. DM geführt.

Die Investitionen wurden mit 23 (12,8) Mill. DM fast verdoppelt. Sie flossen in den Aufbau des Werkes Kenzingen für die Fertigung und Lagerung von Haushalts-Nähgarnen und Handarbeitsgarnen sowie in den Ausbau des Werkes Bräunlingen für Industrie-Nähgarne. Die Beschäftigtenzahl der Mez AG einschließlich der für die Seiden- und Garn-GmbH tätigen Mitarbeiter wurde auf 1059 (1105) abgebaut.

Die zum Mez-Konzern gehörende Dynacast Deutschland GmbH, Freiburg, die mit 90 Mitarbeitern Präzisionsteile im Druckgußverfahren herstellt, hat ebenso wie die Beteiligungsfirma William Prym-Werke GmbH + Co. KG sehr gute Ergebnisse erzielt. Die Mez-Beteiligungserträge stiegen auf 11,5 (5,8) Mill. DM. Der Konzernumsatz belief sich auf 123,2 (126,) Mill. DM.

Die mit 15,5 (7,6) Mill. DM hohen Abschreibungen auf Sachanlagen sowie einmalige außerordentliche Aufwendungen führten zu einem Rückgang des Jahresüberschusses 1984 auf 2,44 (6,6) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 2,47 (6,43) Mill. DM werden sechs (16) Prozent Dividende auf unverändert 40 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet. Großaktionäre des Freiburger Garnherstellers sind Coats Patons und deren Tochter J.+P. Coats, Glasgow, sowie mit mehr als 25 Prozent die ebenfalls zur Coats Patons-Gruppe gehörende Jäger Fashions GmbH, Freiburg.

CHINA / Hochrangige Gesprächspartner haben die besten Chancen für Abschlüsse

Geduld ist ein Erfolgsgeheimnis

FLORIAN NEHM, Bonn

Wie nimmt ein deutsches Unternehmen mit chinesischen Kunden am besten Verbindung auf? Nach Ansicht erfahrener China-Kaufleute sind hier technische Artikel, in denen das anbietende Unternehmen erwähnt wird, und mit Antwortkarten versehene Anzeigen in englisch- und chinesischsprachigen Fachzeitschriften immer noch der fruchtbarste Weg.

So empfiehlt Eckard Garms, Vertriebsbeauftragter für China der Industriewerke Karlsruhe-Augsburg, immer auch eine Adresse in China anzugeben, denn chinesische Firmen schreiben ungern ins Ausland.

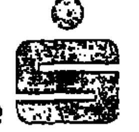
„Plötzlich stand ein Firmenmann aus der Provinz mit Unterlagen unterm Arm vor unserer chinesischen Vertretung und wollte nähere Informationen", sagt Jin Lin Pai, stellvertretender Direktor der Goetze AG, Burscheid. Sein Unternehmen machte die Erfahrung, daß direkte Briefe an in Frage kommende Kunden schon bald zur Kontaktaufnahme führten. Anschriften chinesischer Firmen und Provinzverwaltungen hält die chinesischen Botschaft bereit.

Seit der außenwirtschaftlichen Öffnung des chinesischen Marktes im Jahre 1979 nahm der deutsch-chinesische Warenverkehr mit Ausnahme der Annullierung von Großprojekten Anfang 1981 kontinuierlich zu und erreichte 1984 ein Volumen von 5,4 Milliarden DM. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland in Europa Chinas größter und nach den USA, Japan und Hongkong; weltweit Chinas viertgrößter Handelspartner. Rund 800 chinesische Wirtschaftsdelegationen kamen im vergangenen Jahr in die Bundesrepublik um sich in deutschen Betrieben umzusehen.

Große Chancen und Vorteile birgt nach Auffassung Gerd Helms', Direktor der Lurgi-Gesellschaften, Frankfurt, die in China eingeleitete Verlagerung der Wirtschaftsbefugnisse in die Provinzen und die für ausländische Investitionen begünstigten Wirtschaftszonen. „Vertragsabschlüsse erfolgen jetzt schneller."

Als „sehr schlau bis schlitzohrig" bezeichnen China-Experten die Verhandlungsfähigkeiten ihrer chinesischen Partner. Überhaupt ist für China-Kenner „Geduld" die wichtigste Tugend. Weil asiatische Geschäftsleute im Rang ihres Partners ein Zeichen seiner Ernsthaftigkeit sehen, gewinnen hochranginge Firmenvertreter ihr Vertrauen am ehesten.

Wenn deutsche Firmen nur mit einer kleinen Delegation anreisen, laufen sie Gefahr, wertvolle Zeit zu verlieren. Denn sollte es darum gehen, über Nacht ein neues Angebot vorzulegen, was nicht selten verlangt wird, gewinnen japanische Delegationen mit Vertretern aller relevanten Bereiche ihres Unternehmens, einen entscheidenden Vorsprung.



Peter Schier-Gribowsky

* 29. Juni 1916 † 30. Juni 1985

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse
und des Österreichischen Ehrenkreuzes
für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse

Es ist für uns unfaßbar, daß uns seine sorgende Liebe nicht mehr umgibt.

Gisela Schier geb. Schäfer
Gideon Schier

2000 Wedel, Wespenstieg 15

Beerdigung am Freitag, dem 5. Juli 1985, um 10 Uhr von der Kapelle des Waldfriedhofes Wedel, Gnäterkuhlenweg.

HARPENER AKTIENGESELLSCHAFT
Dortmund

– Wertpapier-Kenn-Nummer 603 400 –

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 1. Juli 1985 wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von

DM 11,00 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,00

auszuschütten.

Die Auszahlung erfolgt ab sofort gegen Einreichung des **Gewinnanteilscheins Nr. 24** (Ausgabe Dezember 1971) unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer bei folgenden Zahlstellen:

Berliner Handels- und Frankfurter Bank (Zentraleinlösungssstelle)
Bayerische Vereinsbank AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Stadtsparkasse Dortmund
Westdeutsche Landesbank
Westfalenbank AG
Gesellschaftskasse in Dortmund, Voßkuhle 38

Mit der Dividende ist für unbeschränkt steuerpflichtige Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 (= 56,25%) der Dividende verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet bzw. erstattet.

Unbeschränkt steuerpflichtige Aktionäre, die eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes vorlegen, erhalten die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich des Steuerguthabens laut KStG ausgezahlt.

Dortmund, den 2. Juli 1985 Der Vorstand

Harpener Aktiengesellschaft
Dortmund
Zusammengefaßter Jahresabschluß

Bilanz zum 31. Dezember 1984

AKTIVA	TDM
Sachanlagen	39 288
Beteiligungen	145 058
Langfristige Ausleihungen	36 474
Vorräte	3 921
Flüssige Mittel und Wertpapiere	143 583
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzung	87 836
	456 160

PASSIVA	TDM
Grundkapital, Rücklagen	164 600
Sonderposten mit Rücklageanteil	122 368
Rückstellungen	70 229
Verbindlichkeiten mindest. 4 Jahre	32 606
Andere Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzung	38 285
Bilanzgewinn	28 072
	456 160

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr 1984

	TDM	TDM
Umsatzerlöse		206 052
Stoffaufwand und Fremdleistungen		150 090
Rohertrag		55 962
Erträge aus Beteiligungen	23 805	
Zinserträge abzügl. Zinsaufwendungen	10 736	
Erträge aus Anlagenabgang	66 862	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	529	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	78 964	
Sonstige Erträge	6 240	187 136
		243 098
Personalaufwendungen	24 931	
Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	77 898	
Steuern	31 040	
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil und in freie Rücklagen	64 955	
Sonstige Aufwendungen	16 204	215 026
Bilanzgewinn		28 072

Der vollständige Jahresabschluß und der vollständige Teilkonzernabschluß der Harpener Aktiengesellschaft werden voraussichtlich im Juli 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie tragen die uneingeschränkten Bestätigungsvermerke der Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln.

Gemäß Beschluß der Hauptversammlung vom 1. Juli 1985 wird der Bilanzgewinn in Höhe von 28 072 000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 22% verwendet, das sind *11.- DM je Aktie im Nennwert von 50.- DM.*

Deutsche Texaco AG, Hamburg



Jahresabschluß zum 31. Dezember 1984 (Kurzfassung) – in Tausend DM –

Teilkonzern-Bilanz

AKTIVA	1984	1983
Sachanlagen	783.979	680.918
Finanzanlagen	298.469	272.827
Vorräte	808.789	895.556
Flüssige Mittel	81.523	241.832
Wertpapiere	102.519	102.519
Forderungen	805.098	651.932
Rechnungsabgrenzungsposten	7.877	9.575
	2.888.254	2.855.159

PASSIVA	1984	1983
Grundkapital	500 000	500.000
Rücklagen	191.630	191.630
Ausgleichsposten aus der Konsolidierung und für Anteile in Fremdbesitz	5.299	1.084
Sonderposten mit Rücklageanteil	255.426	381.099
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	19.989	16.039
Rückstellungen	1.042.803	937 632
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	2.847	8.097
Andere Verbindlichkeiten	847.280	775.807
Rechnungsabgrenzungsposten	683	1 117
Konzerngewinn	22.495	42.674
	2.888.254	2.855.159

Teilkonzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	1984	1984	1983	1983
Umsatzerlöse				
Bruttoumsatzerlöse	12.508.384		10.670.483	
darin enthaltene MwSt.	1.298.448	11.209.936	1.070.624	9.599.859
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		./. 50.331		./. 2.524
Andere aktivierte Eigenleistungen		24.366		23.237
Gesamtleistung		11.183.971		9.620.572
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		7.484.751		6.445.242
Rohertrag		3.699.220		3.175.330
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und aus Beteiligungen an nicht in den Konzern-Abschluß einbezogenen Unternehmen	26.419		20.024	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31.577		33.883	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	148.237		129.073	
Übrige Erträge	188.347	394.580	148.903	331.883
Übertrag:		4.093.800		3.507.213

	1984	1984	1983	1983
Übertrag:		4.093.800		3.507.213
Personalaufwendungen	415.486		393.277	
Abschreibungen	213.885		178.194	
Steuern 1)	2.853.541		2.444.467	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	21.659		17.765	
Übrige Aufwendungen	540.689	4.045.020	402.881	3.436.584
Jahresüberschuß		48.780		70.629
Verlustvortrag einbezogener Konzernunternehmen		26.326		27.953
		22.454		42.676
Entnahmen aus offenen Rücklagen 2)		58		–
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen 3)		17		2
Konzerngewinn		22.495		42.674

Bilanz der Deutsche Texaco AG

AKTIVA	1984	1983
Sachanlagen	727.937	677.859
Finanzanlagen	429.020	278.417
Vorräte	808.369	890.323
Flüssige Mittel	79.529	234.888
Wertpapiere	102.519	102.519
Forderungen	706.108	673.839
Rechnungsabgrenzungsposten	6.023	6.931
	2.859.505	2.884.776

PASSIVA	1984	1983
Grundkapital	500.000	500 000
Rücklagen	191.630	191.630
Sonderposten mit Rücklageanteil	254.268	380.699
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	17.580	15.591
Rückstellungen	999.890	922.316
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	2.847	8.097
Andere Verbindlichkeiten	865.624	776.333
Rechnungsabgrenzungsposten	666	1.110
Bilanzgewinn	27.000	69.000
	2.859 505	2.884.776

Gewinn- und Verlustrechnung der Deutsche Texaco AG

	1984	1984	1983	1983
Umsatzerlöse				
Bruttoumsatzerlöse	12.166.203		10.608.996	
darin enthaltene MwSt.	1.154.051	11.012.152	1.056.786	9.552.210
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		./. 45.138		./. 5.351
Andere aktivierte Eigenleistungen		17.596		17.001
Gesamtleistung		10.984.610		9.563.860
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		7.429.809		6.420.811
Rohertrag		3.554.801		3.143.049
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und aus Beteiligungen	25.734		27.577	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.601		33.783	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	148.090		129.042	
Übrige Erträge	175.167	379.592	140.624	331.026
Übertrag:		3.934.393		3.474.075

	1984	1984	1983	1983
Übertrag:		3.934.393		3.474.075
Personalaufwendungen	387.728		370.375	
Abschreibungen	205.847		178.020	
Steuern 1)	2.762.829		2.443.621	
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	21.859		17.765	
Übrige Aufwendungen	549.330	3.907.393	395.294	3.405.075
Jahresüberschuß/Bilanzgewinn		27.000		69.000

Hamburg, im März 1985

1) davon im Rahmen von Lohnverarbeitungskosten an uns weiterberechnete Mineralölsteuer T-DM 474.652 (LVJ T-DM 445.666)
2) im Ausgleichsposten verrechnet T-DM 58 (LVJ T-DM 0)
3) im Ausgleichsposten verrechnet T-DM 17 (LVJ T-DM 2)

Der vollständige Jahresabschluß und der Teilkonzern-Abschluß tragen die uneingeschränkten Prüfungsvermerke der Abschlußprüfer und sind dem Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht.

Verwendung des Bilanzgewinns

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 1985 hat beschlossen, den Bilanzgewinn der Deutschen Texaco AG von DM 27.000.000 zur Ausschüttung einer Dividende von DM 2,70 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– zu verwenden.

Die Dividende wird ab sofort gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 4 unserer Aktien unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer bei einer der folgenden Banken ausgezahlt:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank AG
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Länderbank AG

in Hamburg, Berlin, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Köln, Mannheim, München, Saarbrücken, Stuttgart

Mit der Ausschüttung ist für unbeschränkt steuerpflichtige inländische Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet bzw. vergütet wird.

Aufsichtsrat:
Dr. Alfred Herrhausen, Vorsitzender; Hans Hörmann, stellv. Vorsitzender; William S. Barrack, Jr., Wolfgang Baumhöver, Adolf Braasch, Wilhelm Brenneke, Dr. Walter Cipa, Dr. Christoph von der Decken, Hans-Georg Goethe, Paul B. Hicks, Jr., Werner Karstens, Wilhelm Kuch

Vorstand:
Dr. Armin Schram, Vorsitzender; Dr. Peter Koch, stellv. Vorsitzender; Dr. Dieter Dräger, Claus Groth, Ernst-Helmut Ladebeck, Hans-Joachim Schmincke

Hamburg, im Juli 1985 Der Vorstand



Wie man bestes Barrengold noch verbessern kann.

Den Erwerb von Gold sollte man heute unter dem Aspekt der Sicherheit sehen – als Versicherung, die Ihre persönliche Finanzkraft und Unabhängigkeit in alle Zukunft erhält. Genauso wie hochwertige Goldreserven (995/1000 Gold oder reiner) den Staatsbanken der Welt zur Absicherung des Staatsvermögens dienen.

Eine Versicherung ist natürlich immer nur so gut wie das, was dahintersteht. Deshalb sollten Sie sich von den Vorteilen von Gold-Maple-Leaf-Münzen aus Kanada überzeugen.

Kanadas Gold-Maple Leaf wird in der ganzen Welt anerkannt, deshalb kann man ihn ohne teure Reinheitsanalysen wieder veräußern. Sie bezahlen zwar bei der Anschaffung einen kleinen Handelsaufschlag, bekommen jedoch beim Wiederverkauf einen Teil davon zurück. Kanadas Gold-Maple Leaf ist die Münze mit dem höchsten Reinheitsgehalt. Er hat einen Feingoldgehalt von 999,9/1000, enthält keinerlei Legierungsmetalle, die ohnehin nur das Gewicht und nicht den Wert steigern, und er garantiert mit jeder Münze eine volle Unze reinsten kanadischen Goldes.

Die kanadische Regierung, die den Gold-Maple Leaf herausgibt, steht voll für diese Garantie ein. Zum einen durch die Einprägung des Staatssymbols, des Ahornblattes – zum anderen durch die Anerkennung des Gold-Maple Leafs als gesetzliches Zahlungsmittel eines stabilen, unabhängigen und freien Landes.

Den Wert Ihrer „Vermögensabsicherung" können Sie täglich dem Wirtschaftsteil der Tagespresse entnehmen: er entspricht pro Gold-Maple Leaf der Tagesnotierung für eine Unze Gold.

Warum also wollen Sie Ihr Vermögen nicht genauso absichern wie die Staatsbanken? Durch Gold, dessen Herkunft und Reinheit garantiert ist – durch den Gold-Maple Leaf aus Kanada.



1/4 Unze 1 Unze 1/10 Unze

Gold-Maple Leaf. Für Reinheit gibt es keinen Ersatz.

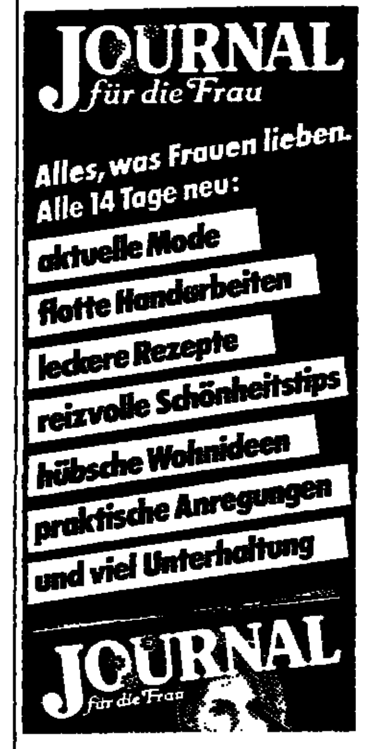
Den Gold-Maple Leaf bekommen Sie bei den meisten deutschen Banken und Sparkassen.

Aufsteiger gesucht

Hier finden Sie keine „Rolltreppe" zum Erfolg, aber Unterstützung von Stufe zu Stufe, wenn Sie zeigen, daß Sie – als gelernter Einzelhandelskaufmann mit einigen Jahren Berufserfahrung – weiter wollen und können. Diese Aufstiegsmöglichkeiten bietet ein Kaufhaus-Unternehmen (100 Häuser) in den Fachbereichen Lebensmittel, Textilien oder Hartwaren. Nachwuchskräfte für Führungsaufgaben im Verkauf haben dadurch eine Chance zur systematischen Berufsplanung.

Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 6. Juli, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.



Gebt den Kindern eine Zukunft

Millionen von Kindern in der Dritten Welt leben ohne Aussicht auf eine Zukunft. Sie haben weder ein Zuhause, noch ausreichendes Essen, weder ärztliche Betreuung, noch Ausbildungsmöglichkeiten.

Darum bitten wir Sie:
Unterstützen Sie das Förderungsprogramm für Kinder und Jugendliche der Deutschen Welthungerhilfe! Mit einem Ernährungsgutschein zu 240,- DM können Sie ein Kind in einer Kindertagesstätte o.ä. ein Jahr lang ausreichend mit Nahrung versorgen. Mit einer Heimplatzpatenschaft zu 480,- DM im Jahr können Sie ein Kind in einem Waisenhaus o.ä. mit Nahrung, Kleidung, ärztlicher Betreuung und Ausbildungsmöglichkeiten versorgen.

Zum Beispiel das Jungenheim in Bacolod auf den Philippinen:
Mit Hilfe des Förderungsprogramms für Kinder und Jugendliche wurden schon über 600 verwaiste Jungen in diesem Heim unterstützt. Sie fanden dort nicht nur ein Zuhause, sondern konnten in heimeigenen Werkstätten auch einen Beruf erlernen...

...sie haben eine Zukunft.

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE
Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1
Spendenkonto:
111 Postgiroamt Köln, Sparkasse Bonn, Volksbank Bonn, Commerzbank Bonn
Stichwort: Ernährungsgutschein (240 DM)
Stichwort: Heimplatz-Patenschaft (480 DM)

Wir danken für den kostenlosen Abdruck dieser Anzeige.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Martin Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

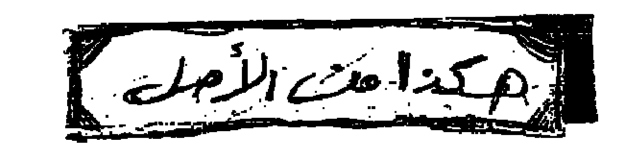
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





Renten weitgehend freundlich.

Auf dem Rentenmarkt setzte sich eine freundlichere Tendenz durch. Bei den öffentlichen Anleihen führte sie zu Kursanhebungen bis zu 0,35 Prozentpunkte. Zwischen ihren Renditen und denen der Pfandbriefe klafft weiterhin eine Lücke, die auf die Auslandskäufe bei den Bundesanleihen zurückzuführen ist. Der Abfluß im 10jährigen Laufzeitbereich ist überall stockend. Anlageinteresse besteht allenfalls für Papiere mit Laufzeiten bis zu sechs Jahren. Hier sind noch für Großanleger Renditen von sieben Prozent und etwas mehr erzielbar.

M 6½ dgl. Pf 5	95,5G	95,5G
M 6½ dgl. Pf 12	95G	95G
M 7 dgl. Pf 20	100,75G	100,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B 7 dgl. Pf 31	100,75	100,5G
B 6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B 6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	110G	110G
Hn 7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn 7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn 6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn 7 dgl. KS 30	101,45G	101,45G
D 5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D 5 dgl. Pf 54	116G	116G
D 6 dgl. Pf 109	84G	84G
D 6½ dgl. Pf 123	95G	95G
D 6½ dgl. Pf 141	95G	95G
D 7 dgl. Pf 143	99G	99G

D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	98,75G	98G
D 6½ dgl. Pf 67	91,5G	91,5G
D 5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 109	77G	77G
S 7 dgl. Pf 125	101,5G	101,5G
S 7 dgl. Pf 128	97G	97G
S 8 dgl. Pf 177	101G	101G
S 6 dgl. KS 77	86G	86G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	91,45G	91,45G
Br 5½ dgl. Pf 45	91G	91G
Br 6 dgl. Pf 56	86,25G	86,25G
Br 7 dgl. Pf 61	96,1G	96,1G
Br 8 dgl. Pf 70	102,2G	102,2G
Br 9 dgl. Pf 68	100G	100G

F 7½ dgl. 71	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 76	100,85T	100,75G
F 7½ Klöckner W. 71	101,25G	101,25bB
F 8 dgl. 72	102T	102,1
F 6 NWK 61	99,9G	99,9G
F 6 dgl. 62	99,3G	99,25
F 6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6bG	98,5G
F 6 Rh.Braw. 63	97,8G	97,7G
F 6 dgl. 65	98G	98T
F 6 RWE 63	99,1T	99T
F 6 dgl. 65	97,85T	97,75G
F 7½ dgl. 71	-Zbg	-Zbg
F 7 dgl. 72	100T	100G
F 6 Rh.-M.-Don. 62	99,95G	99,95G
F 6½ dgl. 68	102,3G	102,3G
F 8 Schleswag 71	100,6G	100,6G
F 7½ Thyssen 71	100,25T	100,25T
F 8 dgl. 72	100,6G	100,6
F 7½ dgl. 77	100G	100G

Bundesbahn

F 7½ dgl. 84 S.49	10/89	103,2	103,1
F 7¼ dgl. 84 S.50	11/89	102,3	102,1
F 7 dgl. 84 S.51	12/89	101,3	101,25
F 6¾ dgl. 84 S.52	2/89	100,55	100,25
F 7¼ dgl. 85 S.53	90	101,95	100,85bG
F 7 dgl. 85 S.54	90	101	100,9
F 7 dgl. 77	2/87	101,6	101,6

M 5 Bayer.Hypo Pf 33	124,5G	124,5G
M 5½ dgl. Pf 11	138G	138G
M 6 dgl. Pf 34	82G	82G
M 6 dgl. KO Pf 50	100G	
M 6½ dgl. Pf 10	89G	89G
M 4 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Anfb. IS 15	100bG	100G
M 6 dgl. IS 16	99,45G	99,45G
M 6 dgl. IS 17	99,5G	99,5G
M 8½ dgl. KO 49	100,35G	100,35G
M 8½ dgl. KO 48	100,2G	100,2G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	101,8G	101,8G
M 5 Bayer.Verbk. Pf 11	122,5G	122,5G
M 6 dgl. Pf 4	96,5G	96,5G

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee schwächer notierte, konnte Kakao zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	28.6.	27.6.
Juli	320,00	320,00
Sept.	325,25	325,25
Dez.	329,25	329,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	28.6.	27.6.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	244,69	244,69
Amber Durum	222,99	222,99

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	119,70	119,70
Okt.	124,00	124,00

Kakao New York ($/t)	28.6.	27.6.
Terminkontr. Juli	2016	1981
Sept.	2020	1995
Dez.	2085	1971
Umsatz	3464	1720

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,35	2,47
Sept.	2,84	2,85
Okt.	2,94	2,94
Jan.	3,26	3,18
März	3,61	3,58
Umsatz	–	9825

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	28.6.	27.6.
Terminkontr. Juli	141,90	141,90
Sept.	144,10	144,10
Dez.	145,55	145,55

Aktien nicht ganz einheitlich

Aber weiterhin Interesse für Bankwerte

DW. – Die Woche begann am Aktienmarkt mit einer Konsolidierungsphase. Das Ende der Beiruter Geiselaffäre wirkte sich auf die Tendenzbildung nicht aus, was deshalb nicht überraschte, weil sie sich vorher auch nicht als Belastungsfaktor erwiesen hatte. Die in manchen Papieren nachgebenden Notierungen gingen auf Verkäufe des Berufshandels zurück. Da gleichzeitig das Volumen der Auslandskaufaufträge rückläufig war, blieben Kursabschläge nicht aus. Sie erreichten jedoch nirgends einen nennenswerten Umfang.

Bei den Bankaktien konnten sich die teilweise kräftig heraufgesetzten vorbörslichen Kurse nicht durchsetzen. Immerhin blieb aber bei der Commerzbank ein kleines Plus übrig. Die Aktien der Deutschen Bank litten ebenso wie Siemens unter den geringeren Auslandskäufen. Da sich die Börsengerüchte über eine engere Zusammenarbeit zwischen der Dresdner Bank und der Allianz Versicherung offensichtlich nicht zu bewahrheiten scheinen, gab es sowohl bei der Dresdner Bank als auch bei der Allianz kursdrückende Gewinnmitnahmen. Als bemerkenswert stabil erwiesen sich weiterhin die Titel der Großchemie, die an der letzten heißen Hausse-Phase kaum noch teilgenommen hatten. Auch Schering konnten sich gut behaupten. Lebhaft blieb die Nachfrage nach Conti-Gummi, steigende Kurse aber auch bei Kali und Salz. Von den Maschinenbauwerten wurden Linde bevorzugt.

Frankfurt: Bilfinger gaben um 5 DM, Binding um 4,50 DM und Henninger um 5,30 DM nach. Altana erholten sich um 6 DM, Buderus um 10 DM, Degussa um 3,50 DM und Chemieverwaltung um 5 DM. Pfaff befestigten sich um 4 DM.

Düsseldorf: Gehe und Gerresheimer Glas zogen um 3 DM, Girmes um 3,50 DM an. Dt. Atlanten verbesserten sich um 10 DM, VDN um 12 DM undRhein. Textil um 15 DM. Dyckerhoff gaben um 4,50 DM und Rheag um 13 DM nach. Stinnes fielen um 10 DM und Sternbräu um 50 DM.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 3 DM und Phoenix Gummi um 4,50 DM zurückgenommen werden. Von Versorgungswerten gingen HEW mit minus 1,10 DM und NWK Vz. mit minus 2 DM aus dem Markt. Schwächer tendierten Haller Meurer mit minus 5 DM. Triton wurden mit plus 9 DM bezahlt.

Berlin: Kempinski konnten sich um 5,50 Dm, Bergmann um 5 DM und Engelhardt um 3 DM gut behaupten. Herlitz Vz. und Lehmann verbesserten sich um je 2 DM. Detewe und Schering gaben um je 5 DM und Heritz St. um 4 DM nach. Berliner Elektro und DUB-Schultheiss lagen um je 1 DM leichter.

München: Aigner verminderten sich um 2 DM, Agrob St. um 10 DM und Audi AG um 3 DM. Deckel konnten sich um 6,50 DM, Hutschenreuther um 7 DM, Leonische Draht um 35 DM und Wanderer um 8 DM befestigen.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 200,31 (201,2)

WELT-Umsatzindex: 4356 (5490)

Optionshandel

... 1-320/44, 4-330/65, Alcan 1-75/10, IBM 1-400/27, Norsk Hydro 10-35,4, 1-40/3,1, Philips 10-50/3,8, 10-55/2, 1-45/8,8, 1-50/5,5, 1-55/3,8, Sperry 1-170/18, 1-180/15, Verkaufsoptionen: AEG 10-130/2,3, 10-140/5, 1-130/4, 1-140/8, BASF 10-220/4, 1-220/8, Bayer 10-220/3, 1-220/5,3, BBC 10-230/5, BHF 10-320/5,9, 1-320/11,4, Bay. Hypo 1-340/13,4, BMW 10-410/5,1, Bay. Vereinsbk. 1-360/6, Commerzbk. 10-190/3, 10-200/7, 1-200/7,4, Conti 10-150/4, 1-150/6, Daimler 1-800/9,8, 1-810/14, 1-830/24,2, Deutsche Bk. 10-570/11,1, Dresdner Bk. 10-240/6,9, 1-220/6, 1-240/6,4, Hoechst 10-220/1,9, 1-220/5, Karstadt 1-220/4,4, KHD 10-270/5, Klöckner 10-70/3,9, Linde 10-500/8, Mercedes 10-710/5, Mannesmann 10-180/2, 1-180/5, Preussag 1-270/2,5, Siemens 10-560/6, 10-570/12, Thyssen 10-110/2,2, 1-110/3,65 Veba 1-200/2,5, VW 10-300/6,5, 10-310/11, 10-320/16, 1-300/13,9, Philips 1-50/5,1.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1. 7. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7½–7¾	5⅝–5¾	5½–5⅝
3 Monate	7⅝–7⅞	5⅝–5¾	5⅛–5⅜
6 Monate	7⅞–8	5½–5¾	5⅛–5⅜
12 Monate	8⅛–8⅜	5⅝–5⅞	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. 7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1365,00	1738,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1270,00	1524,75
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	231,00	274,74
1 £ Sovereign Elizabeth II.	217,75	271,04
20 belgische Franken	169,25	221,45
10 Rubel Tscherwonez	229,00	288,42
2 südafrikanische Rand	214,25	265,91
Krüger Rand, neu	965,25	1140,29
Maple Leaf	970,00	1145,70
Platin Noble Man	821,50	976,41

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	221,75	283,58
20 schweiz. Franken „Vreneli"	171,00	223,44
20 franz. Franken „Napoléon"	171,00	223,44
100 österr. Kronen (Neuprägung)	894,25	1083,29
20 österr. Kronen (Neuprägung)	177,75	225,44
10 österr. Kronen (Neuprägung)	92,50	122,55
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	416,25	508,73
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	97,50	133,95

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Brüssel

	1.7.	28.6.
Arbed	1720	1700
Brux. Lambert	1895	1875
Cockerill Ougrée	207	214
Ebes	2950	2915
Gevaert	3675	3900
Kreditbank	8800	8700
Pétrofina	5670	5650
Soc. Gén. d. Belg.	1830	1820
Sofina	7220	7270
Solvay	4285	4275
UCB	5250	5250
Index	2321,02	2314,71

Singapur

	1.7.	28.6.
Cycle + Car.	3,54	3,42
Cold Storage	2,52	2,54
Dev. Bk. of Sing.	5,85	5,9
Fraser + Neave	5,2	5,25
Kl. Kepong	2,54	2,55
Mal. Banking	5,45	5,6
Nat. Iron	2,72	2,73
OCBC	8,85	9
Sime Darby	1,95	1,95
Singapur Land	2,48	2,49
Un. Overs. Bank	3,88	4

Sydney

	1.7.	28.6.
ACI	2,58	2,58
Ampol. Explor.	2,35	2,35
Bridge Oil	2,4	2,42
Brok. Hill. Prop.	6,32	6,34
Coles	3,83	3,82
CRA	5,98	5,9
CSR (Theiss)	2,85	2,84
Metals Expl.	0,45	0,46
MIM-Holdings	2,72	2,66
Myer Emporium	2,32	2,35
North Broken Hill	2,25	2,2
Oakbridge	0,9	0,92
Peko Wallsend	4,05	4,02
Poseidon	3,35	3,3
Thomas Nat. Tr.	1,99	1,96
Waltons Bond	0,35	0,34
Westpacific Banking	4,08	4,06
Western Mining	3,75	3,72
Woodside Petr.	1,5	1,54
Index	840,20	840,80

Devisenmärkte

Die generelle Ruhe an den Devisenmärkten hielt am 1. 7. auch auf dem ermäßigten Niveau von 3,0250 an. Am Freitag schloß der US-Dollar in New York bei 3,0270. Die feste Tendenz für US-Bonds und die um ¼ Prozentpunkte niedrigeren Eurosätze mahnten zur Vorsicht, lösten aber keine weitere Verkaufswelle aus. Dies führte am frühen Nachmittag zu einer Befestigung bis 3,0360 aufgrund von Glattstellungen. Später wurden wieder Kurse um die amtliche Notiz von 3,0280 genannt. Optimismus herrscht weiterhin für das englische Pfund aus wirtschaftlichen Überlegungen und im Hinblick auf das Zinsgefüge. Mit 3,982 wurde ein weiterer neuer Jahreshöchststand erzielt. Die übrigen amtlichen Währungen notierten meist schwächer. Der japanische Yen verlor 4,5 Promille und fiel uf 1,2240 zurück. US-Dollar in: Amsterdam 3,4130; Brüssel 60,9850; Paris 9,2285; Mailand 1934,75; Wien 21,2860; Zürich 2,5384; Ir. Pfund/DM 3,125; Pfund/Dollar 1,3151; Pfund/DM 3,982.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 1. Juli: In D-Mark 2,25024 (Parität 2,24184); in Dollar 0,742115 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 28. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

3/16 Prozent rückläufige Dollar-Depots führten am 1. Juli zu einer Verringerung der Termin-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67/0,57	1,78/1,68	3,55/3,35
Pfund/Dollar	0,59/0,57	1,54/1,51	2,74/2,69
Pfund/DM	3,30/1,90	7,50/6,10	13,3/11,9
FF/DM	23/7	51/35	95/79

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 7.: Tagesgeld 5,50-5,55 Prozent; Monatsgeld 5,50-5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,55-5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05G-3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05G-3,90B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 1. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.

Wenn das Holz tönt

egw – In den zwanziger Jahren wurde die Oper totgesagt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie als unzeitgemäß und darum überflüssig bezeichnet. Und auch heute wird ihr immer mal wieder ein baldiges Ende prophezeit. Aber die Oper kümmert sich nicht darum. Sie lebt munter weiter. So wird wohl auch künftig ein Sterbender noch geschwind eine längere Arie von sich geben und ein Mörder seiner Tat zeitraubende Kadenzen vorausschicken.

Die Realisierung des Unnatürlichen, das wir Oper nennen, gelingt im allgemeinen, aber im Praktischen ergeben sich oft ans Groteske anklingende Dinge, die selbst von der modernen Technik kaum gemeistert werden. Hier ist die Marionettenbühne im Vorteil. Das zeigte sich bei der nach zweijähriger Arbeit dargebotenen Aufführung von „Hoffmanns Erzählungen" im, man kann schon sagen, weltberühmten „Salzburger Marionettentheater", die sich keine Gelegenheit zur Überhöhung des Geschehens entgehen ließ. Levitationen gehörten ebenso zum Alltag wie der Riesenschritt, den der Teufel über die ganze Bühne weg in die Kulisse tut. Es war alles wunderbar irreal und ebenso glaubhaft.

Beim Singen und Sprechen können hölzerne Gesichter natürlich nicht ihre Mienen verziehen, dennoch meint man es zu sehen: allein durch die Gesten ihrer Glieder. Daß die Gesangspartien (vom Band) von Joan Sutherland und Placido Domingo geliefert werden, machte ein Akzidens, das die Oper als Kunstform weitgehend in ihr Recht einsetzte. Und das, obwohl das spannende Risiko des „live"-Gesanges wegfallen mußte.

Die optische Verzauberung ging so weit, daß die im Original kaum halbhohen Figuren auf der Bühne normal menschliche Dimension gewannen, Fäden und zappelnde Bewegungen einfach abstrahiert wurden. Der Illusion waren Tür und Tor geöffnet, der Zuschauer mitbeteiligt einbezogen. Es ist um Kunst und Natur eben doch nicht so einfach bestellt, wie uns unsere Klassikerweisheit weismachen will.

Maggio Musicale: Pergolesis „Adriano in Siria"

Die Hierarchie der Arien

Zu ihren Geburtstagen führte man im 18. Jahrhundert den Herrschenden immer gerne das Idealbild eines Monarchen auf der Bühne vor. Das tat auch Giovanni Battista Pergolesi im Oktober 1734, als sich der Hof in Neapel anläßlich des Geburtstags der Elisabeth Farnese zu einem grandiosen Festspektakel versammelte. Die Tugenden des Herrschers bestanden Metastasios Libretti zufolge darin, Frieden zu stiften zwischen den eroberten Regionen und dem römischen Mutterland, seinen rachedürstenden, rebellischen Gegnern zu verzeihen, persönlicher Liebe zu entsagen und sich in fortwährender Milde zu üben: „Adriano in Siria" könnte genausogut „La Clemenza di Adriano" heißen.

Das Stück hatte nicht den erhofften Erfolg, einzig das zwischen den Akten eingeschobene Intermezzo „Livietta e Tracolo" verbreitete sich ähnlich der „Serva padrona" in unzähligen Bearbeitungen über ganz Europa. Mehr Erfolg war Pergolesi schließlich mit „Il Flaminio" beschieden, doch schon 1736 starb er, gerade 26 Jahre alt.

Mit „Flaminio" gelang es der Oper von Neapel, die Aufmerksamkeit auf Pergolesi zu lenken. Dieser glänzende Erfolg sollte nun durch den erstmals wieder gespielten „Adriano in Siria" einschließlich des dazugehörigen Intermezzos beim Maggio Musicale in Florenz fortgesetzt werden.

Das dürfte trotz des hohen Niveaus der Aufführung schwerfallen. Zu monoton staffelt sich die obligate Arienhierarchie der sechs Personen, zu uniform ist ihr Duktus, der das Thema der vergeblichen Liebe, durchsetzt von ein paar Rachegedanken, mit unerschöpflicher Geduld repetiert. Die sich geradezu hanebüchen spreizende Dramaturgie schiebt den Figuren die unmotiviertesten Gefühle zu, so daß es auf diese Weise eigentlich stundenlang weitergehen könnte: ein Perpetuum mobile der Arien, denen es nicht an Brillanz fehlt, doch am Feuer Vivaldis, an der Sinnlichkeit Cavallis.

Gesungen wird unter der zurückhaltenden Leitung Marcello Pannis ausgezeichnet. Die Rückbesinnung auf die Oper des frühen 19. und langsam auch 18. Jahrhunderts hat zweifellos auch die stimmliche Versiertheit der Sänger angespornt. Das mag nicht für Eleonora Jankovics Adriano und Ezio di Cesares Osroa gelten, daneben hören wir aber Sänger, denen die nie versiegenden vokalen Zierungen, Trillergirlanden, variierten Dacapos mühelos über die Lippen kommen: Mariella Devia als Prinz Farnaspe, Sandra Browne als von Adriano und Farnaspe geliebte Königstochter Emirena und Daniela Dessy als von Adriano verlassene Sabina.

Roberto de Scimone hat im Teatro della Pergola Bühne und Zuschauerraum durch eine ansteigende Stufenbühne verbunden, auf der auch das Orchester plaziert ist. Im weiß schattierten Einheitsraum werden durch Schiebewände Räume von Vasarelyschem Tiefensog erzeugt und durch einzelne Bildzutaten die schwelgende Metaphorik der Arien erleuchtet. Das wirkt gelegentlich gar zu niedlich, wie das Feuerchen, das sich unter einer Glasglocke entzündet, nachdem Osroa seinen Anschlag auf Adriano gesteht. Die üppigen Kostüme nehmen barocke Opulenz auf, sind in ihren rot-weiß Tönungen streng stilisiert wie das manieriert abgezirkelte Spiel, das höfische Kühle suggeriert und der hohen Künstlichkeit des Gesangs entspricht. Der rituelle, strenge Charakter wird nur durch die sich in ihren langen Schleppen verhaspelnden Sänger gestört.

Reichlich lang wird der Abend durch das Zwischenspiel, das wir, anders als Pergolesis Zeitgenossen, natürlich artig auf unseren Plätzen verharrend, erleben. De Scimone hat dazu ein Miniaturtheaterchen auf die Treppen gehievt, neapolitanische Karnevalskostüme verwendet und das auf ein Dutzend Mann reduzierte Zweitorchester spielt so animiert, daß uns das dünne Œuvre tatsächlich die erstrebte Abwechslung bringt. Dazu führt Silvano Pagliuca ein rasantes, gestochen klares Parlando vor, das himmelweit entfernt ist von der polternden Exaltiertheit deutscher Buffos, und Valeria Bajano tritt beherzt in die Fußstapfen einer Sciutti.

ROLF FATH



Intermezzo zum hehren Opernspektakel: Szene aus „Livietta e Tracolo" beim Maggio Musicale in Florenz FOTO: MARCHIOSI

MUSIKKALENDER

3. **Stuttgart**, Staatsoper; Verdi: Falstaff (ML: Varviso, R: Friedrich, A: Rose)
   München; Münchner Klaviersommer 1985 (bis 8. Juli)
5. **Wiesbaden**, Staatstheater; Kander/Ebb: Cabaret (ML: Neukamp, R: Trautmann, A: Kröhn)
   Berlin; Bach-Tage (bis 13. Juli)
6. **München**, Nationaltheater; Berg: Lulu (ML: Cerha, R. u. A.: Ponnelle)
   Heidenheim, Rittersaal; Verdi: Der Troubadour (ML: Canonica, R: v. Orlowsky)
7. **Hamburg**, Staatsoper; Ballett: Mozart und Themen aus „Wie es Euch gefällt" (Ch.: Neumeier, A: Hellenstein)
10. **München**, Alter Hof; Orff: Die Bernauerin (ML: Schneidt, R: Everding, B: Zimmermann)
12. **Karlsruhe**, Staatstheater; Wagner: Lohengrin (ML: Prick, R: Lukas-Kindermann, A: Hartmann)
18. **Mannheim**, Nationaltheater; Verdi: Falstaff
19. **München**, Gärtnerplatztheater; Zemlinsky: Kleider machen Leute (ML: Bothe, R: Matiasek, A: v. Zallinger)
22. **München**, Cuvilliéstheater; Sutermeister: Le Roi Bérenger (U) (ML: Sawallisch, R: Lavelli, B: Bignens)
23. **Bregenz**, Festspielhaus; Bellini: I Puritani (ML: Masini, R: Deflo, A: Tommasi
24. **Bregenz**, Seebühne; Mozart: Die Zauberflöte (ML: Guschlbauer, R: Savary, B: Lebois)
25. **Bayreuth**, Festspielhaus; Wagner: Tannhäuser (ML: Sinopoli, R. u. B.: Wagner, K: Heinrich)
27. **Heidelberg**, Schloßhof; Telemann: Der geduldige Sokrates (ML: Effron, R: Osolnik)

H. Burger gewinnt den Ingeborg-Bachmann-Preis

Schubert singt aus versiegender Quelle

Wer aus der Schar der Autoren, Juroren, Presse- und Verlagsleute den Landweg zur Verleihung des Ingeborg-Bachmann-Preises nach Klagenfurt genommen hatte, konnte auf der Hinfahrt – noch ahnungslos – und dann auf der Rückreise mit Bedacht das lange Gasteiner Tal betrachten, den Schauplatz der Erzählung von Hermann Burger, der mit dem überwältigenden Stimmenverhältnis von zehn zu eins den neuerdings mit 150 000 Schillingen dotierten, von der Landeshauptstadt Klagenfurt gestifteten Hauptpreis gewann.

Hermann Burger, 42jähriger Schweizer, wählte für seine bravouröse „Wasserfallfinsternis von Badgastein", die er möglicherweise eigens für den Bachmann-Wettbewerb geschrieben hat, die Form der Mitteilung eines armseligen verkrüppelten Hotelportiers an den zuständigen Kurdirektor über einen einzigartigen, das Weltende ankündigenden Vorgang: Des Nachts sei ihm mit einem Schlage der berühmte, das Edelgas Radon ausströmende Wasserfall inmitten des Ortes versiegt und mit ihm alle anderen 48 Heilquellen des Bades. Berstendes Urgestein habe obendrein den Nord- wie den Südausgang des Tales verriegelt, der erwachenden Kurgäste werde sich eine fürchterliche Panik bemächtigen.

Mit Fassung trägt es nur der Berichtende selbst, ein Liebhaber der Musik, dem inmitten aller Schrecken aufgeht, was es mit der verschollenen Gasteiner Sinfonie Schuberts auf sich hat, und der den Morgen am Flügel sitzend abwartet in der Hoffnung, daß der vorbeirauschende Orientexpreß etwas von seinen Tönen erheischt. Es ist kaum zu fassen, wieviel Musik, Gesteinsfunde, Balneologie und Hotellerie Burger in diese kaskadenartig daherkommende Prosa gebannt hat. Sie hat in ihrer Virtuosität etwas von einem Paradestück und ist doch von tiefster Menschlichkeit bewegt.

Burger galt vom ersten Tage an als hochfavorisiert. Seit er sich im Jahre 1978 ein erstes Mal an dem Klagenfurter Wettbewerb beteiligte – erfolglos, aber nicht unbeachtet –, hat er mit seinem Roman „Die künstliche Mutter" großes Aufsehen bei der Literaturkritik, aber auch beim Publikum erregt. Heuer fiel nun das Lob der Jury so einheitlich aus, daß Joachim Kaiser als der einzige Dissident in der Runde von einer Feierstunde mit Bruckner-Tremolo sprach. Allen voran griff Marcel Reich-Ranicki, der gerne vergißt, daß er als Sprecher der Jury nur Primus inter pares ist, so kräftig in seine Leier, als dürfe man das von ihm abgegebene Teilurteil schon als die in Pergament und Goldbuchstaben ausgefertigte Ehrenurkunde betrachten.

Die Veranstalter des Klagenfurter Wettbewerbes, der nun schon zum neunten Male stattfand, rühmen sich selbst, daß die Urteile der Juroren gewissermaßen vor den Augen und Ohren der Zuhörerschaft entstehen und dem einzelnen die größtmögliche Selbständigkeit zugemessen ist. Ja, eine raffiniert erdachte Anordnung verhindert, daß sich ein Mitglied der Jury im letzten Augenblick, unter dem Eindruck der übrigen abgegebenen Stimmen noch umbesinnt und nach einem von Frau Noelle-Neumann beschriebenen Prinzip als Trittbrettfahrer sich einer sich abzeichnenden Mehrheit anschließt.

Und doch werden andere Teile des Bewertungsvorgangs der Sicht der in Klagenfurt versammelten Gemeinde von Literaturfreunden entzogen, vermutlich nicht in böser Absicht, sondern aus praktischen Erwägungen. So werden am Morgen des Preisverteilungstages die mehr oder minder aussichtslosen Kandidaten, die man gemeinsam mit angehört hat, schon hinter den Kulissen herausgesiebt, um eine zu große Aufsplitterung der von den elf Juroren abzugebenden Stimmen zu vermeiden. In diesem Jahr kamen auf diese Weise nur noch acht Kandidaten in den eigentlichen Wettbewerb, und das mit Recht. Verblüffend ist immer wieder, wie schnell der Eindruck der weniger gelungenen Texte noch während der Tage der Veranstaltung verblaßt.

Kaum einer der Anwesenden jedoch dürfte die damenhafte Erscheinung von Ginka Steinwachs vergessen haben, die ihre kühne „Assemblage von der Stadt Barcelona als Schwitters-Säule" mit überdeutlichen, fast tänzerischen Gebärden unterstrichen hatte. Doch bezweifelten manche Juroren vielleicht, ob die von Wort- und anderen Spielen strotzende Reinkarnation aller surrealistischen Effekte, bei denen sich die Autorin nicht scheute, auch den eigenen Namen einzuarbeiten, nicht ihre hauptsächliche Wirkung aus der Art des Vortrags bezogen habe. So fiel die mondäne Spät-Dadaistin bei längerem Stechen auf den Platz des dritten Preises zurück (60 000 Schilling, gestiftet vom kärntnerischen Industriellenverband) und mußte die 75 000 Schilling des alljährlich vom Land Kärnten aufgebrachten Preises der sehr viel weniger aufwendig auftretenden Birgit Kempker überlassen.

Deren Beitrag über das Berufs- und Sinnenleben schlichter deutscher Zeitgenossen, Torfstecher und Amateurrennfahrer, ist das vollkommenste Gegenstück zu der ausschweifenden Beschwörung eines barocken Barcelona in einem imaginären Niemandsland. Namentlich die Proben aus der Korrespondenz dieser Menschen trugen den Stempel der Wahrhaftigkeit auf der Stirn. Allerdings schlug die Beschreibung kleinbürgerlicher Seelenschmerzen vom Allegorischen ins gar zu Handgreifliche um.

Es wird nicht jedem Leser einleuchten und manchen sogar schokkieren, wenn das ungestillte Liebesbedürfnis von Frauen nach dem 30. Lebensjahr Stühle und Bettgestelle versengt. Das Preiswürdigste daran war sicherlich der Humor und die Frische des Tonfalls. Das trifft auch auf die Kärntnerin Lilian Faschinger zu, die für die Erfindung einer gemischt persisch-österreichischen Scheherazade mit dem einen der beiden Stipendien von 45 000 Schilling ausgezeichnet wurde, während das andere der sowohl deutsch wie italienisch schreibende Schweizer Dante Andrea Franzetti bekam.

Die jedes Jahr Ende Juni stattfindende Heerschau über die neueste deutschsprachige Literatur, soweit es sich um Prosa handelt, ist trotz mancher Anzweifelungen etwas wie eine Institution geworden. Die Auswahl der Jury, so plausibel sie manchem erscheinen mag, könnte man auch als völlig beliebig begutachten – ändern kann man daran nichts, da sie einem geheimnisvollen Modus der Selbstzuwahl gehorcht. Als ein kleiner Jahrmarkt aller mit Literatur Befaßten hat der Ingeborg-Bachmann-Preis ein bescheidenes Podest neben dem großen Trubel der Frankfurter Buchmesse erworben.

HELLMUT JAESRICH

Walter Bannerts schlimmer Film „Herzklopfen"

Schätzchen von Wien

Herz ist zur Zeit Trumpf auf den Kinoleinwänden, aber nicht immer wird es in so zart-komödiantischem Annäherungsverfahren ins Spiel gebracht wie einst in Louis Malles „Herzflimmern". Der österreichische Regisseur Walter Bannert haut, von kräftigen Filmfördermitteln seines Landes unterstützt, in seinem dritten Opus „Herzklopfen" die Karten ganz ohne verzögernde Gesten auf den Tisch. Seine Schätzchen, sechzehnjährige Wiener, kommen schnell zur Sache: verlieben sich, kalbern kurz und schlafen dann miteinander. Und die herzige Gymnasiastin Susanne kriegt dann auch prompt ein Kind vom lieben Automechaniker-Lehrling David, bringt's ganz ohne ärztliche Assistenz in der Villa der noch nicht lange verstorbenen Großmama zur Welt, wobei der junge Vater das Abnabeln vornimmt. Ein Ammenmärchen?

Weit gefehlt. Das soll, so will es uns der mit den höchst umstrittenen „Erben" bekannt gewordene Bannert weismachen, schiere Wirklichkeit sein: Wiener G'schichten aus dem Jahr 1984, voller Lebensnähe, praller Pointen und flottem Witz. „Wie hast du dich nur so wegwerfen können, Kind!" schreit Susannes Mutter, nachdem sie die Schwangerschaft der Tochter neun Monate nicht wahrgenommen hat, ebenso wie der Politiker-Daddy, der den Kindesvater mit einem 200 000-Mark-Scheck abfinden will.

Aber um ein realistisches Lebensbild des Endfünfziger-Jahrgangs herzugeben, ist diese Love-Story an der schönen blauen Donau zu leichtfertig und dünnsprüchig abgekurbelt. Und zur Komödie will sie sich auch nicht runden. Es wäre also über sie nicht lange zu reden, wenn sie den Halbwüchsigen nicht in fatal verharmlosender Manier vorgaukelte, so locker vom Hocker ließe sich das Leben arrangieren und so happy endeten alle Widerwärtigkeiten und Probleme. Kinderkriegen mit sechzehn: ein Kinderspiel. Wenn's für die Abtreibung zu spät ist, stellt man das Neugeborene eben vor der Kliniktür ab – irgend jemand wird es schon adoptieren. Siegt die Mutter- und Vaterliebe doch, wird man den Ehestand schon schaukeln, mit Daddys Hilfe und unsauberen Finanzmanipulationen.

Immerhin, wird mancher einwenden, sind die Sexspiele in Omas Jugendstilvilla doch so schön sauber abfotografiert. Ja, gewiß, aber auch so ungeniert und ausgiebig, daß man sich mitunter mitten in einem Aufklärungsfilm wähnt. Und eine Musi spielt dazu, deren Trivialität nicht Herzklopfen, sondern Kopfschmerz entfacht. „Super!" und „Wahnsinn!" schallt's dennoch verzückt aus Teenie-Kehlen. Nach Österreich läßt das Jugend-Spektakel auch hierzulande die Kinokassen klingeln. Als Identifikationsfiguren scheinen sich die beiden jungen Liebenden Julia Stemberger und Nikolaus Vogel leider vorzüglich zu eignen.

KLÄRE WARNECKE



Belgischer Vetter der italienischen Futuristen: „Komposition: Bewegung – Licht", Gouache von Jules Schmalzigaug FOTO: KATALOG

Brüssel erinnert an den Maler Jules Schmalzigaug

Raketenstart mit Blumen

Als er zum ersten Mal wirklich entdeckt wurde, war der Maler Jules Schmalzigaug bereits zwei Jahre tot. Da erschien, 1919, in „L'Art Libre" eine postume Laudatio auf den flämischen Futuristen aus deutsch-polnischer Familie, der im Mai 1917 ziemlich unbemerkt in den Wirren des Ersten Weltkriegs gestorben war, noch keine 35 Jahre alt.

Aber dann hat es noch einmal sehr lange gedauert, bis Schmalzigaug zu seiner ersten Museums-Ausstellung gekommen ist. Die zeigt nämlich erst jetzt Brüssels neues Museum für Moderne Kunst. Wobei es offenbar gar nicht einmal so abenteuerlich schwer war, die rund 150 Gemälde und Zeichnungen zu versammeln. Sie befinden sich fast ausschließlich in belgischem Besitz, Schmalzigaugs Heimatstadt Antwerpen sowie dortige Galerien hüten neben den Museen von Lüttich und Brüssel einiges.

Gewiß, Schmalzigaug war vor dem Ersten Weltkrieg in den Salons Nationaux wie den Salons des Indépendants in Paris vertreten, erst recht bei entsprechenden Veranstaltungen in Antwerpen. Interessanter freilich ist, daß einige Pariser Galerien ihn damals in Gruppenausstellungen italienischer Futuristen präsentierten.

Deren flämischer Vetter ist Schmalzigaug zweifellos. Spätestens bei seinem zweiten Italien-Aufenthalt, 1912 bis 1914 in Venedig, muß er von dieser Mikrobe des Futurismus infiziert worden sein, denn seine Stadtansichten von Venedig zielen nun ganz stark auf die Kontur, dynamisieren die Architektur durch grelle Farben. Aber das ist nur ein Stadium des Übergangs. Wo die Italiener, Boccione oder Severini etwa, noch ziemlich stark der Gegenständlichkeit verhaftet bleiben, dynamisiert Schmalzigaug bis in die totale Abstraktion, bis schließlich in Linien, Farbflecken und Punkten kein Motiv mehr auszumachen ist.

So wie er unter die Futuristen paßt, würde Schmalzigaug auch unter die Abstrakten fallen – mit dem Unterschied, daß bei ihm die Abstraktion nicht in erster Linie malerisch vollzogen wird durch die ständige Reduktion eines Bildinhalts, sondern der Bildinhalt soweit atomisiert wird, daß sein Abbild nicht mehr als solches erkennbar ist, sondern nur noch als Farbe und Fläche sichtbar wird.

Schmalzigaugs Themen sind naheliegend: „Bewegte Bäume", „Feuerwerk", „Tanzsaal", „Can-Can", „Café". Aber die Abstraktion spiegelt sich auch in den Titeln wider: Aus dem „Tanzsaal" wird bald der „Geist des Tanzes", aus dem „Café" wird „Raum und Licht", schließlich kommt es zu Titeln wie „Dynamischer Ausdruck eines schnell fahrenden Motorrades". Zwei Blumenstilleben sehen aus, als würden die Blumen im nächsten Moment wie Raketen aus der Vase starten und nur noch bunte Schweife hinterlassen.

Zur gleichen Zeit beginnt Schmalzigaug mit Farbspiralen zu experimentieren, mit „Roto-Reliefs", Bemühungen einer pädagogischen Systematisierung von Bewegung und Farbe, wie wir ihnen dann bald bei Ittens Farbkreis wiederbegegnen.

Aber über die kunsthistorische Nachhilfelektion hinaus schafft es die Brüsseler Ausstellung, einiges von jener kunterbunten Aufbruchsstimmung der Futuristen zu vermitteln, die dann durch den Krieg so jäh verdunkelt wurde. Man sieht diese rücksichtslos knallbunten und dabei doch in der Form ungemein raffinierten und eleganten Zeichnungen mit großem Vergnügen. Ein Gefühl, daß sich bei den Gemälden nicht so ganz einstellen will, denn ihnen fehlt es doch gegenüber den Italienern an Sublimität, an Leichtigkeit.

Eine Etage über Schmalzigaug haben die Musées Royaux des Beaux-Arts de Belgique einem der Doyens der belgischen Malerei eine Hommage entboten: Albert Crommelynck, Jahrgang 1902 und Zeit seines Lebens als Porträtmaler geschätzt. Für die Porträts aus seinen jüngeren Lebensjahren mag man das sehr gut verstehen. Sie beziehen sich auf die neue Sachlichkeit, formen schmale, hagere, fast gotische Gesichter mit den so zeittypischen Hungerblicken. Formal ganz spannend ist sogar ein Doppel-Selbstporträt, das dem Maler mit seinem Spiegelbild zeigt, einmal en face und einmal im Profil. Von solcher formalen Abenteuerlust ist später dann nicht mehr viel zu sehen: Glatte, unverbindliche Auftragsmalerei vom König und seinen Ministern, von Sammlern, Akademikern und Familienmitgliedern, wie sie einem Akademie-Professor ansteht (beide Ausstellungen bis 28. Juli; Katalog Schmalzigaug 500 bfrs., Katalog Crommelynck 250 bfrs.)

REINHARD BEUTH

Mischa Spoliansky: Sein Tod weckt die Erinnerung an Erfolgsfilme wie „Heute Nacht oder nie", „Nie wieder Liebe" mit der Harvey, „Der Schlemil" mit Curt Bois, „Lied einer Nacht" mit Jan Kiepura, und „Eine Stadt steht Kopf" mit Gründgens FOTO: ULLSTEIN

Zum Tode des Komponisten Mischa Spoliansky

Der Dadamax der Revue

Als Mischa Spoliansky 1921 in Reinhardts Berliner Kabarett „Schall und Rauch" den dadaistischen Vierzeiler von Löhner-Beda hörte, verschluckte er sich fast vor Lachen:

„Gemalter Schrei;
Spinat mit Ei,
Creosot, bissel Jod,
o Morgenrot. Idiot!"

Als er aus dem Lachen kam, meinte Spoliansky: „Auf solche Texte muß ich Töne finden." Er fand sie. Mischa Spoliansky, 1898 in Bialostoc geboren, konzentrierte sich ganz auf Kabarett. Er fand stets den gewitzten Dreh, um in Trude Hesterbergs „Wilder Bühne" den ins Publikum überschwappenden Refrain zu komponieren. Aber ehe er zum „begehrtesten Revuemusiker" (Reinhardt über Spoliansky) Berlins avancierte, hatte sich Spoliansky langsam nach oben gearbeitet.

Mischa spielte Geige in einem der Stummfilmorchester. In der zweiten Reihe hinter ihm „säbelte eine Dame auf der Scheuerleiste", erinnerte sich Mischa: Es war Marlene Dietrich, die sich als Stummfilm-Geigerin das Geld für ihr Musikstudium verdiente. Er arbeitet mit Marcellus Schiffer zusammen („Wenn die beste Freundin"). Mit Georg Kaiser schafft Mischa die musikalische Komödie „Zwei Krawatten" – Hans Albers und Marlene Dietrich führen das Comical 1929 am Berliner Theater auf. Zwei Dutzend Tonfilme zwischen 1930 und seiner Emigration zeigen an, daß Spoliansky *das* Musical-Talent der Weimarer Republik war.

In England und Amerika schreibt er zu Dutzenden Filmen die Musik – stets erfolgreich. So für René Clairs „The Ghost goes West" oder für Premingers „Heilige Johanna". In London ist Mischa Spoliansky am vergangenen Freitag gestorben.

REGINALD RUDORF

JOURNAL

Liliana Cavani dreht „Berlin interior"

dpa, Rom

Das Berlin zur Nazizeit im Jahr 1938 hat der neue Film „Berlin interior" der italienischen Filmregisseurin Liliana Cavani zum Thema, dessen Innenaufnahmen zur Zeit in Rom gedreht werden. Wie Frau Cavani berichtete, soll der Film nach dem Buch „Das buddhistische Kreuz" von Junichiro Tanizaki eine Liebesgeschichte im Diplomatenmilieu der damaligen Hauptstadt darstellen. Hauptdarsteller sind Gudrun Landgrebe, Mio Takaki, Levin McNally, Massimo Girotti und Philippe Leroy.

Nachtmusik beim Würzburger Mozartfest

dpa, Würzburg

Mit einer Nachtmusik im Hofgarten der Residenz ging das 54. Würzburger Mozartfest zu Ende. Der Regen hatte rechtzeitig aufgehört, so daß gut 9000 Zuhörer in den illuminierten Park kamen. Zu den Höhepunkten der insgesamt 22 Veranstaltungen hatten die vier Konzerte mit dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks unter Sir Colin Davis gezählt. Den mit 5000 Mark dotierten ersten Preis eines Wettbewerbs für junge deutsche Sänger im Opernfach erhielt die Sopranistin Gabriele Rossmanit.

Moskauer Filmfestival: Streit um West-Berlin

dpa, Moskau

Unter dem Motto „Für Humanismus in der Filmkunst, für Frieden und Freundschaft unter den Völkern" hat das 14. Internationale Festival in Moskau begonnen. Bereits am Eröffnungstag zeichnete sich politischer Ärger um den Status von West-Berlin ab, das als eigenes Land behandelt wird und dessen Flagge vor dem Hotel zusammen mit den Fahnen der übrigen Teilnehmerländer gehißt wurde. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass schrieb, daß beim diesjährigen Filmfestival „mehr als hundert Länder aus allen fünf Kontinenten, sieben internationale und nationale Organisationen sowie West-Berlin" vertreten sind. Der offizielle Wettbewerbsbeitrag der Bundesrepublik ist der Film „Wodzeck" von Oliver Herbrich. In Moskauer Kinos laufen außerdem am Rande des Festivals etwas mehr als 15 Streifen aus der Bundesrepublik.

Konzerte auf restaurierter Orgel

rst. Norden

In mehr als vierjähriger Arbeit wurde die Arp-Schnitger-Orgel in der St. Ludgeri-Kirche in Norden von dem Leeraner Orgelbauer Jürgen Ahrend völlig restauriert. Diese zweitgrößte Orgel des berühmten norddeutschen Orgelbaumeisters Schnitger wurde im Jahre 1687 fertiggestellt. Für den Sommer plant Norden zahlreiche Orgelkonzerte.

H. G. Adler 75

dpa, London

Hans Georg Adler wurde vor allem durch sein dokumentarisches Werk „Theresienstadt 1941 bis 1945 – Antlitz einer Zwangsgemeinschaft" sowie die Studie über die Deportation der Juden aus Deutschland, „Der verwaltete Mensch", bekannt. Heute vor 75 Jahren wurde er in Prag geboren. In seiner Heimatstadt studierte er Musik, Literatur und Kunstwissenschaft. Aber ehe er in einem Beruf richtig Fuß fassen konnte, besetzten die Nationalsozialisten die Tschechoslowakei. Adler überlebte fünf Konzentrationslager, darunter Auschwitz und Theresienstadt. 1947 wanderte er nach Großbritannien aus, wo er seither lebt. Von 1973 bis Anfang dieses Jahres war Adler Präsident des PEN-Zentrums deutschsprachiger Autoren im Ausland. Neben historischen und soziologischen Studien über die Nazi-Zeit schrieb er auch Lyrik, Romane und Novellen.

Seit Jahrzehnten prägen Klischees das Bild des deutschen Urlaubers – und das Fernsehen hilft dabei noch kräftig mit





Klischee aus dem Prospekt: Exotik mit Palmen und Segeln – doch auch Faulenzen in der Sonne ist Lebensqualität
FOTOS: WILHELM KNÜTTEL/JÜRGEN VOLKMANN

Beliebt ist nur das Geld des „Quadratschädels"

Von H. KLUGE-LÜBKE

Was das Ruhrgebiet für die Schwerindustrie, ist Mallorca für den Urlaub!" – „Die Deutschen sind Weltmeister im Reisen, neuerdings auch die unbeliebtesten!" – „Im Reisegepäck hat die gute Kinderstube keinen Platz mehr, die wird beim Kofferpacken schlicht vergessen!"

Diese Klischees sind so falsch wie sie auch alt sind, aber: Noch immer werden Bundesbürger im Urlaub, in ihrer Freizeit – vor allem in ausländischen Ferienrevieren – nach diesen Klischees bewertet. Und nur schwer rücken Einheimische von einer vorgefaßten Meinung ab. So etwa bezeichnen die Spanier auf der seit Jahrzehnten bevorzugten Ferieninsel Mallorca die Deutschen als „Devisenlieferanten", gleichzeitig aber auch als „Quadratschädel".

Fast immer hört man negative Pauschalurteile aus Ländern, die zu einem nicht unerheblichen Teil von Tourismus-Einnahmen leben oder deren Urlaubsregionen zum Lebensunterhalt der Bevölkerung sogar auf die Millionensummen des dort ausgegebenen Urlaubsgeldes fest angewiesen sind. So zum Beispiel die zahlreichen Mittelmeer-Inseln, die zahlreichen Ferienorte an der spanischen, italienischen, jugoslawischen oder griechischen Küste.

Was kann oder muß getan werden, um das Bild der „Teutonen, die stundenlang dösend am Strand wie auf dem Grill liegen," zu ändern, die angeblich für das Hinterland, für einheimische Folklore und Kultur – so weitere Klischees über Urlauber – kein Interesse haben?

Dazu ein Reiseexperte eines großen deutschen Reiseveranstalters in Frankfurt zur WELT: „Das Produkt Urlaubsreise und die deutschen Touristen sind besser als die vielen verstaubten Klischees, die ihnen häufig zugeordnet werden. Vielfach wird mit verjährter Binsenweisheit argumentiert, wobei oft eine sachkundige, objektive Betrachtungsweise vernachlässigt wird. Wie beim Fußball glauben auch beim Thema Reise viele mitreden zu können – und haben doch nicht immer etwas zu sagen. Denn dazu bedarf es einer umfangreichen Aufklärung und einer fachgerechten Information. Wer ein ganzes Jahr über hart arbeitet, hat schon ein Recht, in den durch einen Werbeslogan herausgestellten ‚schönsten Wochen des Jahres' mal ausgelassen zu sein, in der Sonne liegend zu faulenzen und sich um nichts zu kümmern." Der Hamburger Freizeit-Forscher Professor Horst W. Opaschowski untermauert diese Äußerungen: „Urlaub und Reisen sind ein Stück unverzichtbare Lebensqual."

Nach Ansicht eines anderen Urlaubsexperten müsse die öffentliche Meinung und vor allem die Medien von den Klischees abrücken. Es gehe nicht an, daß noch 1985 der Urlauber schlechthin vielfach als ein „sich schlecht benehmender Abgesandter seines Heimatlandes" zum Beispiel in Fernsehberichten dargestellt werde. Die in den Anfangszeiten des Auslandstourismus gehörten „Beanstandungen" einiger Hoteliers, Bürgermeister oder Cafeteriabesitzer seien in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Sie alle haben erkannt, so der Experte weiter, daß „ihre" Sonne vielfach für eine Urlaubsbuchung ein wesentliches Merkmal sei und Sonne – vor allem südlich der Alpen – nun mal heiter und fröhlich mache.

In diesem Jahr wollen 45 Prozent der über 14 Jahre alten Bundesbürger, das sind mehr als 21 Millionen Deutsche, für mindestens zwei Wochen verreisen. Warum richten sich gegen sie hierzulande Klischee-Vorwürfe, noch nicht einmal zu wissen, daß zum Beispiel Mallorca zu Spanien gehöre, die Insel „als zwölftes Bundesland" fest in ihrer Hand sei, gewisse Gaststätten und Nightclubs nur von ihnen bevölkert werden?

Dazu eine Touristikerin, die in Palma ein Hotel verwaltet: „Die einheimische Konkurrenz weiß um die fast immer gut gefüllte Urlaubskasse der Deutschen und steigert sich so in ihren Angeboten. Ein Urlauber bestellt ja keinen Oben-ohne-Boxkampf unter Touristinnen – das bietet ja das Lokal als Anreiz für den Besuch an. Und hört ein Einheimischer zufälligerweise deutsche Laute, so heißt es: Die Deutschen kennen keine Moral. Ein weiteres Klischee. Welche Arroganz steckt dahinter, immer nur den Deutschen einen Urlaubs-Knigge zu verordnen?"

Minister Schnoor warnt vor dem Trampen

AP, Düsseldorf

Auf die Gefahren des Trampens hat der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor die jugendlichen Anhalter hingewiesen, die derzeit wieder auf Parkplätzen und an Autobahn-Raststätten auf eine Mitfahrgelegenheit warten. Es bestehe für Anhalter Grund genug dafür, unterwegs stets wachsam und nicht grenzenlos gutgläubig zu sein, warnte Schnoor gestern in Düsseldorf. Wenn auch nicht jeder Autofahrer, der einen Tramper mitnehme, gleich als möglicher Straftäter eingestuft werden könne, rate die Polizei dennoch zu besonderer Vorsicht. Schnoor appellierte an die Eltern, ihren Kindern immer wieder einzuschärfen, auch auf kurzen Strecken nie per Anhalter zu fahren und statt dessen öffentliche Verkehrsmittel oder ein Taxi zu benutzen. Falls ein Anhalter oder Autofahrer Opfer einer Straftat geworden sei, sollte dies sofort bei der Polizei gemeldet werden. Jugendliche, die sich trotz aller Warnungen doch auf die Straße stellten, forderte der Innenminister auf, sich das Kennzeichen und den Typ des Wagens sowie Besonderheiten beim Fahrer und bei der Innenausstattung des Fahrzeugs zu merken. Anhalter sollten sich auch davon überzeugen, ob der Fahrer überhaupt fahrtüchtig ist. Sie sollten weiter zu Hause hinterlassen, auf welche Strecke sie wohin wollen und sich wenigstens ab und zu von unterwegs melden. Unabhängig zu sein und „das Abenteuer zu genießen" dürfte Anhalter vor lauernden Gefahren nicht blind machen, meinte der Minister.

Seilschaft abgestürzt

dpa, Sitten

Fünf Menschen haben am Sonntag in den Bergen des Schweizer Kantons Wallis den Tod gefunden. Ein Bergsteiger kam im Gebiet von Champex ums Leben. Eine ganze Vierer-Seilschaft stürzte beim Aufstieg zum 2789 Meter hohen Luisin in der Nähe von Martigny tödlich ab. Die Identität der Getöteten wurde gestern noch nicht bekanntgegeben.

Schornsteinfeger angeklagt

dpa, Bad Kreuznach

Fahrlässige Tötung einer amerikanischen Familie wirft die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach zwei Schornsteinfegern und zwei Installateuren vor. Die dreiköpfige Familie war im November vergangenen Jahres in ihrer Wohnung an einer Kohlenmonoxydvergiftung gestorben, weil bei Betonierungsarbeiten der Kaminabzug mit Styropor verstopft worden war. Wenn die vorgeschriebenen Bauprüfungen eingehalten worden wären, hätte der Tod der Familie nach Inbetriebnahme der Gasheizung vermieden werden können, heißt es in der Anklageschrift.

Fernsehautor gestorben

AP, Prag

Der Autor der tschechoslowakischen Fernsehserie „Das Krankenhaus am Rande der Stadt", Jaroslav Dietl, ist am Sonntag in Prag gestorben. Wie die CSSR-Medien am Montag berichten, verstarb er „plötzlich" im Alter von 56 Jahren. Die Fernsehserie über die Geschehnisse in einem Krankenhaus war auch in der Bundesrepublik Deutschland mit großem Erfolg ausgestrahlt worden.

Taifun über Japan

DW. Tokio

Ein Taifun ist gestern früh über Zentraljapan und die Hauptstadt Tokio hinweggezogen und hat mindestens drei Menschen das Leben gekostet. Es war der sechste dieser tropischen Wirbelstürme in diesem Jahr und der erste seit September 1983 mit Zentrum über den Hauptinseln.

Tod eines Tauchers

dpa, Grosseto

Nach dem Tod eines Tauchers droht die Expedition britischer Forscher zu scheitern, die in den Gewässern vor der Toskana ein vor 2600 Jahren gesunkenes Etrusker-Schiff bergen wollen. Die Taucher weigerten sich gestern, ihre Suche fortzusetzen, weil am Wochenende ihr Kollege, der 42jährige Brite Christopher Winter, bei der Arbeit in 46 Metern Tiefe ertrunken war. Die Expedition vor der Küste der Giglio-Insel findet unter der Leitung des Instituts für Marine-Archäologie von Oxford statt.

Schwere Unwetter

dpa, Wien

Südost-Österreich ist von schweren Unwettern heimgesucht worden, die Überschwemmungen verursachten, Teile der Ernte vernichteten und Dächer abdeckten. Wie gestern bekannt wurde, gab es vor allem im Burgenland und der Oststeiermark schwere Gewitter mit 60 Zentimetern Niederschlag in einer halben Stunde. In einigen Gemeinden lagen nach dem Sturm Hagelkörner fünf Zentimeter hoch auf Straßen und Feldern.

ZU GUTER LETZT

„Noch einen Schluck heißen Punsch, dann verlieren sich Reiterschar und Zuschauer. Alles steigt in die Autos. Auch die Hunde springen auf einen Lastwagen und fahren nach Hause." Aus der BILD-Zeitung.

Das Rätselraten hält an

Jumbo-Absturz: War es doch menschliches Versagen?

DW. Cork

Bei der Suche nach der Absturz-Ursache des „Air-India"-Jumbos bewegen sich Experten offenbar immer noch hauptsächlich im Bereich der Spekulationen. Untersuchungsbeamten sollen nach Darstellung der britischen Wochenzeitung „Observer" mittlerweile Zweifel gekommen sein, ob die Katastrophe tatsächlich auf die Explosion einer Bombe an Bord zurückzuführen ist. Die Zeitung meldete, die Experten neigten jetzt der Annahme zu, daß es sich bei der Unglücksursache um menschliches oder technisches Versagen gehandelt haben könnte. Sie glaubten, daß der Jumbojet nicht schon in der Luft auseinandergebrochen, „sondern wahrscheinlich in mehr oder minder einem Stück auf das Meer aufgeprallt" sei. Einige der Flugzeuginsassen, deren Leichen geborgen worden seien, seien an plötzlichem Druckabfall gestorben, andere ertrunken, und es gebe bisher keine Hinweise auf Verbrennungen oder Splitterwunden, wie sie bei einer Bombenexplosion festzustellen sein müßten, schrieb das Blatt. Bis gestern wurden von 131 Leichen erst 38 identifiziert.

Lal Singh, einen der beiden Sikhs, nach denen in Zusammenhang mit dem Absturz gefahndet wird, zitierte die Zeitung mit den Worten, er habe keine Bombe in der Maschine ausgelegt. In einem Telefongespräch von New Yersey bezeichnete er sich dem „Observer" zufolge als unschuldig.

Ähnlich erfolglos war man bislang auch bei der Suche nach der „Black Box", von deren Aufzeichnungen sich Experten Aufschluß über den Hergang erwarten. Die Hoffnungen stützen sich jetzt auf die „Le Aoife", ein irisches Kriegsschiff, das mit einem hochempfindlichen kanadischen Horchgerät ausgerüstet ist und seit gestern die Suche nach den Flugschreibern in dem Absturzgebiet rund 200 Kilometer südwestlich der irischen Küste aufgenommen hat.

Das britische Suchschiff „Challenger" war bisher erfolglos gewesen. Nach Mitteilung der Behörden waren die von ihm aufgefangenen Signale zu schwach, um sie zu lokalisieren. Das irische Schiff führt ein fast eine Tonne schweres Hydrophon mit, das eine kanadische „Hercules"-Maschine nach Cork gebracht hatte.

LEUTE HEUTE

Aufbruch

„In meinem Rollstuhl kann ich nicht einmal über die Bordsteinkante fahren, alles geht mühsam. In meinem Flugzeug aber bin ich wie Superman", sagte der gelähmte Geschäftsmann, Bankier, Politiker und Schriftsteller **Clark Harrison** (60), klemmte seinen Rollstuhl hinter den Pilotensitz seiner einmotorigen „Piper Cherokee 140" und startete in Atlanta (US-Staat Georgia) zu einem 14 000 Kilometer langen, einmonatigen Alleinflug nach Alaska durch. Der seit mehr als vierzig Jahren gelähmte Harrison hat erst vor fünf Jahren mit der Fliegerei begonnen und bisher 500 Stunden absolviert.

Einbruch

Mit wallendem Bart und festem Schritt, den Hund an der Leine, so sehen die meisten auch heute noch den Förster. Um so erstaunlicher, wenn erstmals einer Frau der Einbruch in diese Domäne der Mannsbilder gelingt. Die 34jährige Forsträtin **Sigrid Krawielitzki** ist gestern vom hessischen Landwirtschaftsminister **Willi Gorlach** zur Leiterin des Forstamtes von Dautphetal ernannt worden. Damit übernimmt sie dort auch das Kommando über eine Schar kräftig zupackender Waldarbeiter.

Abschied

An New Yorks Broadway sagte und sang jetzt **Yul Brynner** sein „Farewell". Es war sein 4625. Auftritt in dem Musical „The King and I", in dem er bereits 1951 in der Titelrolle zu sehen und zu hören war. „Das ist mein absolut letzter Auftritt", versicherte Brynner, dessen Alter irgendwo zwischen 65 und 69 Jahren angesiedelt ist, seinem Publikum, das ihn stürmisch feierte.

Begrüßung

Aufregung gab es gestern in England um einen mit Diamanten besetzten Goldring, den Prinzessin **Diana** an ihrem 24. Geburtstag trug. Wie Klatschkolumnisten erfahren haben wollen, handelt es sich bei diesem Schmuckstück im Wert von etwa 40 000 Mark nicht – wie vermutet – um ein Geschenk ihres Mannes. Prinz **Charles** soll gerade Polo gespielt haben, als ein älterer Herr der Prinzessin das Präsent überreichte. Der noble Spender, der 62jährige steinreiche Juwelier **Louis Gerard**, hatte auch das Poloturnier organisiert.

Böckle für Organspende

Der Moraltheologe fordert Ende der Rechtsunsicherheit

rev, Hannover

Jedem Verstorbenen sollte ein Arzt ungefragt Organe zur Weiterverpflanzung und zur Rettung unheilbar Kranker entnehmen dürfen, sofern sich der Betroffene zu Lebzeiten nicht ausdrücklich dagegen ausgesprochen habe. Mit dieser Forderung appellierte der Göttinger Rechtswissenschaftler Professor Hans-Ludwig Schreiber am Tag der Organspende in Hannover an Politiker, die bestehende Rechtsunsicherheit durch ein Gesetz zu beseitigen.

In einer denkwürdigen Veranstaltung in der Marktkirche in Hannover mit transplantierten und auf ihre Operation wartenden Patienten machte der Göttinger Jurist die Politiker auch dafür verantwortlich, daß heute noch zu viele Menschen wegen fehlender Spenderorgane sterben müssen. Organ-Transplantionen seien heute keine spektakulären Eingriffe mehr, sondern lebensnotwendige Standardmedizin. In einer gesetzlichen Regelung mit dem sogenannten Widerspruchsrecht, das Österreich seit drei Jahren anwendet, könnten auch weitere bisher hemmende Kriterien wie Mehrfachentnahme von Organen geklärt und Vorurteile abgebaut werden.

Der Bonner Moraltheologe Professor Franz Böckle sah die Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber Organspenden nicht in mangelnder Hilfsbereitschaft begründet, sondern in der Scheu vor dem Tode und der Angst, zu schnell für tot erklärt zu werden. Der Todeszeitpunkt sei jedoch heute eindeutig geklärt. Aus dem „ganz menschlichen Ereignis des Todes" ergebe sich eine sittlich-moralische Pflicht, durch das Vererben von Organen todgeweihten Menschen zu helfen. Böckle bedauerte es, daß einem Toten heute ungefragt Organe entnommen werden dürfen, wenn es um die Aufklärung eines Verbrechens gehe, daß das gleiche jedoch einem Arzt verwehrt sei.

Vor dem Altar der Marktkirche kam es zu bedrückenden Szenen, als Ärzte der Medizinischen Hochschule Hannover 40 Patienten vorstellten. So kann die 15jährige Sabine, seit sechs Wochen mit fremder Niere, schon wieder ihre Lehrzeit fortsetzen und in die Disco gehen – ein Zweijähriger aber muß wahrscheinlich sterben, falls sich für ihn kein Spender findet.

WETTER: Wärmer

Wetterlage: Das Hoch über dem Ärmelkanal weitet sich nach Mitteleuropa aus und wird in zunehmendem Maße wetterbestimmend. Damit werden die Reststörungen im Norden und Südosten der Bundesrepublik abgedrängt.

Deutscher Wetterdienst 1. Juli 1985, nachm.

Vorhersage für Dienstag:
Im Norden und im Südosten zunächst noch stark bewölkt mit einzelnen zum Teil gewittrigen Regenfällen, im Tagesverlauf auch hier auflockernde Bewölkung und kaum noch Niederschlag. Sonst heiter bis wolkig und trocken mit Tagestemperaturen im Norden um 18 Grad, nach Süden hin 21 bis 25 Grad, am Oberrhein bis 27 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch um 12 Grad. Meist schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Allgemein sonnig und etwas wärmer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	30°
Bonn	19°	Kopenh.	16°
Dresden	17°	Las Palmas	24°
Essen	15°	London	19°
Frankfurt	22°	Madrid	27°
Hamburg	16°	Mailand	25°
List/Sylt	15°	Mallorca	32°
München	20°	Moskau	16°
Stuttgart	20°	Nizza	23°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	18°	Paris	23°
Athen	31°	Prag	20°
Barcelona	25°	Rom	28°
Brüssel	20°	Stockholm	18°
Budapest	26°	Tel Aviv	29°
Bukarest	25°	Tunis	27°
Helsinki	15°	Wien	21°
Istanbul	25°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 5.11 Uhr, Untergang: 21.41 Uhr; **Mondaufgang:** 23.10 Uhr, Untergang: 5.29 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

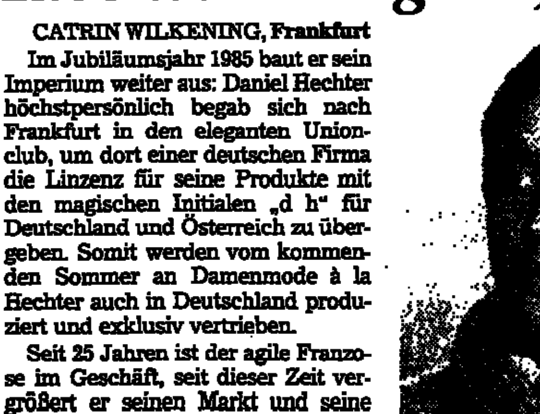
Hechter morgens, mittags, nachts = Mode total

CATRIN WILKENING, Frankfurt

Im Jubiläumsjahr 1985 baut er sein Imperium weiter aus: Daniel Hechter höchstpersönlich begab sich nach Frankfurt in den eleganten Unionclub, um dort einer deutschen Firma die Linzenz für seine Produkte mit den magischen Initialen „d h" für Deutschland und Österreich zu übergeben. Somit werden vom kommenden Sommer an Damenmode à la Hechter auch in Deutschland produziert und exklusiv vertrieben.

Seit 25 Jahren ist der agile Franzose im Geschäft, seit dieser Zeit vergrößert er seinen Markt und seine Angebotspalette stetig. Als er im Frühling dieses Jahres im Hof des Louvre seine 50. Modenschau feierte, konnte er auf einen stolzen Jahresumsatz von 200 Millionen Dollar, umgrechnet knapp 700 Millionen Mark, verweisen sowie einen Absatz in 47 Ländern. Seine 120 Lizenznehmer haben sich nach seinen Anweisungen zu richten. Das Firmenkonzept „ready to live" will von Anfang bis Ende vertreten werden.

Schnitte, Stoffe und Skizzen werden zentral in Paris, in der Nähe des Triumphbogens, entworfen. Der kleine Daniel – er ist nur 1,68 Meter groß – ist klug. Die Geschäfte für seine Firma läßt er schon seit zehn Jahren von seinem Manager Jacques Cousin regeln. Cousin über Hechter, sich und die 40 Designer in Paris: Wir sind eine Mannschaft. Hechter weiß den Manager zu respektieren und dieser den Designer, den Ideengeber. Und die hat der Franzose, der einst von einer Fußball-Karriere träumte, in Hülle und Fülle.



Stippvisiste in Frankfurt: Daniel Hechter FOTO: DU VINAGE

Hechter fing 1960 an. Sein Konzept war, die Haute Couture von ihrem Thron herunterzuholen und eine schicke, anspruchsvolle Prêt-à-porter-Mode zu machen. Das „d h " mit den beiden sportlichen blauroten Schrägstreifen war bald ein Markenzeichen. Erst danach wagte sich der jugendlich wirkende Mittvierziger an die Herrenmode heran. Das war 1968, als er die Männer in lockere Knitteranzüge steckte, die er sich selber auch verpaßt: schwarze Hose und dicker Strickpullover mit bodenlangem Schal. Dazu ist Hechter als echter Erfogsmensch stets und ständig braungebrannt. Sei es von Ferien auf Barbados oder in seinem Haus in St. Tropez. Auch gestern kam er aus Südfrankreich.

Hechter total, quasi für die ganze Familie: Wie nach der Damen- die Herrenmode kam, so folgte dieser endlich die zünftige Kinder- und Babykluft. Auch das blieb zu wenig. So präsentiert er inzwischen eine ganze Lebensphilosophie: Eben Hechter total. Das beginnt mit dem gestreiften Morgenmantel, reicht über den Füllfederhalter und Aktenordner im Büro bis zu den Träumen in Hechter-Bettwäsche, wem die Möbel (auch noch) nicht reichen.

Auch die Möbel entsprechen ihrem Schöpfer, sind solide, modern und praktisch. Und der Meister selber? Ein strahlender Repräsentant seiner Marke ist er nicht, eher wortkarg, wenn auch wiederum nicht übertrieben kapriziös. Er lebt solide und „schick" – wie seine Mode ist – mit seiner Frau Jennifer in einer zweistöckigen Maisonettewohnung im 16. Arrondissement in Paris.

Seine ehemaligen Fußballträume hat er in dem Club Paris-St. Germain ausgelebt. Als dessen Präsident „verabschiedete" er sich 1978, nachdem der Verein in Betrügereien beim Kartenverkauf involviert war. Seitdem ist der dunkelhaarige Typ nur noch begeisterter Zuschauer. Privat ist er längst aufs Golfen gekommen – wie in solchen Kreisen üblich.

Er hat begriffen, wohin die modische Reise geht. Nächstes Jahr will er mit Parfüm und Kosmetika auf den Markt kommen. Ein quirliger Modeschöpfer, der dennoch der „Mode nicht folgen möchte", meint er doch zu wissen, daß die Frau von heute keine vorgeschriebenen Bahnen will. So versucht er nur, die Richtung zu zeigen; wenn's denn zufällig die „Hechter-Linie" ist – um so besser.